

24. Jahrgang

Nr. 1

März 2013

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

Das Ich
als Rechtsgestalter

Humboldt und die
Bildung des 21. Jahrhunderts

Rundfunkbeitrag –
Freiheit oder Zwang?

Vollgeld
kontrovers

Arabischer Frühling
Initiativen, Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens
(Christoph Strawe) _____ 3

Das Ich als Rechtsgestalter - Mündigkeit und Vertragsfähigkeit (Christoph Strawe) _____ 5

Wiederbegegnung mit Humboldt - Die Zukunft der Erziehung: Mehrdimensionalität, Multi-disziplinarität, Integration zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften (Roland Benedikter im Interview mit Adrian Wagner) _____ 9

Die neohumboldtianische Universität des 21. Jahrhunderts (Antti Hautamäki) _____ 19

Der Rundfunkbeitrag - Zwang oder Freiheit? (Werner Breimhorst) _____ 15

Vollgeld - Zur Kontroverse über das Thema Geldschöpfung in öffentlicher Hand
Die Fehlvorstellungen der Vollgeld-Initiative (Helmut Creutz) _____ 26

Missverständnisse der Vollgeld-Kritik (Thomas Betz) _____ 28

Yalla Yalla - Dreigliederung 3.0 und der arabische Frühling - Matthias Ruff im Interview mit Adrian Wagner _____ 33

Betrachtungen

Bewusster Umgang mit Not und Zerstörung (Michaela Glöckler) _____ 36

Bewusstseins- und Energiewende gewünscht? (Gaston Pfister) _____ 38

Initiativen und Termine _____ 41

Aufruf „Fracking stoppen!“ (campact) | Aufruf Volksentscheid bundesweit (Mehr Demokratie e.V.) | Wasser ist ein Menschenrecht | Grundeinkommensinitiativen | Aufruf: Grundsteuer zeitgemäß! | Effe | Hessnatur-Verbraucherinitiative | Crowdfunding | Ostertagung Achberg | Weltsozialforum in Tunis | Veranstaltungen zum Thema Geld

Literatur _____ 48

Leserpost _____ 50

Intensivseminar: Grundlagen und Praxis institutioneller Eigenverantwortung _____ 52

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsassistenz: Katharina Offenborn, Dinkelscherben. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE65600501010001161625, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Angesichts der gegenwärtigen Zeitlage verbietet sich eine Beibehaltung des alten Eurozentrismus von selbst: Der neue Papst einer Weltkirche von 1,25 Milliarden Katholiken kommt erstmals aus Lateinamerika, erstmals spielt die Etablierung einer neuen Staatsführung in China mit seinen 1,34 Milliarden Einwohnern eine weltpolitische Schlüsselrolle. EU-Europa schnürt derweil ein weiteres Hilfspaket für ein weiteres Land, diesmal Zypern. Seine Krise dauert an.

Was kann Europa noch sein? Was kann es der Welt noch bedeuten? Das Aufkommen dieser Frage hängt damit zusammen, dass die EU den Weg zum Macht- und Einheitsstaat beschritten hat und über dem Bestreben, zur dynamischsten Wachstumsregion des Globus zu werden, Europas eigentliche Aufgabe, Raum für Kultur und Menschenrechte zu sein, vernachlässigt hat.

Eine Wiederbelebung des Nationalismus ist gewiss das Letzte, was in dem Zusammenhang hilfreich wäre. Vielmehr sollten erneuernde soziale und kulturelle Impulse Europas aufgegriffen und weiterentwickelt werden, die heute einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Weltprobleme leisten könnten. Dazu gehört beispielsweise Wilhelm von Humboldts Vision eines freien Geisteslebens, die als Kerngedanken die Autonomie der Hochschulen beinhaltet. Dieser Gedanke wird heute wiederentdeckt, fortgebildet und der Fremdbestimmung der Hochschulen durch Staat und Ökonomie entgegengehalten. Das zeigt sich in diesem Heft in dem Interview mit Roland Benedikter, der eine umfassende Vision von Bildung in der Zukunft entwickelt und auch in dem Beitrag des finnischen Forschers Antti Hautamäki, der das Konzept einer „neohumboldtianischen“ Universität des 21. Jahrhunderts entwirft.

Werner Breimhorst beschäftigt sich mit der Frage einer Neuordnung der Rundfunkgebühren und ihren Hintergründen, zugleich berichtet er von seiner eigenen Initiative, einen Musterprozess zu führen (für die er auch noch finanzielle Unterstützung braucht). Das Interview über das „Yalla-Projekt“ in Ägypten gewährt wichtige Einblicke in die Lage der arabischen Umbruchbewegung. Das Thema „Vollgeld“, das bereits im Heft 3/2012 im Zusammenhang mit Wegen aus der „Euro(pa)-Krise“ behandelt wurde, wird in einer Kontroverse zwischen Helmut Creutz und Thomas Betz vertieft, deren Argumente Ihnen Grundlagen zur eigenen Urteilsbildung bieten sollen.

Ihr


Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens

10. Dezember 2012 bis 16. März 2013

Christoph Strawe

Deutschland

Der Deutsche Bundestag stimmt der Entsendung von Patriot-Raketen und bis zu 400 Bundeswehrsoldaten an die syrische Grenze in der Türkei zu +++ Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt a. M. ermittelt wegen Steuerhinterziehung beim Handel mit CO₂-Emissionsrechten auch gegen die Deutsche Bank, in deren Zentrale eine Razzia stattfindet +++ Sonderparteitag der SPD wählt Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten +++ Der frühere Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) ist verstorben +++ Die Gebührenregelung für öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland wurde dahingehend geändert, dass nunmehr jeder Haushalt einen Fixbetrag von EUR 17,98 zahlen muss, - unabhängig davon, ob tatsächlich Rundfunk- und Fernsehgeräte dort vorhanden sind +++ Laut Statistischem Bundesamt gab es 2012 mehr Erwerbstätige denn je in der Bundesrepublik - über 40 Millionen. Dabei wird die immer wieder beklagte Zunahme von prekärer und unaukömmlicher Erwerbsarbeit von der Statistik nicht berücksichtigt +++ Erneut werden Manipulationen bei Organtransplantationen bekannt. Ärzte verhalten mittels falscher Angaben Patienten auf Kosten anderer vorzeitig zu einem Spenderorgan +++ Nachdem die Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg aufgrund von Mängeln immer wieder verschoben werden musste, tritt Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit (SPD) zugunsten des brandenburgischen Ministerpräsidenten Platzeck vom Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden zurück. Es wird kritisiert, dass Platzeck als Mitglied des Aufsichtsrats ebenfalls Mitverantwortung für das Desaster trägt, zu dem auch die immense Kostensteigerung gehört +++ Manu Dreyer (SPD) wird neue Ministerpräsidentin von Rheinland Pfalz. Ihr Vorgänger Kurt Beck hatte das Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben +++ Landtagswahlen in Niedersachsen: Die bereits totgesagte FDP erzielt dank CDU-„Leihstimmen“ ein Ergebnis von rund 10 Prozent; die Grünen legen erheblich zu. Nach einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen erhält Rot-Grün eine hauchdünne Mehrheit. Stephan Weil (SPD) wird Ministerpräsident - er löst David McAllister (CDU) ab +++ Der angeschlagene FDP-Vorsitzende Philipp Rösler nutzt den Wahlsieg, um seine Position wieder zu festigen. Rainer Brüderle scheut einen Machtkampf um die Parteispitze, übernimmt aber auf Wunsch Röslers die Rolle des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl. Ein Parteitag in Berlin bestätigt beide in ihren Rollen +++ Die Stern-Reporterin Laura Himmelreich beschuldigt Brüderle in ihrem Blatt, sie vor 1 Jahr an einer Hotelbar sexuell belästigt zu haben. Daraufhin entwickelt sich in allen Medien in Deutschland eine anhaltende Sexismus-Debatte, die sich weitgehend von ihrem Anlass ablöst und generell das Thema Sexismus in der heutigen Gesellschaft und speziell die Frage,

wo sexuelle Belästigung beginnt, aufgreift +++ Die „eiserne Reserve“ der deutschen Rentenversicherung ist so hoch wie zuletzt 1992 und beläuft sich nun auf rund 23 Milliarden Euro +++ Ein Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern erreicht die notwendige Zahl an Unterstützern +++ Der Bundesbildungsministerin und Merkel-Vertrauten Annette Schavan wird von der Universität Düsseldorf der Dokortitel aberkannt, mit dem Vorwurf, dass ihre Dissertation Plagiate enthalte. Schavan bestreitet dies, tritt aber schließlich zurück. Sie will allerdings weiter vor Gericht um den Titel kämpfen +++ Die Bundesländer Hessen und Bayern wollen gegen den Länderfinanzausgleich beim Bundesverfassungsgericht klagen +++ Lebensmittel-skandal: In Lasagne wird als Rindfleisch deklariertes Pferdefleisch gefunden. Diesem Skandal folgt ein weiterer, als sich herausstellt, dass in großem Umfang Eier aus konventioneller Hühnerhaltung als Bio-Eier auf den Markt kamen +++ Das Bundesverfassungsgericht weitet das Adoptionsrecht für Homosexuelle stark aus. Selbst in der CDU, der einzigen im Bundestag vertretenen Partei, in der es noch Vorbehalte gegen die volle Gleichstellung homosexueller Partnerschaften gibt, beginnen sich die Mehrheiten zu verschieben +++ Welle von Warnstreiks im öffentlichen Dienst. Es kommt schließlich zu einer Einigung im Tarifstreit zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di +++ Hartmut Mehdorn, als Bahnchef nach einem Skandal um die Ausspähung von Mitarbeitern zurückgetreten, dann bei Air-Berlin tätig, wird nun Vorsitzender der Geschäftsführung des Hauptstadtflughafens mit der Aufgabe, die desaströse Lage zu bereinigen. Andere Kandidaten hatten den Posten zuvor dankend abgelehnt +++ „Jubiläum“: Vor 10 Jahren legte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die „Agenda 2010“ vor, die den Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik umkremelte. Insbesondere die Verbindung von Hartz IV und einer faktischen Förderung prekärer Beschäftigung führte zu Verhältnissen, die zunehmend als sozial ungerecht empfunden werden. Die SPD laboriert bis heute an den Folgen: Sie verlor vor allem Stammwähler +++ Ein weiterer Wintereinbruch führt zu Problemen +++ Bürgerproteste gegen Stuttgart 21 nehmen wieder zu, nachdem nicht mehr verheimlicht werden kann, dass die von den Gegnern des Projekts erwarteten Kostensteigerungen tatsächlich Wirklichkeit werden. Trotz dieser Mehrkosten in Milliardenhöhe beabsichtigt die Bahn weiter zu bauen: Der Bahn-Aufsichtsrat billigte eine Kostensteigerung von 4,5 auf 6,5 Milliarden. Die Bahn soll Stadt und Land, die sich an den Mehrkosten nicht beteiligen wollen, verklagen +++ In Backnang bei Stuttgart sterben bei einem Großbrand die Mutter und 7 Kinder einer Großfamilie mit türkischem Migrationshintergrund. Die Ursachen des Brandes werden noch weiter geklärt +++

Europa

In Oslo wird der Friedensnobelpreis an die EU stellvertretend dem Kommissionspräsidenten Barroso, dem Ratspräsidenten van Rompuy und dem Vertreter des Europaparlaments Martin Schulz überreicht +++ Der italienische Ministerpräsident Mario Monti tritt zurück, nachdem ihm die Berlusconi-Partei die parlamenta-

rische Unterstützung aufgekündigt hat. Das bedeutet auch das Aus für sein Kabinett aus parteilosen Experten +++ Der Verfassungsrat in Frankreich erklärt die von Präsident Hollande geplante Reichensteuer für verfassungswidrig, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße. Das Gesetz soll nun überarbeitet werden, der Satz von 75% dabei jedoch beibehalten werden +++ Einer Umfrage zufolge wollen 40% der Briten den Austritt des Landes aus der EU +++ Deutschland und Frankreich feiern den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des von Adenauer und de Gaulle ausgehandelten Elysée-Vertrages. Aus diesem Anlass besucht der französische Präsident Hollande Deutschland; es gibt eine gemeinsame Sitzung der Parlamente beider Länder +++ Milos Zeman löst den bisherigen tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus ab. Als erster tschechischer Präsident wird Zeman nicht vom Parlament, sondern direkt vom Volk gewählt +++ Die niederländische Königin Beatrix kündigt ihre Abdankung an. Thronfolger soll ihr Sohn Willem-Alexander werden +++ Die bulgarische Regierung tritt geschlossen zurück. Die für Juli geplanten Neuwahlen sollen vorgezogen werden +++ Silvio Berlusconi wird wegen der Veröffentlichung eines abgehörten Telefongesprächs verurteilt +++ Parlamentswahlen in Italien. Dabei setzt sich ein Mitte-Links-Bündnis mit Pier Luigi Bersani an der Spitze nur sehr knapp gegen das Berlusconi-Bündnis durch, das sich dafür im Senat behauptet. Den größten Erfolg erzielt die Bewegung des Komikers Beppe Grillo, die der politischen Klasse generell kritisch gegenübersteht. Es droht eine politische Blockade, möglicherweise wird es zu Neuwahlen kommen +++ In einer Volksabstimmung über die sogenannte Abzockerinitiative sprechen sich 68 Prozent der Schweizer für eine Begrenzung von Managerbezügen aus. Dies soll durch eine Stärkung der Rechte der Aktionäre realisiert werden +++ Schweden ist dabei, das Bargeld abzuschaffen. Bereits jetzt nimmt jede vierte Bankfiliale kein Bargeld mehr entgegen und zahlt auch keines mehr aus +++ Das ungarische Parlament beschließt auf Betreiben der rechtskonservativen Orban-Regierung eine Änderung der Verfassung, die die Rechte des Verfassungsgerichts beschneidet. In der EU wird dies als Schwächung der Gewaltenteilung heftig kritisiert +++ EU-Ratsgipfel in Brüssel beschließt ein „Rettungspaket“ in Höhe von bis zu 10 Mrd. Euro für Zypern. Der ursprüngliche Ansatz von 17,5 Mrd. wird mittels einer Zwangsabgabe für in- und ausländische Inhaber zyprischer Konten unterschritten: Guthaben bis zu dieser Höhe werden eingefroren, um einen Geldabfluss zu verhindern +++

Welt

Der Amoklauf an einer Grundschule in Newtown, Connecticut, erschüttert die USA. Es kommt zu einer neuerlichen Kontroverse um die Reform des Waffenrechts, zu der Präsident Obama Vorschläge macht +++ In Südkorea wird Geun Hye zur neuen Präsidentin gewählt. Hye gehört der konservativen Partei an und ist die Tochter des verstorbenen früheren Diktators Park Chung Hee +++ In Japan gelingt es der Liberal-Demokratischen Partei, die Macht zurückzuerobieren. Ministerpräsident wird Shinzo Abe +++ Die umstrittene neue ägyptische Verfassung erhält in einer Volksabstimmung die Mehrheit +++ Die brutale

Vergewaltigung einer jungen Frau, die an den Folgen stirbt, durch eine Horde von Männern in einem Bus in Neu Delhi führt zu einer bisher nicht gekannten Massenmobilisierung gegen sexuelle Gewalt in Indien. Die Täter kommen vor Gericht, die Anklage fordert die Todesstrafe +++ Europol gibt bekannt, einen weltweiten Fußball-Wettskandal aufgedeckt zu haben +++ Geiseldrama in Algerien +++ Neue heftige Unruhen in Ägypten +++ Im Krieg in Mali erreichen die französischen Truppen Timbuktu +++ Der Mord an einem Oppositionspolitiker führt zu einer schweren politischen Krise in Tunesien. Die Opposition beschuldigt die islamistisch orientierte Regierungsmehrheit, den Mord organisiert zu haben +++ Nach Atomtest in Nordkorea werden neue Sanktionen beschlossen. Auf diese antwortet die nordkoreanische Führung mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes und Kriegsdrohungen gegen Südkorea und die USA: Man wolle notfalls Atomschläge gegen sie ausführen +++ Der venezuelanische Präsident Hugo Chavez, charismatischer Verfechter eines „bolvarischen Sozialismus“, verstirbt an einem schweren Krebsleiden. Übergangspräsident Maduro will sich bei Neuwahlen im April bestätigen lassen +++ Im Etat-Streit in den USA wird die 2011 beschlossene „Fiskalklippe“ nicht umschifft, weil keine Einigung zwischen Obama und den Republikanern zustande kommt, mit der Folge, dass jetzt allein 2013 bei den Staatsausgaben 85 Mrd. Dollar eingespart werden müssen. Man befürchtet gravierende Auswirkungen auf die Konjunktur +++ Die Arbeitslosigkeit in den USA ist laut „Global Research“ 2 bis 3 mal höher als die offiziell ausgewiesenen 7,7 Prozent +++ Der Chinesische Volkskongress wählt eine neue Staatsführung, nachdem letztes Jahr eine neue Parteiführung etabliert worden war. Parteichef Xi Jinping übernimmt auch das Präsidentenamt, Li Keqiang wird neuer Ministerpräsident +++ Die Volksrepublik China baut ihre Macht durch Investitionen in vielen Teilen der Welt aus. Dabei geht es z.B. um Land, Industrieanlagen und Häfen +++ Papst Benedikt XVI. legt aus Altersgründen sein Amt nieder. Bereits im 5. Wahlgang fällt in der Konklave in Rom die Entscheidung über den neuen Papst: Es ist der 76jährige Erzbischof von Buenos Aires, Jorge Mario Bergoglio, ein Jesuit. Als erster Papst überhaupt nimmt er den Namen Franziskus an. Der neue Papst gilt als Fürsprecher der Armen, theologisch wird er eher als konservativ eingeschätzt. In ihn werden große Erwartungen gesetzt: Er soll die durch Missbrauchs- und andere Skandale geschwächte Kirche wieder voranbringen und dafür auch eine Reform der Kurie durchsetzen +++ In Israel gibt es eine neue Regierungskoalition unter Benjamin Netanjahu +++

Stand des Kostenausgleichs

Bis Mitte März sind 23.000 EUR von für 2013 geplanten 38.500 EUR für Rundbrief und Kostenausgleich eingegangen. Es fehlen also noch über 15.000 EUR. Wir danken herzlich für alle bisher eingegangenen Beiträge.

Das Ich als Rechts- gestalter

Mündigkeit und Vertragsfähigkeit

Christoph Strawe¹

Ordnung des Miteinander

Die Kernaufgabe des Rechtslebens ist, eine Ordnung des Miteinander herzustellen: Das Rechtssystem „hat es zu tun mit dem, was da sein muss im sozialen Organismus wegen des Verhältnisses von Mensch zu Mensch“.² In alten Zeiten erfolgte das Ordnen des Zwischenmenschlichen noch nicht demokratisch, durch Vereinbarungen zwischen den Menschen selber, sondern Recht und religiöses Gebot waren noch eins, Gemeinschaften wurden von oben gelenkt und durch „soziale Instinkte“ zusammengehalten. Sie bildeten eine Hülle, in der die Menschen allmählich zur Selbstständigkeit heranreifen sollten.

Mit dem Erwachen des selbstbewussten Ich werden diese Hüllen jedoch zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung, müssen immer mehr aufgelöst werden. Der soziale Organismus muss nun eine Gestalt annehmen, die ihn durchlässig macht für die Impulse der menschlichen Individualität, für eine neue Art der Gemeinschaftsbildung aus Freiheit heraus. Das Verhältnis von Individualität und Gemeinschaft kehrt sich um: Der Einzelne tritt in den Mittelpunkt. Aufgabe der Gemeinschaft ist es nun, seine Würde zu schützen und seine Entwicklung zu fördern.

Ich und Du

„Ich“ kann nur jeder selber zu sich sagen. Ein anderes Ich nennen wir „Du“. „Ich“ ist mein und dein geistiger Wesenskern, aus dem heraus ich mich steuere und du dich selber steuerst und aus

dem heraus ich gestalten kann und du gestalten kannst. Leib und Seele sind Ich-Hüllen.

„Das Ich“ als schöpferisches Selbst wird zum Akteur der eigenen Entwicklung, aus diesem Kern heraus, kann ich „wollen [...]“, was ich für richtig halte“.³ „Ich“ steht in der Dialektik von Freiheit und Befreiung: Um zu einem Ich zu werden, muss ich mich befreien, muss auf Distanz zum Nicht-Ich gehen und alle Bindungen kappen. Um ich selbst zu sein und schöpferisch frei zu sein, muss ich Bindungen eingehen, Aufgaben ergreifen, Begegnungen suchen. Alle bisherige Entwicklung führte zum Ich hin, alle künftige geht vom Ich aus.

Bleibt das Ich im Egoismus befangen, findet keine Entwicklung statt. Der Mensch muss, um Ausgangspunkt immer neuer Impulse und praktischer Antworten werden zu können, Verantwortung ergreifen und sein eigener Gesetzgeber werden.

Neue Gemeinschaft, Gleichheit und Freiheit, Vertragswesen

Das Zusammenleben wird im Zeitalter des erwachten Ich zu etwas anderem, als es zuvor war. Das Miteinander zu ordnen wird zu einer Frage der Rechtsgestaltung, die durch die Menschen selber geschieht. Rechtsfrieden ist ein Zustand des Sich-Vertragens. Die Verträglichkeit zwischen Freien und Unfreien unterscheidet sich allerdings grundlegend: Einbindung in ein größeres Ganzes und Vormundschaft stehen auf der einen Seite, aktive Toleranz und verbindliche Verabredungen auf der anderen. Verträglichkeit wird unter modernen Bedingungen durch das Herstellen freier Vertragsverhältnisse unter Gleichen konstituiert. Gleichheit von Vertragsverhältnissen bedeutet vor allem, die gleiche Freiheit aller Beteiligten.⁴

Die genannten Entwicklungsnotwendigkeiten spiegeln sich in der modernen Staatsentwicklung als Ringen um die Herausbildung eines demokratischen Rechtsstaats, der die Rechte des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es ist symptomatisch, dass sich das moderne Staatsdenken zunächst in Staatsvertragstheorien äußert. Streng historisch betrachtet sind diese zwar Fiktionen, was zählt, ist jedoch die Idee, dass allgemeine inhaltliche Regeln durch Staatsgesetze nur auf einem freiwilligen, partiellen und kündbaren Souveränitätsverzicht der Bürger beruhen. Die Menschenrechte sind den Menschen eben nicht von der Gemeinschaft verliehen, sondern kommen ihnen als Menschen zu und dürfen in ihrem Wesensgehalt daher auch nicht durch Mehrheiten aufgehoben werden.

1 Grundlage dieses Artikels ist ein Vortrag, den der Autor bei einem Seminar des 1. Durchgangs des Studiengangs Sozialentwicklung im Januar 2008 in Kassel gehalten hat.

2 Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage, 1919, II. Kapitel.

3 „Ein freies Wesen ist dasjenige, welches *wollen* kann, was es selbst für richtig hält.“ (R. Steiner: Die Philosophie der Freiheit, GA 4, Dornach 1995, S. 202)

4 Natürlich gibt es Verträge schon im Altertum. Aber das Vertragsprinzip wird erst in der Neuzeit zum Konstitutionsprinzip des Rechts.

Individuell und sozial gibt es in dieser Entwicklung Klippen, die überwunden werden müssen.. Auf der individuellen Ebene handelt es sich um die Klippe des Egoismus. R. Steiner nennt das Ich mit einem Bild aus der Apokalypse in diesem Zusammenhang ein „zweischneidiges Schwert“ (vgl. Kasten unten auf der Seite). Auf der Staatsebene gibt es die Klippe des Machtprinzips, auf der Eben von Einzelverträgen haben wir es häufig mit Pseudoverträgen zu tun, bei denen im Grunde Machtpositionen unter dem Deckmantel des Rechts durchgesetzt werden.

Was ist Mündigkeit?

Um den Anspruch des Ich auszudrücken, Gestalter des eigenen Lebens und Zusammenlebens zu

werden, gebrauchen wird das Wort Mündigkeit. Der Schritt zur Mündigkeit unterscheidet die alte und die neue Gemeinschaft. Was ist Mündigkeit? Sprachgeschichtlich kommt das Wort aus dem Althochdeutschen: Die Munt bedeutet Schirm, Schutz, Gewalt, etwa über das Gesinde oder über die Frau, die beim Eheschluss in die Munt des Gatten eintritt. Mündig wäre demgemäß jemand, der seiner eigenen Munt untersteht, nicht mehr der eines anderen. Man assoziiert interessanterweise zu Mündigkeit auch Begriffe aus dem Wortfeld „Mund“: Für sich selbst sprechen, sich nicht mehr den Mund verbieten lassen, sich nicht bevormunden lassen usw. Das ist, wie gesagt, keine gültige sprachgeschichtliche Ableitung, gehört aber doch zur „Aura“ des Wortes.

R. Steiner: Zur gleichen Zeit eine selbsteigene Wesenheit werden und [...] selbstlos werden

(Die Mission des Zorns. Der gefesselte Prometheus. München 5. Dezember 1909. GA 58/Dornach 1984, S. 60 - 62)

„Das Ich ist es aber, das [...] unablässig arbeitet an den drei Seelengliedern des Menschen, an der Empfindungsseele, Verstandes- oder Gemütsseele und Bewusstseinsseele. Und je mehr es arbeitet, innerlich gebundene Kräfte loslöst, je fähiger und fähiger es macht diese drei Seelenglieder, desto weiter schreitet der Mensch in seiner Entwicklung. Das Ich ist der Akteur, das tätige Wesen, durch das der Mensch Entwicklung nicht nur erkennen, sondern Entwicklung machen kann“, von Leben zu Leben die Seele vollkommener macht, so dass ihr „Inhalt immer reicher und reicher, immer umfassender und umfassender wird.“ „Indem dieses Ich so arbeitet, müssen wir uns klar sein, dass dieses Ich selber sozusagen darstellt eine Art ‚zweischneidigen Schwertes‘. Oh, dieses Ich des Menschen, es ist auf der einen Seite dasjenige in des Menschen Wesenheit, durch er allein im wahren Sinne des Wortes Mensch sein kann. Wir würden ein Wesen sein, das untätig mit der Außenwelt verschmolzen wäre, wenn wir diesen Mittelpunkt nicht hätten. Unsere Begriffe und Ideen müssen aus diesem Mittelpunkt gefasst sein; immer mehr und mehr Begriffe und Ideen müssen in diesem Ich sich erleben; immer reichere Gemütsinhalte, immer reichere Anregungen müssen wir von der Außenwelt erhalten. Wir sind umso mehr Mensch, je voller, je reicher, je umfänglicher dieses unser Ich wird. Daher muss durch die verschiedenen Leben hindurch dieses Ich sich immer mehr und mehr bereichern, ein Mittelpunkt werden, durch den der Mensch sich nicht nur in die Außenwelt hineingliedert, sondern durch das er Anreger ist. Der Mensch ist umso mehr Mensch, je mehr wir spüren, dass im Punkte seines Ichs eine reiche Summe von Impulsen liegt. Je mehr er ausstrahlt von seiner Eigenheit, je mehr er aufgenommen hat, desto mehr ist er Mensch. Je reicher die Ichheit ist, um so vollkommener ist der Mensch als Mensch.

Das ist die eine Seite des Ichs, die uns die Entwicklungsverpflichtung auferlegt, alles zu tun, um es so reich, so vielseitig als möglich zu machen. Aber es gibt auch eine Kehrseite für diesen Fortschritt des Ichs zu immer reichem und vollkommenerem Inhalt. Das ist dasjenige, was wir bezeichnen als Selbstsucht oder Egoismus.“ Selbstlosigkeit darf nicht als Schlagwort genommen werden: „Des Menschen Aufgabe ist es in der Tat, sich reicher und reicher zu machen; das ist nicht dasselbe wie selbstsüchtig werden, wenn diese Bereicherung damit verbunden ist, dass das Ich sich verhärtet in sich selber, dass es sich abschließt mit seiner Bereicherung. Da wird der Mensch zwar immer reicher und reicher, aber er wird zugleich den Zusammenhang mit der Welt verlieren, und seine Bereicherung würde bedeuten, daß ihm die Welt und er der Welt nichts mehr geben kann, dass er doch mit der Zeit vergehen würde, weil er, indem er strebt, alles im Ich behält und damit den Zusammenhang mit der Welt verliert. Der Mensch würde durch diese Karrikatur seiner Ich-Entwicklung zur gleichen Zeit verarmen. Selbstsucht verarmt und verödet den Menschen.“ „Es muss eben in demselben Maße, in dem es sich in sich hineinentwickelt, zu gleicher Zeit aus sich herausgehen, mit allen Dingen zusammenfließen. Es muss zur gleichen Zeit eine selbsteigene Wesenheit werden und auf der anderen Seite selbstlos werden.“ Nur wenn er nach diesen beiden, sich scheinbar widersprechenden Seiten hin arbeitet, „dann kann die Entwicklung des Menschen so vor sich gehen, dass er zu seiner eigenen Befriedigung und zum Heil und Fortschritt des Daseins sich entwickelt.“

Mündigkeit wird die große Losung der Aufklärung. Klassisch abgehandelt wird das von Immanuel Kant in seinem Aufsatz von 1784 „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ Auch wenn Kant vor den letzten sozialen Konsequenzen der Mündigkeit zurückzuzucken scheint, seine Formulierungen begeistern bis heute:

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung frei gesprochen [...], dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es Anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. [...]

Dass der bei weitem größte Teil der Menschen (darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit, außer dem dass er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben, und sorgfältig verhüteten, dass diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperreten, wagen durften; so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es versuchen allein zu gehen. Nun ist diese Gefahr zwar eben so groß nicht, denn sie würden durch einigemal Fallen wohl endlich gehen lernen; allein ein Beispiel von der Art macht doch schüchtern, und schreckt gemeinlich von allen ferneren Versuchen ab.“

(http://de.wikisource.org/wiki/Beantwortung_der_Frage:_Was_ist_Aufkl%C3%A4rung%3F)

Mündigkeit und Vertragsfähigkeit

Mündigkeit, Urteilsfähigkeit, Handlungsmacht (Initiative) und Vertragsfähigkeit hängen zusammen. Ein mündiger Mensch kann sich selbst und anderen etwas versprechen und es halten. So sind Selbstbindung und Vertragsbindung – in der sich ja Selbstverpflichtungen der Partner miteinander verschränken – zwei Seiten derselben Sache.

Die Kontraktfähigkeit ist eine entscheidende Fähigkeit, ein entscheidender Aspekt des Grundrechts der allgemeinen Handlungsfreiheit

Einige der Altersstufen im deutschen Recht

Ab Vollendung des 7. Lebensjahres

- Begrenzte Geschäftsfähigkeit (§ 106 ff. BGB)
- Beschränkte Deliktsfähigkeit nach Bürgerlichem Recht (§ 828 Abs. 3 BGB)

Vollendung des 12. Lebensjahres

- Bedingte Religionsmündigkeit (kein Wechsel gegen Willen des Kindes, § 5 RelKErzG)

Vollendung des 14. Lebensjahres

- Strafmündigkeit (§ 19 StGB), jedoch Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes (§ 3 JGG)
- volle Religionsmündigkeit (§ 5 RelKErzG)
- eigene Entscheidung über Namensänderung (§§ 1617a bis 1618, § 1757 BGB, Art. 10, Art. 47 EGBGB)
- Anhörungspflicht des Gerichtes bei Sorgerechtsentscheidungen (§ 159 FamFG)
- Widerspruch gegen Sorgerechtsübertragung (§ 1671 Abs. 2 BGB)
- Einwilligung in eigene Adoption und Widerspruch dagegen (§ 1746, § 1762 BGB)

Vollendung des 16. Lebensjahres

- Beschränkte Ehemündigkeit (Befreiung vom Eheverbot, § 1303 BGB)
- Testierfähigkeit (§ 2229 BGB)
- Aktives Kommunalwahlrecht in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt

Vollendung des 18. Lebensjahres

- Volljährigkeit, volle Geschäftsfähigkeit und Deliktsfähigkeit (§ 2, § 828 Abs. 3 BGB)
- aktives und passives Wahlrecht zum Bundestag (Art. 38 GG) sowie zu den Landtagen (in Hessen nur aktives Wahlrecht, passiv erst ab 21), Kommunalvertretungen, zur Wahl des Europäischen Parlamentes sowie zum Betriebsrat oder Personalrat
- passives Wahlrecht in der Sozialversicherung (§ 51 SGB IV)
- im Strafrecht Stellung als Heranwachsender (Möglichkeit nach dem Erwachsenenstrafrecht bestraft zu werden: §§ 1, 105 und 106 JGG)

Vollendung des 21. Lebensjahres

- Volle strafrechtliche Verantwortlichkeit als Erwachsener (§ 10 StGB)

Vollendung des 40. Lebensjahres

- Wählbarkeit zum Richter am Bundesverfassungsgericht (§ 3 BVerfGG)
- Wählbarkeit zum Bundespräsidenten (Art. 54 GG)

Vollendung des 70. Lebensjahres

- Höchstalter für die Berufung in das Amt eines Schöffen (§ 33 Nr. 2 GVG)
- Höchstalter für Tätigkeit als Notar

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Altersstufen_im_deutschen_Recht

der Person. Unsere Rechtsordnung bindet die Zusprechung bestimmter Rechte und Pflichten an das Lebensalter (siehe Kasten auf der vorigen Seite, der entscheidende Einschnitt ist dabei die Volljährigkeit. Mit der Volljährigkeit (in den meisten Ländern mit 18, früher mit 21) erreicht der Mensch den Status des/der mündigen Bürgers/in. Dazu gehört notwendigerweise auch die volle Geschäfts- und Vertragsfähigkeit. Bestimmte Entscheidungen, z.B. über die Konfession, werden noch früher getroffen, mit 14, andere wenige auch später: So liegt etwa die Wählbarkeit zum deutschen Bundespräsidenten bei 40 Jahren. Sehr klar spiegelt sich der Zusammenhang zwischen Kontraktfähigkeit und Mündigkeit etwa in den Formulierungen des Schweizer Zivilgesetzbuches (ZGB).

Mündigkeit als Kategorie der Rechtsordnung ist keine Beschreibung eines Zustands, sondern einer Aufgabe: Dem volljährigen Menschen wird die Verantwortung für sich selbst zugesprochen. Das Rechtsleben öffnet hier nur die Tür, durch sie hindurchgehen muss jeder selber. Wo immer mündige Menschen miteinander inhaltliche Vereinbarungen treffen, hat der Staat nicht zu intervenieren. Seine hoheitliche Gewalt sollte nicht

Volljährigkeit im Schweizer Recht

„Volljährig ist, wer das achtzehnte Altersjahr erreicht hat. Jeder Volljährige kann sich nach eigenem Gutdünken rechtlich binden, solange ihm nicht die Fähigkeit, vernunftgemäß zu handeln, fehlt. Bei Minderjährigen hingegen haben die Eltern das Sagen, wenn es um den Kauf eines Töfflis, die Buchung einer Reise oder die Miete eines Zimmers geht.

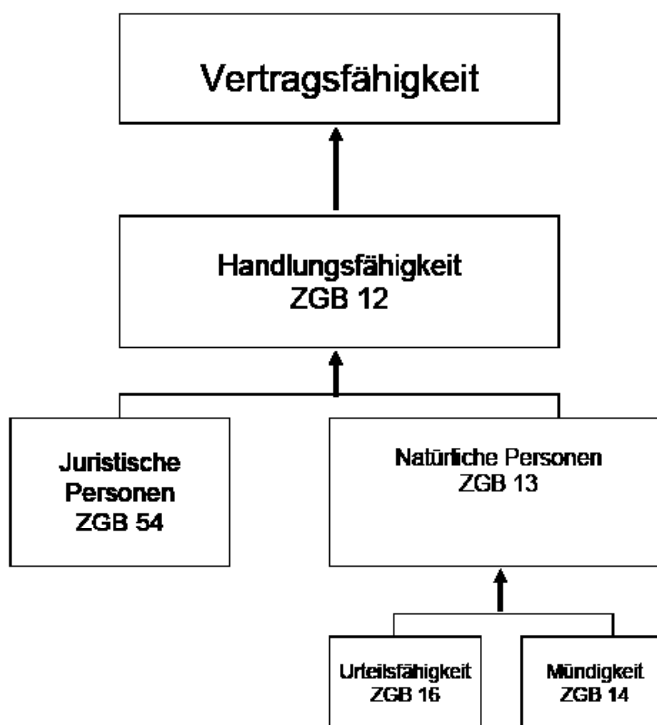
Ein Minderjähriger kann ohne elterliche Zustimmung grundsätzlich keine rechtsgültigen Verträge schließen. Er kann weder kaufen noch mieten, weder Geld borgen noch Arbeit annehmen. Sind die Eltern aber mit dem Tun ihres Kindes einverstanden, so zeitigt das von ihm abgeschlossene Rechtsgeschäft volle Gültigkeit.

Im Rahmen des Üblichen darf jeder Verkäufer oder Vermieter, jeder Bankier oder Beizer (= Gastwirt, d. Red.) die elterliche Zustimmung zu Geschäften eines Minderjährigen voraussetzen [...]

Quelle: unterricht.educa.ch/sites/default/files/20101215/

mehr Mittel der Durchsetzung eines von oben gesetzten und den BürgerInnen übergestülpten Inhalts sein, sondern ein Instrument der Durchsetzung von Vereinbarungen, die Menschen miteinander getroffen haben.

Vertragsparteien/Vertragsfähigkeit



Wieder- begegnung mit Humboldt

Die Zukunft der Erziehung: Mehrdimensionalität, Multidisziplinarität, Integration zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften

Roland Benedikter
im Gespräch mit **Adrian Wagner**

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Roland Benedikter (47), der heute an den Universitäten von Kalifornien in Santa Barbara und Stanford lehrt, gilt als einer der profiliertesten europäischen Vertreter eines zeitgemäßen Zusammenschlusses zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften und als Vordenker einer konsequent interdisziplinären Erziehung, um den Anforderungen der Globalisierung gerecht werden zu können. Adrian Wagner hat ihn zu seiner Vision der Zukunft des europäischen Bildungsbereichs befragt.

Adrian Wagner: Nicht nur die europäischen, sondern auch die internationalen Bildungssysteme scheinen derzeit im Umbruch - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Roland Benedikter: Ja. Während Europa sich an das angelsächsische System anpasst, nimmt das soziale und das Zugangs-Problem in den USA mit wachsender sozialer Ungleichheit massiv zu; daher muss nicht nur das europäische, sondern auch das System Amerikas in seiner Gesamtheit neu zusammengeschaute und als Ganzes neu strukturiert werden. Und der dritte globale Macht-Pol China hat das sowohl quantitativ als auch qualitativ wachsen-

de Problem, den Spagat zwischen der Bildung der Bevölkerung im Dienst wirtschaftlichen Fortschritts und den damit unweigerlich verbundenen Demokratisierungstendenzen zu schaffen. Chinas System versucht derzeit, Bildung auf ein globales Niveau zu heben und gleichzeitig Demokratisierung zu verhindern - was im internationalen Vergleich das schwierigste Unterfangen sein dürfte. China sendet heute so viele Studenten wie noch nie in die USA, um dort alles verfügbare Know-how einzusammeln und nach China zurückzubringen. Damit einher geht das Problem, dass diese Studenten mit Ideen der individuellen Freiheit und Gleichheit infiziert werden, also mittelfristig einen zutiefst „westlichen“ Impuls in die chinesischen Mittel- und Oberklassen, aber auch in die Eliten hineinragen. Mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Gesellschaft.

Adrian Wagner: Was bedeutet das?

Roland Benedikter: Es bedeutet, dass keines der drei Systeme das bleiben wird, was es bisher war. Ein guter Teil der Erneuerung wird sich zudem aus der Interaktion zwischen ihnen ergeben. Das bringt ebenso große Chancen wie spezifische Probleme mit sich. Die Unterschiede zwischen „atlantischen“ (USA-Europa) und „pazifischen“ (China-USA) Interaktionen und wechselseitigen Beeinflussungen werden dabei eine Rolle spielen.

Adrian Wagner: Wo liegt heute das Zentrum der Transformation? Eher noch im Atlantik oder schon im Pazifik?

Roland Benedikter: Meines Erachtens weiterhin im Atlantik - bedingt durch die Beziehung, die vielen Komplementaritäten, aber auch durch die Gegensätze und Wechselwirkungen zwischen den Bildungssystemen Europas und der USA. Und das wird noch auf absehbare Zeit so bleiben, weil die atlantischen Bildungssysteme global so lange führend oder zumindest beispielgebend bleiben werden, solange China keine Demokratie ist. Ohne Demokratie und die entsprechende Öffnung wird China niemals zum Westen aufschließen können - egal, was es auch investiert.

Adrian Wagner: Worin besteht der Unterschied zwischen europäischer und amerikanischer Erziehung?

Roland Benedikter: Anders als in Europa hat in den USA die Durchlässigkeit, in vielen Aspekten auch bereits der Zusammenschluss, zwischen unterschiedlichen Wissenschaften und Wissenspraktiken, insbesondere der Geistes- und Sozialwissenschaften, eine lange Tradition. Namen wie Bruce Mazlish (*1923, MIT Boston), Ronald Inglehart (*1934) oder Immanuel Wallerstein (*1930) haben die intellektuelle Tradition über ein halbes Jahrhundert hin in Richtung interdisziplinäre Erziehung beeinflusst. Zentraleuropa hat hier noch starken Aufholbedarf. Das liegt meines Erachtens daran, dass vor allem Mitteleuropa unter dem Eindruck des zweiten Weltkriegs das Humboldtsche Erziehungsmodell, das diesen Zusammenschluss bereits praktizierte und ausdrücklich multi- und transdisziplinär angelegt war,

aufgab und durch eine sehr weitgehende, sehr früh einsetzende und durchgängige Spezialisierung von Bildungs- und Qualifikationsbiografien ersetzt. Zum eigenen Schaden, wie ich finde. Denn dadurch ging die Fähigkeit zu mehrdimensionaler Betrachtung von Problemen und zu interdisziplinärer Denkweise und Analyse verloren - zumindest als aktiver, bewusster Strukturbestandteil des Bildungssystems.

„Wir brauchen die Wiederbegegnung mit Humboldt wie das tägliche Brot“

Adrian Wagner: Und die USA?

Roland Benedikter: Im Gegensatz dazu übernahmen die USA das Humboldt-Modell von Mitteleuropa, behielten es relativ „rein“ bei und setzen es bis heute konsequent um - was ihnen die globale Führungsrolle im höheren Erziehungs- und Bildungsbereich sicherte. Die Ironie ist, dass Europa sich heute an angloamerikanische Standards anpasst, die Amerika von Europa übernommen hat - die Europa selbst aber für ein halbes Jahrhundert über Bord warf.

Adrian Wagner: Welche Lehre sollte Europa daraus ziehen?

Roland Benedikter: Wenn Europa in Sachen Bildung gegenüber aufsteigenden Nationen wie China, Südostasien oder Lateinamerika nicht zurückfallen will bzw. eine globalisierungsfähige Erziehung anstrebt, wird es Humboldt wiederentdecken müssen. Und zwar nicht mehr nur in Lippenbekenntnissen oder eher oberflächlich bleibenden formalen Angleichungen von Qualifikationsgraden wie z.B. im Rahmen des Bologna-Prozesses, sondern durch die Entwicklung konsequent transdisziplinärer Curricula, durch ganzheitlich und multidisziplinär ausgerichtete Forschungseinrichtungen und -projekte sowie durch eine Änderung der Berufungspraxis von Lehrenden. Wir brauchen die Wiederbegegnung mit Humboldt wie das tägliche Brot.

Adrian Wagner: Worin sehen Sie in den kommenden Jahren die größten pädagogischen Herausforderungen im Hinblick auf die Generation der 14- bis 35jährigen - also derjenigen, die heute als „Jugend“ gelten?

Roland Benedikter: Das ist das grundlegende Thema für Europas Zukunft. Die größte Herausforderung besteht darin, der Jugend dabei zu helfen - sie nicht nur temporär, sondern nachhaltig dazu in die Lage zu versetzen - die heutigen Veränderungen und Zusammenhänge in ihrer ganzen Komplexität zu verstehen: Da immer mehr Dinge mit immer mehr anderen zusammenhängen, werden die Ordnungslogiken für gesellschaftliche Prozesse, aber auch die dazugehörigen Diskurs- und Argumentationsformen vernetzter, mehrschichtiger, aufeinander hin durchlässiger. „Richtig“ zu denken heißt in Zukunft, multidimensional, integrativ, in „zusammengesetzten Schichten“ (Thomas Fararo) und synchron zu denken. Erst dann kann man begründete Entscheidungen treffen.

Adrian Wagner: Ein Beispiel?

Roland Benedikter: Denken Sie etwa an die Politiken der muslimischen oder konfuzianisch- taoistischen Welt, ja selbst der neo-religiösen USA. Sie können diese politischen Denk- und Herangehensweisen nicht verstehen, wenn Sie nur die klassische Politikwissenschaft mit ihrem Fokus auf Partei- und Institutionenpolitik als Grundlage haben; Sie brauchen unabdingbar auch ein vertieftes Verständnis von Religion, ja von den Weltreligionen. Und Sie können die Wirtschafts- und Finanzkrisen der Gegenwart in ihrer Hartnäckigkeit und die tieferen Hintergründe davon nicht wirklich verstehen, ohne eine Grundlage in Sozialpsychologie und zivilisatorischen Typologien, ihrer Interaktion und ihrem Wandel zu haben. Sie können, um dies noch etwas zu spezifizieren, zum Beispiel die wachsende Dialektik zwischen US- und europäischen Krisenbewältigungs-Vorstellungen nicht verstehen, wenn Sie nicht um die unterschiedlichen Zivilisations- und Kulturmodelle wissen, einschließlich der historisch gewachsenen Wirtschafts- und Sozialkulturen, und der Bedeutung und Rolle der Wirtschaft im gesellschaftlichen System. Sie können aber auch klassische kulturelle Identitätsmuster nicht mehr ohne ein Wissen um Grundgesetze von Ethnopolitiken verstehen, welche heute die Welt zunehmend prägen und ihrerseits wiederum stark von Transformationen in Wirtschaft und Religion beeinflusst sind.

Adrian Wagner: Das klingt in der Tat nach wachsender Komplexität. Bildung muss darauf reagieren.

Roland Benedikter: Ja. Was wir benötigen, ist ein inter- und transdisziplinäres Gesellschaftsverständnis, wenn wir die Probleme der heutigen Welt angemessen angehen wollen. Mit einem Wort: Wir müssen die neuen Generationen auf ein komplexitätsadäquates, sprich: multidimensionales Verständnis vorbereiten, indem wir es mit ihnen so früh und so konsequent wie möglich einüben. Und natürlich, indem wir dafür eine zur Breitendidaktik geeignete Methode entwickeln.

Adrian Wagner: Wie kann das geschehen? Und wo steht Europa diesbezüglich im internationalen Vergleich?

Roland Benedikter: Ein stärker „ganzheitliches“ Verständnis kann sich angesichts des Problemniveaus nicht mehr zufällig ergeben oder - wie heute noch meist üblich - instinktiv von einzelnen Lehrenden entwickelt werden. Es muss vielmehr auf einer entsprechend gewollten transdisziplinären Erziehungs- und Studienorganisation beruhen. Eine solche hat Mitteleuropa noch kaum, muss sie aber dringend schaffen, wenn es nicht hinter die USA und aufstrebende Mächte wie China zurückfallen will. China zum Beispiel, aber darüber hinaus auch große Teile von Südostasien, darunter Korea und zunehmend auch Japan, strukturieren bereits seit Jahren ihren gesamten Erziehungsbereich in Richtung einer konsequenten Multi-, Inter- und Transdisziplinarität (diese drei Worte beschreiben drei verschiedene Dimensionen, die zusammenwirken müssen - wie, müssten wir genau erörtern!), hin zu komplexitätsadäquaten Verständnisformen. Europa hat im Vergleich dazu

- neben der Schaffung einiger interdisziplinär spezialisierter Think tanks - vor allem im Breitenbereich, also hinsichtlich der Grundlagen des Bildungssystems, bisher noch zu wenig getan. Man scheint zu glauben, dass mit der Angleichung der Qualifikationsformen an das anglo-amerikanische System wie Bachelor, Master und PhD das Wesentliche getan ist. Das ist aber ein gefährlicher Trugschluss.

„Wichtig ist, dass die Multidisziplinarität konsequent, anwendungs- und phänomenorientiert im Zentrum steht“

Adrian Wagner: Wie könnte man die nötige Erneuerung inhaltlich und curricular umsetzen?

Roland Benedikter: Mein Vorschlag ist ein 7-dimensionalen Ansatz, der die sechs typologischen Kerndimensionen des heutigen globalen Wandels abdeckt - Wirtschaft, Politik, Kultur, Religion, Demographie und Technologie - und der gleichzeitig die verschiedenen Rationalitätstypen, Strukturordnungen und Diskursformationen, die sich ganz unterschiedlich, aber immer stärker ineinanderwirkend in den Raum der Globalisierung hineinstellen, darstellt. Die daraus hervorgehende siebte Dimension besteht aus dem Ganzen dieser sechs Dimensionen, ist aber mehr als die Summe seiner Teile und kann deshalb auch auf keine Einzeldimension reduziert werden. Eine Ausbildung in den Grundlagen, den Wechselwirkungen und den wechselnden Schwerpunkten dieser Dimensionen sowie in der durch Hyperkomplexität und Tiefenambivalenz gekennzeichneten Gesetzmäßigkeit des sich daraus ergebenden Ganzen müsste künftig für jeden Bildungslebenslauf, unabhängig von seiner Spezialisierung, verpflichtend sein. Ich meine damit kein „Studium generale“, sondern viel mehr einen Bildungsprozess, der sich wie ein roter Faden durch eine Bildungsbiografie zieht, die zeitgemäß sein will. Am besten wäre es, den Umgang mit den unterschiedlichen Dimensionen rhythmisch - durchaus im Sinn eines „Epochenunterrichts“ - einzuüben: Bereits in der Grundschule sollte ein Schwerpunkt gesetzt werden, dem eine Wiederaufnahme in der Mittelschule folgt, eine Vertiefung in der Oberschule und mindestens eine weitere Vertiefung im tertiären Bereich, also im Universitätsstudium, sowie in „Post-doc“ Bereichen und in der Erwachsenenbildung. Natürlich wären auch andere Formen der Umsetzung denkbar. Wichtig ist nur, dass die Multidisziplinarität konsequent, anwendungs- und phänomenorientiert im Zentrum steht.

Adrian Wagner: Geht es dabei im Wesentlichen um das, was heute oft „Komplexitätsmanagement“ genannt wird?

Roland Benedikter: Nein, es geht um ganzheitliches Verstehen. Das ist etwas ganz anderes. Es geht ausdrücklich nicht nur um „Komplexitätsmanagement“; das wäre eine grobe Reduktion auf „Machen“ und Bewältigung. Es geht aber um viel mehr: Um Öffnung, um ein umfassenderes Verständnis, um eine angemessenere Haltung gegenüber dem, was uns umgibt.

„Wirtschafts- und Finanzbildung für alle‘ ist in Europa noch nicht erwähnenswert entwickelt“

Adrian Wagner: Was bedeutet das im Einzelnen?

Roland Benedikter: Gehen wir die sieben Kern-Dimensionen kurz durch. Die erste und zurzeit vielleicht wichtigste Dimension verhilft uns dazu, in Grundzügen zu verstehen, wie die Wirtschaft bzw. das Finanzsystem funktioniert. In dieser Hinsicht ist die Breitenausbildung der Jugendlichen in den Mittel- und Oberschulen bis zum Abitur, aber auch danach an den Universitäten weitgehend unzureichend. Das Gebiet der „Wirtschafts- und Finanzbildung für alle“, das in den USA „financial literacy“ oder „finanzielle Alphabetisierung“ genannt wird, ist in Europa noch nicht erwähnenswert entwickelt. 90% der „Jugendlichen“ haben keine Ahnung, wie das Finanzwesen, wie das Kapital in unserer postmodernen, globalisierten Welt funktioniert, verstehen deshalb auch nicht, wie Finanzkrise, Schuldenkrise und tägliches Leben zusammenhängen. Das muss sich ändern, wenn wir die großen Richtungsentscheidungen der kommenden Jahre demokratisch treffen wollen.

Adrian Wagner: Also sollen Schüler und Studenten zuallererst „Das Kapital“ von Marx (wieder) lesen?

Roland Benedikter: Es gilt, die multidisziplinäre Funktionsweise heutiger Entwicklungen kritisch zu betrachten, - frei von jeglicher Ideologie, die allzu oft unkritisch, weil gläubig macht. Es genügt nicht mehr, „Das Kapital“ von Karl Marx zu lesen - obwohl auch das heute im Bildungsbereich massiv unterbewertet wird. Selbstverständlich sollte jeder mündige Bürger das „Kapital“ gelesen haben. Das wäre ein riesiger Gewinn, individuell und sozial gesehen - ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn also. Marx war selbst ja kein „Marxist“, sondern konnte den „Kapitalismus“ auf seine Art durchaus wertschätzen. Sie finden im „Kapital“ keine Stelle, an der Marx inhaltlich sagt, er wolle über den Kapitalismus hinaus in eine nachkapitalistische Welt. Sondern es sagt im Grunde, das Kapital müsse anders genutzt werden und allen Teilen der Bevölkerung zugutekommen; Produktion und Distribution müssten anders laufen, es müsse Gerechtigkeit geben.

Adrian Wagner: Eine soziale Utopie?

Roland Benedikter: Ja. Damit wäre das Kapital als Ausbeutungsverhältnis, als das er es für seine Zeit zu Recht beschreibt, aufgehoben. Gleichzeitig bliebe es als soziales Blut und als Mittel der Zukunftsantizipation, also für das Hereinlocken von Zukunft in die Gegenwart, bestehen. Lediglich der Umgang damit würde zum Wohle aller weiterentwickelt werden. Genau darum geht es heute, im Gefolge der längsten und umfassendsten Krisen des „postmodernen“ Kapital- und Finanzsystems, mehr denn je. Vielleicht zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wird das breitenwirksam und grundlegend erkannt - auch von denen, die die Entscheidungen treffen. Damit ist Marx sehr aktuell. Sein Denken wird heute in den USA neu entdeckt von den „99%“ und der „Occupy

Wall Street“ Bewegung. Die Marxschen Gedanken können heute weiterhelfen, aber sicher nicht mehr im Sinn des sogenannten „Marxismus“, sondern jenseits ihrer Entstehungsbedingungen im Sinn eines zeitgemäßen „Metamaterialismus“.

Adrian Wagner: Also sollte die heutige Jugend, die eine „andere“ Vision des Kapitalismus entwickeln will, nicht mehr „links“ sein? Aber wenn ich Sie richtig verstehe, auch nicht mehr „rechts“?

Roland Benedikter: Beides nicht. Sich im Sinne einer bestimmten weltanschaulichen oder ideologischen Richtung auszubilden, reicht heute nicht mehr. Wer etwas verändern will, muss versuchen, aus seinen eigenen Lebenszusammenhängen heraus, reflektierend über das, was ihn umgibt, die Grundmechanismen des Kapitals zu verstehen. Genau das geschieht heute in breiten Teilen der amerikanischen Mittelklasse. Aus Betroffenheit und unmittelbarem Leiden wird Bewusstsein gebildet. Die Allerwenigsten haben irgendetwas von Marx gelesen, kommen aber zu ähnlichen Schlüssen - aus ihren eigenen Beobachtungen, ihrer eigenen Lebenssituation heraus. Das kommt einer echten Revolution gleich. Das Bildungssystem müsste das, was heute ohnehin in der Bevölkerung moderner Gesellschaften geschieht, aufgreifen und institutionalisieren. Das geschieht in unserem Bildungssystem zu wenig, jedenfalls nicht flächendeckend.

Adrian Wagner: Worin liegt das Problem?

Roland Benedikter: Das Problem ist, dass das heutige System Spezialisten mit Spezialansätzen bevorzugt, ja fast ausschließlich auswählt als Lehrende und ausbildet als Studierende. Das ganze Schulsystem, das ganze Bildungssystem, müsste in viel größerem Ausmaß generalistisch angelegt werden und eine Ausbildung anbieten, die zu einem kritischen Verständnis der Grundlagen des Kapitals befähigt und die das Verhältnis zwischen Realwirtschaft und Spekulationswirtschaft und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft in verschiedenen Teilen der Welt dergestalt beleuchtet, dass die unterschiedlichen lokalen Folgen, aber auch das Puzzle als Ganzes erfasst werden können.

All dies müsste flächendeckend im Sinne einer neuen „Humboldt-Konzeption der Bildung“ verpflichtend vorgesehen werden. Jeder - ob Handwerker, Universitätsprofessor, Zivilgesellschaftler, Kapitalmagnat oder Umweltschützer - müsste diese Ausbildung in einer zukünftigen Wissensgesellschaft durchlaufen haben.

„Macht euch sachkundig jenseits der Reduktion auf Gut und Böse!“

Adrian Wagner: Was hieße das in einen Slogan zusammengefasst?

Roland Benedikter: Macht euch sachkundig jenseits der Reduktion auf Gut und Böse! Versucht vieldimensional zu verstehen - erst dann habt ihr die Skulptur der Realität zur Anschauung gebracht. Und zwar nicht in dem Sinne, dass man gegen die Frankfurter

Banken protestiert, weil da die Bösen sitzen, die mit Geld arbeiten; während man diejenigen, die ihre Kartoffeln selbst anbauen, als die Guten ansieht. Vielmehr müssen wir lernen, Anteil nehmend und anerkennend zu verstehen, d.h. von innen heraus nachzuvollziehen, was zwischen all den verschiedenen Spielarten und Handhabungsweisen des Kapitals geschieht. Darauf aufbauend sollten wir eine kritische, emanzipative, weitergehende Perspektive entwickeln.

Adrian Wagner: Das war jetzt eine Dimension von den sechs, die sie aufgezählt haben: Die Wirtschaft. Was wäre die zweite?

Roland Benedikter: Die zweite Dimension ist die Politik. Es ist unbedingt notwendig zu verstehen, was die Globalisierung im Bereich herkömmlicher politischer und diplomatischer Beziehungen mit sich bringt. und gleichzeitig das Politische viel weiter aufzufassen als im Sinne von Partei- und Institutionenpolitik, wie es die bisherige Politikwissenschaft noch weitgehend, ja fast ausschließlich, tut. Der wichtigste Bereich heute ist die „kontextuelle Politikanalyse“, d.h. das Verstehen der rasch zunehmenden politischen Bedeutung von Faktoren wie Sozialpsychologie, Philosophien, Weltanschauungen, Ideengeschichte, Mentalitäten. Auch hier gilt: Wir sind noch weit davon entfernt, in einer generalistischen Weise und unter Einbeziehung von Kontextpolitiken im Erziehungsbereich nachhaltig wirksam zu werden. Doch die Fragen, die sich hier stellen, sind grundlegender Art: Was bedeutet es, dass heute eine multipolare Welt der „competing modernities“ (Martin Jacques) entsteht, in der der Westen nicht mehr die alleinige Führungsrolle hat? Und was hat das für kulturelle Implikationen? Warum steht etwa Amerika von seiner kulturellen Psychologie her eher expansiv da? Hat das seine Gründe im „Individualitätsprinzip“, im Recht des Verfolgens des persönlichen Glücks, wie es in der amerikanischen Verfassung von 1776 angelegt ist? Warum ist das in China anders? Versucht es daher auch, ganz anders mit seiner neuen politischen Rolle umzugehen, gestützt auf seine taoistisch-konfuzianischen Kulturgrundlagen? Ist es wirklich „der Berg, der sich nicht bewegt“, oder, wie der Name „China“ nahelegt, „das Zentrum nicht nur der Welt, sondern des Kosmos“? Wie wirken heute die „Post-Empire-Depression“ des Westens, eher bewusst durchlebt in den USA und eher unbewusst in Europa, mit der „unaufhaltsamer Aufstieg“-Psychologie Asiens zusammen? Welche politischen Grundmuster entstehen daraus? Wird die Zukunft der Welt, wie die heutige Führungsriege der USA glaubt, tatsächlich nicht mehr im Atlantik, sondern im Pazifik entschieden werden - in der Konfrontation zwischen liberalen und illiberalen, demokratischen und autoritären Gesellschaften, mit den zwei Führungsmächten USA und China? Was bedeutet das für Europa? All diese Fragen betreffen Dimensionen, zu denen die Jugend in Kontakt kommen muss. Es wäre gut, in Zukunft nicht mehr nur Englisch, sondern auch Chinesisch zu lernen. Aber wir müssen mehr können als die Sprachen. Wir brauchen ein grundlegendes Verständnis für die neue Weltkonstellation.

Adrian Wagner: Was wäre die dritte Dimension?

Roland Benedikter: Die Rolle der Kultur im engeren, in modernen Kulturen meist säkular und laizistisch gebrauchten Sinn. Dazu gehört zum Beispiel die sogenannte „Kreativitätsindustrie“, wie man sie heute nennt, mit Architektur, Kunst, Film, Musik, Literatur. Sie bildet Selbstverständnisse ab und aus, und sie macht Verfahrensweisen und Habiti, also soziale Grundhaltungen, weitergebbar. Sie versteht Kultur als das „Tradierbare des Sozialen“. Dazu gehört aber auch die Rolle von Kultur als Definition von Gruppenzugehörigkeiten und kollektiven Seinsverständnissen. Aspekte davon sind Ethnizität, traditionelle Formen von „Identität“ oder das sozial bedingte Geschlechterverhältnis. Nicht nur die globale Migration macht diese letzteren Aspekte von Kultur zu einem immer wichtigeren Faktor, sondern auch die weltweit zunehmenden Ethno-Nationalismen. Diese führen zu einer immer rascheren Aufspaltung von Staaten und zur Unabhängigkeit von immer kleineren, oft auch nicht lebensfähigen Gebilden, die - aus ethnischen und Kulturgründen und aufgrund der entsprechenden Konflikte - sich als unabhängig erklären, aber von Anfang an „failed states“ („gescheiterte Staaten“) sind wie zum Beispiel zuletzt der Kosovo oder Südsudan, weil sie sich eigentlich selbst nicht erhalten können. Kultur im Sinn der Begründung von Nationalstaaten ist eine Form des 18. und 19. Jahrhunderts, die längst überholt ist. Trotzdem wirkt sie immer weiter. Hatten wir noch im 19. Jahrhundert etwa 50 große Staaten, so sind es heute weit über 150 - Tendenz steigend. Kultur muss also, wie Wirtschaft und Politik, in ihrer transdisziplinären Breite verstanden und zusammengeschaufelt werden als Impuls- und Diskursfaktor der heutigen Phase der Globalisierung - kein leichtes, aber ein unverzichtbar notwendiges Unterfangen. Denn ohne die Kultur als eigenständige Rationalitätsform zu berücksichtigen, können wir künftig weder Wirtschaft noch Politik angemessen verstehen. Das zeigt z.B. das dauernde Aneinander-vorbei-Reden zwischen den USA und Europa, wenn es um Bewältigungsstrategien der Wirtschafts- und Schuldenkrise geht. Beide haben völlig unterschiedliche Auffassungen nicht deshalb, weil sie anders mit Kapital in offenen Gesellschaften umgehen, sondern weil sie aus völlig unterschiedlichen Wirtschafts- und Finanzkulturen heraus Lösungen suchen. Wenn diese kulturellen, historisch begründeten Unterschiede in den Grundauffassungen nicht bewusst gemacht werden, wird es auch weiterhin keine nachhaltigen gemeinsamen Lösungen geben.

„Ganz wichtig wird sein zu unterscheiden zwischen progressiven und regressiven Formen der Spiritualität“

Adrian Wagner: Viertens?

Roland Benedikter: Viertens müssen Sie die Rolle der Letztbegründungsdiskurse, einschließlich der Religion und der heute sehr unterschiedlichen Spielarten von Spiritualität, in der Welt verstehen, auch wie diese mit Wirtschaft, Politik und Kultur

zusammenwirken, sie wechselseitig durchdringen und vernetzen. Man muss verstehen, dass Zivilreligion, der Glauben an die Ideale von Demokratie, Freiheit und Individualität, nicht dasselbe ist wie mythologische Religion, der Glauben an übergeordnete, kollektiv verstandene Heilsgeschichten meist eschatologischen oder messianischen Zuschnitts. Das bedeutet: Menschen müssen in der kommenden Weltkonstellation von klein auf verstehen, dass Spiritualität nicht gleich Spiritualität und Religion nicht gleich Religion ist. Ganz wichtig wird sein zu unterscheiden zwischen progressiven und regressiven Formen der Spiritualität, was heute ja noch kaum geschieht. Was wäre denn eine progressive Art, in mir Letztbegründungswerte zu finden, zu pflegen und dann auch aufzuheben? Diese Werte weniger explizit in die Welt hinauszupredigen, sondern sie als ontologischen Vollzug in mir zu leben, hätte etwas Konstruktives. Was ist der Unterschied zwischen einer progressiven Haltung im Sinn einer Erfahrungsspiritualität und den oft eher traditionalistischen konfessionellen Glaubensreligionen, wo ich etwas glaube, was mir gesagt wird von formal, hierarchisch, höher gestellten Menschen? Was ist der Unterschied zwischen geistiger Erfahrung, die bewusst und geordnet induziert wird, und dem traditionellen Verständnis letzter Sinnbegründung als Erzählung, als Geschichte? Wie wirkt sich das ganz grundlegend unterschiedlich aus? Wozu fühle ich mich hingezogen, und wo will ich hingehören? Das sind Orientierungsfragen für den heutigen Jugendlichen, die man nicht unterschätzen kann.

Ich bin manchmal konfrontiert mit Schülern meiner Frau. Sie ist College-Professorin und die Schüler sind 17 bis 19 Jahre alt und leben diese Fragen in einer fast schon gewaltsamen Intensität. Den Jugendlichen wird ja schulisch-akademisch überhaupt nichts in diese Richtung an Unterscheidungsinstrumentarien an die Hand gegeben. Meist kommen sie nur durch Zufall zu ihren individuellen Richtungsentscheidungen. Da ist wenig Kritisch-Strukturierendes in ihrem üblichen Curriculum, doch genau das müsste es geben. Wir brauchen die vierte Dimension: Die Auseinandersetzung mit progressiven und regressiven Formen der Letztbegründung, und mit ihrer Dialektik in der heutigen Welt.

Adrian Wagner: Und die fünfte Dimension?

Roland Benedikter: Fünftens: Ein guter Mentor müsste Jugendliche auf die neue Rolle der Demographie vorbereiten. Das heißt gerade diejenigen, die versuchen, „Metamaterialisten“ zu sein, müssten verstehen, wie wichtig in Zukunft die demographischen Verschiebungen sind. Mit den Migrationsbewegungen, mit dem Aufstieg Chinas mit 1,4 Milliarden Menschen, mit dem Schrumpfen der westlichen Bevölkerungen, auf das ja nicht zuletzt der große deutsche Staatsmann Helmut Schmidt immer wieder als zentralen Globalisierungsfaktor der Zukunft hinweist, sind tiefgreifende Schwerpunktverlagerungen verbunden. Die Leute fragen mich oft, was meine größte Hoffnung für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts ist, und worin meine

größte Sorge besteht. Ich sage dann immer: Meine größte Hoffnung ist, dass China eine Demokratie wird. Dann wird es im Pazifik keinen - kalten oder heißen - Krieg geben, denn Demokratien führen keine Kriege gegeneinander. Meine größte Sorge ist ebenfalls, dass China eine Demokratie wird. Denn dann wird die Demographie endgültig zum entscheidenden Faktor der globalen Systemverschiebung werden. Heute hat China 1,4 Milliarden Menschen, von denen aber nur 40, 50 Millionen kreativ sein können, der Rest wird vom Regime ruhiggestellt, weil China keine Demokratie ist. Dagegen haben die USA 305 Millionen Einwohner, Europa hat 500 Millionen, und alle von ihnen können kreativ sein, weil wir Demokratie haben, weil also Individualität und Freiheit etwas zählen. China wird niemals zum Westen aufschließen, weder technologisch, im Know-how, noch sozial, solange es keine Demokratie ist. Wenn China aber demokratisch sein wird, umfasst es plötzlich 1,4 Milliarden kreative Menschen. Dann wird es für den Westen in Bezug auf seine Innovationsführerschaft eng, weil dann der Faktor Demographie voll zum Tragen kommt.

„Die Technologie hat heute einen Schwellenpunkt der menschlichen Entwicklung erreicht“

Adrian Wagner: Sechstens?

Roland Benedikter: Sechstens: Die rasch an Bedeutung gewinnende Rolle der Technologie. Viele von uns unterschätzen diesen Systemdiskurs und übersehen, dass er mittlerweile eine ganz eigene Rationalitätsform ausgebildet hat, die unabhängig von den anderen wirkt, von diesen nicht mehr kontrolliert wird und jeden Tag massiv an Bedeutung zunimmt. Der Systemdiskurs der Technologie ersetzt einerseits immer rascher und umfassender den Systemdiskurs der Kultur, indem er Selbstverständnisse und Identitätspraktiken ständig entlokalisiert und in einen globalen Zusammenhang hineinstellt - ob wir das wollen oder nicht. Aber der technologische Diskurs umfasst noch viel mehr. Die Technologie hat heute einen Schwellenpunkt der menschlichen Entwicklung erreicht, z.B. in Gestalt des „Transhumanismus“, einer Weltanschauung, die den Menschen mittels Verschmelzung seines Körpers mit Technologie in ein Jenseits seiner bisherigen physischen Gestalt überführen will. Die Universität Oxford hat an ihrer James Martin 21st Century School das bislang einzige „Zukunft-der-Menschheit“-Institut gegründet, in dem diese Weltanschauung dominiert. Ähnliches geschieht an der Universität Reading und an führenden Universitäten und Forschungseinrichtungen weltweit. Hier wird Technologie nicht mehr zum Entwicklungs-, sondern - erstmals in der Geschichte - zum Überwindungsfaktor des Menschen. Und damit auch der gesamten bisherigen Geschichte des Menschseins, die - einschließlich der Kultur- und Geistesgeschichte aller Zivilisationen - als Randnotiz und bloß vorübergehende Illusionsphase begriffen wird, die sehr kurz dauerte und bald vorüber sein wird.

Adrian Wagner: Was ist die Aussage des Transhumanismus?

Roland Benedikter: Der „Transhumanismus“ besagt das Folgende: Alles, was Menschen bisher an Wissen, Kunst, Kultur, Ästhetik produziert haben, war nur Ausdruck einer primitiven Phase. Es beruhte auf Nichtwissen und Nichtbewusstsein, war letztlich nur dem Bewusstsein eines Höhlenmenschen geschuldet, der im Grunde überhaupt nichts verstanden hatte und Kultur nur brauchte, um seine unerträgliche *conditio humana* zu ertragen: zu existieren und zu wissen, dass Leiden und Sterben Inhalt und Ziel sind. Wir, so sagt der Transhumanismus, haben zum ersten Mal in der Geschichte mit dem Erreichen eines Schwellenpunktes der technologischen Entwicklung die Möglichkeiten, diese ganze Geschichte der Primitivität zu beenden. Letztlich, so sagen herausragende Vertreter wie Nick Bostrom oder Kevin Warwick, wollen wir das alles ja gar nicht, keinen Thomas Mann und keinen Wim Wenders und keine indische Philosophie, sondern wir wollen nicht mehr leiden, ersehnen ein gesteigertes Bewusstsein und Verständnis und wollen unsterblich sein. Deshalb will der Transhumanismus über den bisherigen Menschen hinausgehen, und den Menschen zu einem Cyborg machen. Die technologischen Fähigkeiten dazu seien heute erstmals vorhanden und sollten genutzt werden, denn dazu seien sie da.

„Damit ist eine Umwertung aller Werte und eine Umkehrung aller Verhältnisse verbunden“

Adrian Wagner: Wie soll das gehen?

Roland Benedikter: Am Ursprung des Menschseins hat der Mensch die Technik aus sich hervorgebracht und als seine Dienerin instrumentell genutzt. Das erste technologische Instrument war ein Beil, das sich ein Jäger zusammengebaut hat, indem er Wahrnehmung und Begriff aufspaltete und neu zusammensetzte: Die Wahrnehmung „Ast“ an einem Baum wurde vom lebendigen Organismus des Baums geistig abgetrennt, und zur „Axt“ umgeformt, sodass der Jäger aufgrund dieser kognitiven Primäroperation dann tatsächlich den Ast zur Axt umwidmen konnte, zum eigenen Vorteil. Am Ursprung der Technik stand die Abspaltung des Ich von seinem fraglosen Eingebundensein in die Welt, und die Subjekt-Objekt-Spaltung. Das damit verbundene Heraustreten des Menschen aus der Natur haben die Weltmythologien „Ursprung“ oder auch „Erbsünde“ genannt - ein grundlegender Vorgang für das Werden des Menschen. Die Technik, ursprünglich im Dienst des Menschen, hat dann eine rasche, exponentiell zunehmende Entwicklung durchgemacht - sowohl was die Geschwindigkeit als auch die Tiefe betrifft. War sie ursprünglich sozusagen eine Verlängerung, ein Medium und eine Extension und bis zu einem gewissen Grad auch eine Prothese des menschlichen Körpers, mit der er besser leben konnte, so wurde sie über viele Zwischenschritte in der Moderne von einem Objekt des Menschen zu seinem neuen Subjekt. Das bedeutet: Die Technik, die aus dem Menschen hervorgegangen ist und

sich sozusagen exterritorialisiert hat, indem die Funktionen z.B. der menschlichen Hand mithilfe von Hammer, Beil usw. erweitert wurden, kehrt heute als Souverän von außen in den menschlichen Körper zurück und beginnt ihn nicht nur zu infiltrieren, sondern zu ersetzen - z.B. in Gestalt von Gehirnimplantaten und hochentwickelten Prothesen wie bei dem südafrikanischen Athleten Oskar Pistorius, dem seine Beinprothesen mittlerweile nicht mehr einen Nachteil, sondern einen Vorteil gegenüber seinen „gesunden“ Konkurrenten verschafften. Damit ist eine Umwertung aller Werte und eine Umkehrung aller Verhältnisse verbunden. Menschen werden durch Roboter ersetzt, künstliche Intelligenz ersetzt Funktionen der menschlichen Vernunft, „Hybridwesen“ entstehen. In England - gerade auch im Umfeld des „Instituts für die Zukunft der Menschheit“ (Oxford Future of Humanity Institute) haben Wissenschaftler wie Kevin Warwick bereits aktiv damit begonnen, ihren gesunden Körper durch technologische Substrate zu ersetzen. Sie wollen bewusst und aktiv ein Cyborg werden und glauben, damit die Speerspitze der Menschheit zu bilden.

Adrian Wagner: Was bedeutet das?

Roland Benedikter: Das Eindringen der Technik in breiter, nachhaltiger und inversiver Weise in den menschlichen Körper, - wie es gerade zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte geschieht! - stellt den Beginn einer neuen Phase der Menschheitsentwicklung dar, die einige Philosophen allerdings schon vorhergesehen haben, wie etwa Martin Heidegger oder Alvin Toffler. Wobei ich beide wegen ihrer Einseitigkeiten kritisiere: Martin Heidegger war ein Apokalyptiker der Technik, der in stark mythologisch verbrämten Sichtweisen nur das Schlechte, den Untergang Bringende an dieser Entwicklung sehen konnte. Das ist einseitig und daher genauso abzulehnen wie der Enthusiasmus der technologischen Fortschrittsideologie, den wir bei Alvin Toffler und der Mehrzahl heutiger Trend- und Zukunftsforscher finden. Heidegger und Toffler sind im Grunde beide Mythologen. Sie betrachten die gegenwärtige Entwicklungsphase der Technik aus mythologisch-metaphysischer Sicht - entweder als das absolut Gute, das Gott ersetzt (Toffler), oder als das absolut Böse, das versucht, den Menschen von der Erde zu verdrängen (Heidegger). Beides erfasst Einzelaspekte des tatsächlichen Vorgangs, ist aber unvollständig und unzureichend. Die Wahrheit liegt, wie meist, in der ambivalenten Mitte. Auch hier brauchen wir, wie künftig bei allem, Multidimensionalität, die Fähigkeit zur Anschauung der Gegensätze als Ganzes, mithilfe eines Skulpturen-Denkens, um dem Ungeheuerlichen dessen, was sich in unserer Zeit vollzieht, auch nur einigermaßen gerecht werden zu können.

Adrian Wagner: Worin liegt der Unterschied zwischen heutigen jungen „Metamaterialisten“ und bereits existierenden „Transhumanisten“? Wollen nicht beide dasselbe: nämlich über den bisherigen kruden Materialismus, über die Begrenzungen der Materie, auch des menschlichen Körpers, hinausgelangen?

Roland Benedikter: Was mir wichtig erscheint ist, dass ein „Metamaterialist“ die Gefahren der Technologie weniger als solche, wohl aber in Verbindung mit den heute zunehmend dominierenden, kritiklos-positiven Weltanschauungen, zu denen auch die Transhumanisten gehören, erkennt. Die „Transhumanisten“ halten es für gut, den menschlichen Körper technologisch aufzurüsten, ja sogar zu ersetzen. Persönliches Ziel des Direktors des „Instituts für die Zukunft der Menschheit“, Nick Bostrom ist es, sich in das Internet „herunterzuladen“, nämlich das, was er für sein „mind“, und damit - in seiner Auffassung - für sein „Ich“ hält, in technologischen Algorithmen zu reproduzieren bzw. virtuell zu rekonstruieren, und sich dann sozusagen als individuelle Formel unsterblich zu machen und allgegenwärtig als „reiner Geist“ weiterzuleben, da man im Internet ja überall und nirgends zugleich ist. Für die Transhumanisten ist das „gut“, während durch einen menschlichen Körper zu gehen für sie „schlecht“ ist. Dass mit der Ersetzung des menschlichen Körpers möglicherweise auch das „Ich“ verlorengeht, da man natürlich nicht einfach die Leber, die Nieren, das Herz, die Lunge etc. ersetzen kann, ohne dass das Auswirkungen auf das Selbst hat, ist den „Transhumanisten“ völlig egal, da dieses „Ich“ ja sowieso nur leidet. Aber so einfach sind die Dinge nicht. Ein „Metamaterialist“ lehnt technologischen Fortschritt nicht ab, sondern ist ein Neohumanist, dem das menschliche Ich der alles entscheidende, zentrale Wert ist, der geschützt werden muss vor denen, die den Menschen heute so radikal umbauen wie noch nie in der menschlichen Geschichte, ohne wirklich zu wissen, was sie tun.

Adrian Wagner: Was sind diese Transhumanisten eigentlich für Menschen? Sie sind einerseits strenge Wissenschaftler, anerkannt von den besten Universitäten der Welt, andererseits stark zukunftsorientiert in radikaler Weise. Was motiviert sie? Sind sie einfach Technofreaks, oder ist da mehr dahinter?

Roland Benedikter: Sie stellen eine neue Kategorie von Menschen dar, die ich „materialistische Idealisten“ nenne. Ein übertriebener Idealismus „nach oben“ verbindet sich mit einem übertriebenen Materialismus „nach unten“ in einer Weise, die noch vor wenigen Jahren, im Zeitalter ideologischer Polarisierung, undenkbar gewesen wäre. Heute bilden sie „nach-ideologisch“ eine gemeinsame Strömung, die sie „Transhumanismus“ nennen. „Transhumanisten“ sind einerseits reine Idealisten, die das menschliche Leiden beenden wollen. Sie wollen über die bisherige „conditio humana“ hinausgehen in einen Raum des reinen Geistes. Andererseits und paradoxerweise ist ihr Konzept rein materialistisch, indem sie den menschlichen Körper durch einen Cyborg, also technologisches Gewebe, ersetzen wollen. Sie glauben, dies sei das Rätsels Lösung, um die Menschheit auf eine neue Stufe zu erheben.

Wir gehen auf eine ganz bedeutende Wegscheide zu im Hinblick auf die Zukunft der Menschheit.

Adrian Wagner: Wie kann man das beurteilen?

Roland Benedikter: Ein führender Vertreter formulierte seine Vision folgendermaßen: Wenn er es in 20 oder 30 Jahren, mittels der fortgeschrittensten Technologien einmal geschafft hätte, sich selber als Algorithmus im Internet zu rekonstruieren und wenn dann dieses unverwechselbare, einmalige algorithmische Konstrukt, das ja nichts anderes sein könne als er selber, dort lebte, hätte er nur noch eine Aufgabe: sich vor den Computer hinstellen und sich seines Leibes zu entledigen, da es ihn ja nicht zweimal geben könnte. Ich versuchte, mit ihm einen Pakt zu schließen und sagte, dass ich gerne dabei wäre, wenn er sich vor dem Computer das Messer ans Herz setzt in der Meinung, sich nur noch entleiben zu müssen, um alle Rätsel gelöst zu haben. Dann wird dieser Mensch zum ersten Mal merken, was wirklich ein „Ich“ ist - und was nicht. In dem Moment, in dem er sich selbst zu entleiben versucht, wird er merken, dass das „Ich“ etwas ganz anderes ist als ein reproduzierbarer Algorithmus auf einem Computer. Wir gehen, wie gesagt, auf eine ganz bedeutende Wegscheide zu im Hinblick auf die Zukunft der Menschheit. Die Jugend auf diese Wegscheide vorzubereiten, ist für mich eine wesentliche metamaterialistische Aufgabe.

Adrian Wagner: Fassen wir zusammen und ziehen die Schlussfolgerungen. Wir haben also sechs Dimensionen, aus denen sich zeitgemäße Bildung und Erziehung künftig transdisziplinär und multidimensional zusammensetzen muss. Worin besteht die siebente Dimension Ihres Ansatzes? Und worauf verweist ihr Ansatz in seinem Kern?

Roland Benedikter: Ich habe meinen Ansatz „System-Aktionstheorie“ genannt. Der Name versucht das, was mit dem Ansatz gemeint ist, auf den Punkt zu bringen. Es geht darum, System und Individualität gleichermaßen wichtig zu nehmen, mittels der Individualität das System zu verändern und damit den großen Kampf zwischen Luhmann und Habermas mittels Integration zu beenden. Dazu müssen wir die sich heute vollziehende „globale Systemverschiebung“ verstehen. Am besten geschieht das meiner Meinung nach, indem wir systematisch die Veränderungen in den 6 Feldern Wirtschaft, Politik, Kultur, Letztbegründung (einschließlich Religion und Spiritualität), Demographie und Technologie systematisch untersuchen, und dann zusammenschauen versuchen. Das Wesentliche dieser Zusammenschau wird eine 7. Dimension bilden, die dann im besten Fall der „Realitätsprozess“ selbst wäre. Im Grunde bedeutet zeitgemäße Erziehung nicht mehr und (leider) nicht weniger, als die Jugend in diesem 7-dimensionalen Sinn auf die Zukunft vorzubereiten. Wichtig dabei ist zu sehen, dass die genannten Felder auf dem Weg von einer materialistischen Grundlage und Funktionsweise hin zu einer immateriellen Funktionsweise sind. Kein einziges dieser Felder wird rein materialistisch verhaftet bleiben, vielmehr bewegen sie sich alle in eine neue Dimension hinein, die in ganz anderer Weise funktionieren wird als vorher. Diese neue Dimension muss man antizipativ verstehen und sich handelnd aneignen. Unsere Auffassung, unser Verständnis von der Welt, schafft diese Welt zugleich mit. Wer glaubt, Samuel P. Huntington habe mit

seiner These vom „Kampf der Zivilisationen“ nur die Realität abgespiegelt, wie er behauptete, wäre naiv; er hat mit seiner Theorie diese Realität mit erschaffen. Dasselbe gilt für die „System-Aktionstheorie“, für den siebendimensionalen Ansatz zeitgemäßer Erziehung: Wir versuchen die Welt multidimensional zu verstehen, - aber indem wir das tun, erschaffen wir diese Welt auch zugleich mit, und zwar in einer viel umfassenderen und weiterreichenderen Weise, als das Erzielen im Alltag oft bewusst werden kann. Um heute bewusst „Metamaterialist“ zu sein, muss man die Komplexität und die Relationen zwischen den sechs Grundfeldern und ihre Verbindung zu einem siebten Ganzen in sich ständig verschiebenden und verändernden Konstellationen verstehen. Dazu ist das Auffinden und Analysieren von historischen Symptomatologien, d.h. von Schlüsselereignissen, -informationen und -entwicklungen, wichtig. Wir müssen lernen, Schlüsselereignisse von unwichtigen Vorgängen zu unterscheiden. Ein Maßstab dafür kann sein, an wie vielen der sechs Grunddimensionen ein Ereignis zugleich Anteil hat: An je mehr Grunddimensionen es teilnimmt, desto wichtiger ist das Ereignis. All dies müssen wir erst lernen, wir beherrschen es noch nicht. Jetzt können Sie natürlich zu mir sagen: Diese Herausforderung ist viel zu groß! Unser Erziehungssystem wird es nie schaffen, jedem Menschen flächendeckend im Sinne der Humboldtschen Universität und des Humboldtschen Bildungsgedankens eine sechs- oder gar sieben-dimensionale generalistische Ausbildung zukommen zu lassen. Das werden wir nie schaffen!

„Das Vertrauen geben mir die heute lebenden jungen ‚Metamaterialisten‘ selbst“

Adrian Wagner: Ich würde nicht sagen, dass wir es nicht schaffen können, jedoch stellt es zweifelsohne eine gigantische Herausforderung dar. Was gibt Ihnen das Vertrauen, dass sie gemeistert werden kann?

Roland Benedikter: Selbstverständlich ist das eine hohe Anforderung. Aber die Globalisierung verlangt das von uns. Wir nähern uns einer Welt, in der der Komplexitätsgrad so hoch ist, dass uns gar nichts anderes übrig bleibt. Und das wird die Zukunft sein. Schaffen wir das nicht, dann wehe uns und dann wehe auch den „Metamaterialisten“, die dann zu reinen Protestierern und Randalierern werden könnten. Das wäre der größte Verlust, den man sich vorstellen kann. Das Vertrauen geben mir die heute lebenden jungen „Metamaterialisten“ selbst, die ich beobachte und die ich als außergewöhnlich begabt und aufmerksam erlebe - das trifft auf einen großen Teil der heutigen, erstmals wirklich globalisierten Jugend zu. Meine Studenten in Kalifornien, die gegen die Ungerechtigkeit des Wirtschafts- und Finanzsystems kämpfen und auf brutalste Weise mit Pfefferspray niedergemacht werden und dann aufstehen und weitermachen; oder meine Studenten in Berlin, die mit aller Kraft versuchen, die Welt, die sie umgibt, zu verstehen und vielleicht die offenste Generation aller Zeiten sind - sie alle zu erleben ist wunderschön. Sie sind die Zukunft.

Adrian Wagner: Könnte man so etwas auch in Form eines Trainings für junge Erwachsene anbieten z.B. in einer mehrwöchigen Fortbildung, einem Training?

Roland Benedikter: Ja, das könnte man schon. Wichtiger ist aber, dass das über Jahre hin eingeübt wird, was bedeutet, es immer wieder neu zu versuchen, zu vergessen, dadurch zu verinnerlichen, dann wieder anzusetzen. Die Rhythmen und die Kontinuität sind das Entscheidende - dass multidimensionales Verstehen über längere Zeiträume geübt wird. Zunächst ist eine ganz einfache, aber grundlegende Bildung der „forma mentis“ erforderlich. Wie kann ich mich heute überhaupt verstehend in die Welt hineinstellen? Es ist alles so komplex, alles hängt mit allem zusammen, und gleichzeitig wirken ganz verschiedene Logiken. Die Rationalität des „Kapitals“ ist eine ganz andere als die z.B. der „Spiritualität“, zumindest an der Oberfläche scheint dies so. Die Logik, die sich in der universalisierten Technik auswirkt, ist eine ganz andere als die Logik, die in der postmodernen Kultur wirkt usw., denn die Technik vereinheitlicht und homogenisiert die Menschen eher, die postmoderne Kultur setzt auf Unterschiede. All das überlagert sich und wirkt zusammen, noch dazu auf der Grundlage unterschiedlicher Entwicklungsgeschwindigkeiten zwischen den sechs Grunddimensionen sowie mittels Diskontinuitäten und Brüchen, auch Konkurrenzen und Konflikten zwischen den sechs Dimensionen. Zur Bildung einer ersten „forma mentis“ wird ein theoretisches Gebilde benötigt - in Zukunft noch viel mehr als in der Vergangenheit. Auch in dem am meisten anwendungsorientierten Bereich emanzipativen Engagements wie dem der Zivilgesellschaft muss immer wieder betont werden: „Theorie“ kommt vom Wort „Theoria“, und bedeutet: „Das Ganze sehen“, „den Blick Gottes einnehmen“. Da ist also der „Theos“ mittendrin. Das heißt nichts anderes, als dass Theorie eine erste Möglichkeit ist, geordnet auf etwas Ganzes hinzuschauen. Ohne diese erste Grundlage wird das Weitere nicht gelingen - heute noch viel weniger als früher.

„Und dann muss man die jungen Leute hinausschicken“

Adrian Wagner: Theorie also als Zentrum der künftigen Welt und einer zeitgemäßen Seinsweise?

Roland Benedikter: Bis zu einem gewissen Grad ja. Eine ganzheitliche Sichtweise, die Entwicklungen und Zusammenhänge klärt, brauchen wir in Zukunft in allen Bereichen; ob Ästhetik-Professor oder Mechaniker, sie sollten sich eine solche Sichtweise angeeignet haben - in der einfachsten Form zumindest, z.B. über das Sieben-Dimensionen-Modell. Wenn man sich dieses Modell erarbeitet hat - und man sollte keine 20 Jahre dafür brauchen, aber es in sich wiederholenden Phasen angehen - verfügt man über einen Orientierungsrahmen. In wenigen Wochen oder Monaten lassen sich die Kernbegriffe der sechs Dimensionen in ihrer Grundfunktionsweise und den unterschiedlichen Rationalitätstypen erarbeiten. Danach geht es darum, wie diese Dimensionen prinzipiell typologisch wirken und wie

sie sich heute innerlich dialektisch weiterentwickeln und zueinander in Beziehung stehen. Das kann man sich in kurzer Zeit als typologische Reduktion aneignen, also in Form von ganz einfachen Bausteinen, die, wenn man sie zusammensetzt, schon sehr komplexe Denkweisen ermöglichen. Und dann muss man die jungen Leute hinausschicken: Sie müssen sich ganz konkret den verschiedenen Milieus und sozialen Lebenswelten, auch im Sinne des eigentlichen Begriffs von „Sozialarbeit“, aussetzen. Man muss sie dazu ermutigen, mit ganz konkreten Lebenswelten und Lebensstilen unter Zuhilfenahme des Sieben-Dimensionen-Modells Erfahrungen zu sammeln, um die Theorie einerseits in diese ganz konkreten Zusammenhänge hineinzutragen und sie andererseits anhand der gemachten Erfahrungen weiterentwickeln oder falsifizieren zu können.

Adrian Wagner: Es geht also zentral um das Wechselspiel zwischen Realität und Theorie.

Roland Benedikter: Ja. Dieses Wechselspiel neu zu konzipieren und auch spannender als bisher zu machen, anregender für die Jugend, das wird die große Herausforderung sein - und zwar in allen Bereichen. Das brauchen Sie für die Wohlhabendsten, welche die oberen 10.000 der Gesellschaft ausmachen, und Sie brauchen das in Zusammenhängen, in denen Sie „Sozialarbeit“ machen. Das brauchen Sie für Arbeitslose ebenso wie für Postdoktoranden. Das brauchen alle in die Zukunft blickenden Menschen der kommenden Jahre. Und die Frage wird sein, wie ich das auf die jeweilige Zuhörerschaft kalibriere. Aber ich kann Ihnen sagen: In den Gruppen, mit denen ich in Amerika, zum Teil auch in Deutschland, mit diesem Ansatz der „globalen Systemverschiebung“ arbeite, herrscht der größte Enthusiasmus auf allen Altersstufen von 15 bis 85. Ich muss zugeben, ich habe es noch nie nachdrücklich ausprobiert mit unter 15-jährigen oder mit über 85-jährigen, und daher weiß ich auch nicht, ob das sinnvoll wäre.

Adrian Wagner: Wie lang wird es dauern, bis sich ein derartiger Ansatz konkret im Bildungssystem verankern lässt?

Roland Benedikter: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich ein multidimensionaler Ansatz, der natürlich „Transdisziplinarität“ voraussetzt, als Methode durchsetzt. In Deutschland und Zentraleuropa wird beides bisher noch vernachlässigt, wohl auch aufgrund einer in der Geschichte begründeten Skepsis gegenüber „ganzheitlichen“ Ansätzen. Ich glaube aber, es ist letztendlich nur eine Frage der Zeit, bis sich Multidimensionalität im gesamten Bildungssystem durchsetzt. Die Kunst wird sein, das Ganze so umzusetzen, dass die jungen Leute fasziniert und begeistert sind für einen Ansatz, der eben multidimensional statt ideologisch ist, der also die Ideologie des Klassenkampfes ersetzt durch eine möglichst vielgestaltige Anschauung der Komplexität der heutigen Welt. Das ist meine Arbeit und ich würde mir wünschen, dass ein größerer Teil dessen, was man heute die postmaterialistische Bewegung nennt, einschließlich der Zivilgesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit und Vielgestaltigkeit, nachhaltig diese

Richtung einschlägt. Wie schon gesagt, reichen die klassischen Ansätze, so wichtig sie bleiben, z.B. der „Marxismus, der „Postmodernismus“ oder der „Kommunikativismus“ nicht aus, um die Komplexität so abzubilden, wie das in Zukunft nötig sein wird.

„Ich würde mir eine konstruktivere und breitere Auseinandersetzung wünschen“

Adrian Wagner: Wie verhalten sich bei alledem Denken und Wollen, also Verstehen und Handeln?

Roland Benedikter: Das „Hereinholen von Zukunft“ in die Willensdimension ist zweifellos die zentrale Herausforderung der Globalisierung für den Bildungsbereich. Dazu ist die Rollenfindung im sozialen Zusammenhang wichtig, um progressiven Strömungen eine Stimme zu geben, sie zu organisieren, ihnen zur Selbstverwirklichung zu verhelfen. Das haben viele erkannt. Was mir dabei heute aber bei allem guten Willen in Zentraleuropa noch immer fehlt, ist die systematische „Multidimensionalität“ - also diese Sechs- oder Sieben-Gestaltigkeit, die ich versuche einzubringen. Und was mir auch noch fehlt, ist eine breitere Ausstrahlung solchen multidimensionalen Denkens auf den Mainstream des Handels und - als notwendige Voraussetzung dafür - eine aktivere Auseinandersetzung mit ihm. Viele innovative Konzepte bleiben bisher stark auf alternative Gruppierungen, also auf eine bestimmte, zum Teil auch elitäre, Klientel beschränkt. Ich würde mir eine konstruktivere und breitere Auseinandersetzung wünschen - z.B. auch mit der Wall Street oder anderen mehr traditionellen, materialistischen Formen unserer Gesellschaft. Davon können alle nur profitieren - vor allem jene, die heute immer noch Materialisten sind.

Adrian Wagner: Welche Beispiele kennen Sie, wo wird solch ein multidimensionaler Diskurs, wie Sie ihn vorschlagen, heute bereits konkret eingeübt und zeitigt Realitätswirkungen?

Roland Benedikter: Mit Kollegen gemeinsam versuche ich, diesen Ansatz einerseits für Universitätsstudenten umzusetzen, sowohl in den USA wie auch in Deutschland. Andererseits gibt es zunehmend auch Politikberatung in erstaunlich vielen Teilen der Welt, weil sowohl regionale wie auch nationale Regierungen notgedrungen immer stärker an multidimensionalen Zugängen zur Realität interessiert sind. Im Wesentlichen besteht unsere Arbeit aus Seminaren, Vorträgen und Beratungsleistungen. Wir versuchen die Leute in „Schnellsiedekursen“ von zwei, drei Wochenenden in eine bestimmte Geisteshaltung zu bringen und sie vom mehrdimensionalen Denken zu begeistern. Darauf aufbauend erfolgt eine Vertiefung über frei zu wählende längere Zeiträume, oder auch konkrete Handlungsempfehlungen unter bestimmten Bedingungen und in sich ständig wandelnden Kontexten, die zu immer neuen Analysen und Ansätzen der Problemlösung herausfordern. Verglichen mit dem, was notwendig sein wird, ist das Ganze zweifellos noch am Anfang. Ich denke aber, dass die quantitative Intensität rasch zunehmen wird, weil

heute gerade durch die Krisen die Sensibilität für die Notwendigkeit einer komplexitätsadäquaten Sichtweise massiv gestiegen ist. Der multidimensionale Ansatz ist eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Adrian Wagner: Sie wollen dazu auch Ihr eigenes „Institut für die Zukunft der Menschheit“ gründen?

Roland Benedikter: Ja. Mit Freunden wie Wolfgang Riehn und anderen arbeite ich derzeit an der Finanzierung. Das „Future of Humanity Institute“ in Oxford braucht eine gesunde Konkurrenz aus neohumanistischer Perspektive. Warum sollten wir das Feld nur den „Transhumanisten“ überlassen? Ich bin zuversichtlich, dass es Sponsoren gibt, die sich in diesen großen Zeitkampf der Paradigmen, mit mittel- bis langfristig massiven praktischen Folgen, hineinstellen wollen.

„Eine Krise schafft immer Bewusstsein“

Adrian Wagner: Das war jetzt sehr viel an Neuem. Wo liegt die Gesamtperspektive?

Roland Benedikter: Wie Sie wissen, gibt es im anglo-amerikanischen Bereich bereits seit dem 18. Jahrhundert den für das US-Selbstverständnis grundlegenden Spruch „Crisis Creates Consciousness“ („CCC“). Dieser Spruch bezeichnet - bei aller Problematik, die ihm zugleich auch inhärent ist - etwas Richtiges, ja Zentrales für moderne, im Prinzip arbeitsteilige und in ihrer Grundinklination pluralistische Gesellschaften: Eine Krise schafft immer Bewusstsein - und zwar mittels Distanzierung, Entfremdung, Differenzierung, Vergleich - also letztlich mittels kritischer Überprüfung der verschiedenen Aspekte individueller und sozialer Sphären. Man kann sogar sagen: Die Menschheit bildet Bewusstsein durch Leiden, was mit dem Begriff „Ausdifferenzierung“ beschrieben wird - Krisen sind immer ein Teil davon. Das Interessante im Hinblick auf den gegenwärtigen Augenblick ist: Wir gehen durch so außergewöhnlich viele unterschiedliche Krisen, in so vielen Dimensionen gleichzeitig wie vermutlich noch nie in der Moderne.

Adrian Wagner: Kann man das als zentrales Kennzeichen der Gegenwart, als ihre Signatur sehen: Die synchrone Multidimensionalität von Krisen in allen sechs Grunddimensionen?

Roland Benedikter: Ja, das ist das Kennzeichen der Gegenwart, dass ein Umbruch stattfindet in allen Dimensionen, die wir genannt haben, und zwar nicht mehr wie bisher in einer nach der anderen, sondern in allen gleichzeitig. Europa steckt nun seit sechs Jahren ununterbrochen in der Krise: Zunächst gab es die Wirtschafts- und Finanzkrise, dann die Schulden- und Politikkrise. Die „synchrone Multidimensionalität“ der Krisen lässt sich offenbar nicht in den Griff bekommen. Deshalb sage ich: Die Zeit ist jetzt reif für ein umfassendes, komplexitätsfähigeres Denken, obwohl oder gerade weil noch nicht sehr viel in diese Richtung angeboten wird. Bisher wurde

ein konsequent transdisziplinäres und multidimensionales Denken in Europa vernachlässigt. Zugleich sind die bisherigen disziplinären Ansätze in Schwierigkeiten geraten oder gar gescheitert. Aber genau hier bieten sich Möglichkeiten für das neue Denken. Genau hier, in der Krise, liegt die Chance auf Erneuerung des Bildungs- und Erziehungsbereichs. Hier liegt auch die individuelle Chance derer, die gesellschaftspolitisch und sozial engagiert sind - und die zugleich beide Dimensionen des Wissens und Verstehens, das Erkennen mit der Erfahrung sozialen Engagements verbinden wollen.

Adrian Wagner: Für diese Chance sollten wir dankbar sein.

Roland Benedikter: Ja. Und vor allem: Wir sollten die damit verbundene Herausforderung annehmen!

Roland Benedikter

ist Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse und Interdisziplinäre Politische Soziologie am Orfalea Center for Global and International Studies an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und am Europa Zentrum der Stanford Universität. Seit 2011 auch Lehrbeauftragter für multidisziplinäre Zeitanalyse an der Viadrina Universität Frankfurt/Oder. Autorisierte Internetseiten: http://europe.stanford.edu/people/Roland_Benedikter/ und http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter. Kontakt: rben@stanford.edu.

Adrian Wagner

ist Sozialpädagoge und Spiral Dynamics Trainer, arbeitet freiberuflich als Journalist im anthroposophischen Bereich und als Trainer für die Freiwilligendienste der Caritas Freiburg und des Roten Kreuzes im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung. Für das „EntwicklungsLab Freiburg“, welches zum Ziel hat, eine integrale, persönliche Entwicklungspraxis für Interessierte zu gestalten, ist er als Sprecher tätig.

Die neohumboldtianische Universität – ein Modell der Universität des 21. Jahrhunderts

Antti Hautamäki

Übersetzung aus dem Englischen: C. Strawe

Die Zukunft der Universitäten wird zu einem Kernpunkt im globalen Wettbewerb. Universitäten waren und sind die Hauptquelle neuer Technologien von der Elektrizität bis zur Kernkraft und von der Informationstechnologie zu Biotech. Universitäten sind auch eine Geburtsstätte vieler Innovationen und Firmenneugründungen (Kaku 2012). Es ist belegt, dass die Bedeutung der Universitäten für das wirtschaftliche Wachstum bemerkenswert ist (Helpman 2004). Elizabeth Berman (2012) argumentiert, dass diese Entwicklung dazu geführt hat, dass Universitäten als „ökonomische Maschinen“ begriffen werden.

Unter dem Gesichtspunkt des globalen Wettbewerbs erscheint es verlockend, das Modell der Universität als ökonomische Maschine zu akzeptieren. Es impliziert die Auffassung, dass Universitäten florieren, wenn man sie dazu bringt, diese Art ökonomischer Identität anzunehmen. Aber diese Auffassung ist in gefährlicher Weise falsch!

Die Logik des Marktes hat begonnen, die Logik der Wissenschaft zu dominieren

Dieses Konzept geht im Hinblick auf die Universitätsentwicklung von der Dominanz der Marktlogik aus, einer Ansammlung von Prinzipien, die Universitäten dahin lenken sollen, den ökonomischen Wert von Forschung und Lehre zu maximieren und den Schwerpunkt auf ihre Bedeutung für das ökonomische Wachstum zu legen.

Das Problematische an dieser Position ist der Widerspruch zwischen Marktlogik und Wissenschaftslogik. Wissenschaftslogik ist eine Sammlung von Grundsätzen, die Universitäten ermutigen, sich gemäß der „traditionellen“ Prinzipien des Forschungsdrangs, der Freiheit der Forschung und inneren Zielsetzungen zu verhalten. Wissenschaftslogik zielt auf die maximalen Gewinnung von Wissensresultaten und das durch sie bewirkte Wohl der Gesellschaft. Marktlogik dagegen zielt auf kurzfristig messbare Resultate. Das Paradoxe an der Marktlogik besteht darin, dass sie die Basis der ökonomischen Bedeutung der Wissenschaft, nach der sie strebt, zerstört, denn diese Bedeutung ist das Resultat lang anhaltender vorhergehender Forschung.

Berman zeigt in ihrem Buch „Creating the Market University“ auf, wie das Konzept der Universität als ökonomischer Maschine in den USA in den 1970er Jahren aufkam und sukzessive an Bedeutung gewann mit dem Durchbruch der Biotechnologie (d.h. der DNA-Rekombinationstechnik), der Patentgesetzgebung (Bay-Dole Act) und dem Aufbau von universitär-industriellen Forschungseinrichtungen (s.a. Geiger 2004). Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in allen Industrieländern, einschließlich Finnlands, basierend auf den Vorschlägen der OECD (Niinikoski 2011).

Die Entwicklung hin zur Marktlogik war komplex. Tatsächlich ist die Wissenschaftslogik unter den Wissenschaftlern und der Mehrheit der Fakultäten noch immer stark vertreten: Die Forscher folgen ihr trotz Universitätsleitungen und Regierungen, die auf die Notwendigkeit pochen, der „Gesellschaft zu dienen“ und Innovationen zu produzieren. Wenn jedoch das „Geld spricht“, überrollt die Marktlogik die Wissenschaftslogik. Das Resultat kann man an der wachsenden Zahl an innovatorientierten Forschungsprogrammen sehen, die von Regierungen und Konzernen gefördert werden (d.h. im Bereich der Bio-, Nano- und Energietechnologien). In allen Wissenschaftsdisziplinen ist es sehr viel schwerer, Mittel für Grundlagenforschung zu bekommen.

Die neohumboldtianische Universität als Alternative zur Universität als Wirtschaftsunternehmen

Das Universitätssystem dahingehend zu entwickeln, dass die Grundlagenforschung aufgewertet wird, erfordert ein wohlbegründetes Konzept für Wissenschaft und Universitäten. In dem jüngst erschienen Buch von Pirjo Stähle und mir selber haben wir die Idee einer neohumboldtianischen Universität vorgeschlagen. Sie beruht auf den Prinzipien der „Humbolt’schen“ Universität, die in Berlin 1810 eröffnet und später nach ihrem Spiritus rector benannt wurde. Die Prinzipien beinhalten:

1. Akademische Freiheit und Autonomie der Universitäten
2. Das Streben nach Wissen als Grundlage für Kultur, Zivilisation und Bildung
3. Die Einheit von Forschung und Lehre

Das deutsche Wort „Bildung“ ist schwer ins Englische zu übersetzen, aber es bezieht sich auf die Erziehung von Menschen im Sinne von Humanismus, Werten und sozialer Verantwortung. Der Slogan „Bildung durch Wissenschaft“ drückt den Anspruch aus, dass Wissenschaft die junge Generation dazu heranbildet, die Welt und die eigenen Aufgaben gleichermaßen zu verstehen. Ein bemerkenswerter Gedanke ist, dass in der Humboldt’schen Universität alle Wissenschaften für die Menschenbildung gleich wichtig sind: Ein leitender Grundsatz der Universität war die Integration von Natur-, Sozial- und Geis-

teswissenschaften, wie von Wilhelm von Humboldt vorgeschlagen (<http://www.hu-berlin.de>).

Was bedeutet nun aber das „neo“ im Begriff der neohumboldtianischen Universität? Die traditionelle Humboldt’sche Universität hatte ihren Fokus auf die Suche nach Wahrheit gerichtet, ohne gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten und Herausforderungen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Natürlich wurden gesellschaftliche Bedürfnisse anerkannt, die inneren wissenschaftlichen Probleme waren aber das Hauptanliegen der Forschung. Was ist die Alternative für eine Universität, die die Extreme von reiner Wahrheitssuche und der Suche nach Innovationen zugunsten der Wirtschaft vermeiden will? Unser Vorschlag ist, sich als Universität der Lösungssuche für schwierige Probleme zu verschreiben. Mit „schwierigen Problemen“ sind die großen Herausforderungen der Gegenwart gemeint, wie Klimawandel, Gesundheits- und Ernährungsfragen, Bildung, Urbanisierung, soziale Polarisierung und Sicherheit.

In der neohumboldtianischen Universität bilden Lehre, Forschung und die Lösung aktueller brennender Probleme eine kohärente Einheit in Form einer dreifachen Aufgabe. Das setzt viele Veränderungen in den Universitätspraktiken voraus (s.a. Gibbons & al. 1996, Geiger 2004, Nielsen 2012):

- Mehr interdisziplinäre Forschung
- Mehr wissenschaftliche Offenheit und Transparenz
- Enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren außerhalb der Universitäten

Nächster Schritt in Richtung neohumboldtianische Universität

Das Konzept der neohumboldtianischen Universität passt zu allen Fachrichtungen und Fakultäten. Das zusätzliche Streben nach Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit ist eine natürliche Aufgabe der Hochschule, weil Wissenschaftler sich mit der Zukunft der Menschheit befassen und sich darüber informiert sind. Die neohumboldtianische Universität bietet herausragende Möglichkeiten der Integration von Grundlagenforschung und sozialer Verantwortung.

Der schwierigste Teil der Universitätsreform dieses Jahrhunderts ist die Finanzierungspolitik. Die derzeitigen Finanzierungsgrundlagen beruhen entweder auf Exzellenz in einem bestimmten Fachgebiet oder auf Nützlichkeit im Sinne von technischen Innovationen. Exzellenz verlangt kontinuierliches Publizieren von Artikeln in bedeutenden Zeitschriften. Die Konzentration auf Publikationen engt die Freiheit der Forschung auf wenige wissenschaftliche Interessen ein und schwächt die Motivation zur interdisziplinären Zusammenarbeit. Auf der anderen Seite wird Nützlichkeit an Patenten, Lizenzen oder an möglichen Vorteilen für die Industrie gemessen. Das wirkt sich zwar positiv auf das ökonomische

Wachstum aus, bindet aber Talente und andere Ressourcen für Projekte, die nicht in vollem Sinne der Wissenschaftsentwicklung oder der Lösung gravierender Probleme dienen.

Ich sage nicht, dass die Bedürfnisse der Industrie für Universitäten irrelevant sind. Aber die richtige Art darauf einzugehen, liegt nicht in der Konzentration auf anwendungsorientierte und oft kurzfristig angelegte Forschung. Der richtige Weg bestünde darin, starke wissenschaftliche Forschungen zur Lösung gravierender Probleme zu betreiben. Problemlösung ist ein „co-kreativer“ Prozess, in dem Forscher, öffentliche Organisationen, NGOs und Firmen unter Wahrung ihrer eigenen Profile und Interessen zusammenarbeiten. Universitäten stellen dabei ihr profundes Sachwissen zur Verfügung, während Industrie und Unternehmen ihre gewaltige Erfahrung einbringen, wie Erfindungen umgesetzt werden und technologisch praktikabel sowie ökonomisch überlebensfähig gemacht werden können.

Damit eine Universität des 21. Jahrhunderts im genannten Sinne entwickelt werden kann, muss Wissenschaftspolitik ausgebaut werden zu einem autonomen Bereich in der Politik, der weder der Innovations- bzw. Wirtschaftspolitik, noch der Bildungspolitik unterstellt sein darf. Ein Kernanliegen der Wissenschaftspolitik muss eine neue Finanzierungsform sein, die auf der Ermutigung interdisziplinärer Studien und der Zusammenarbeit bei der Lösung gravierender Probleme beruht.

Ich danke Ph.D Kaisa Oksanen (Agora Center) für viele Diskussion über das Thema und für nützliche Kommentare zu Buch und Blog. Ich danke der finnischen Akademie für die finanzielle Unterstützung beim Verfassen des Buches.

Anmerkungen

Hautamäki A. & Ståhle P. (2012): *Ristiriitainen tiedepolitiikkamme, Suuntana innovaatio vai sivistys? [The contradictory science policy. Towards innovation or civilization?]*. Helsinki: Gaudeamus. Das Buch enthält außerdem Beiträge von Ilkka Arminen, Riitta Hari, Sanna Lauslahti, Tarmo Lemola, Markku Mattila, Arto Mustajoki, Kaisa Oksanen und Saara Taalas.

Berman E.P. (2012). *Creating the Market University, How Academic Science Became an Economic Engine*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.

Geiger R. L. (2004). *Knowledge and Money, Research Universities and the Paradox of the Marketplace*. Stanford: Stanford University Press.

Gibbons M. & al. (1996). *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. Sage.

Helpman E. (2004). *The Mystery of Economic Growth*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.

Kaku M. (2012). *Physics of the Future. How science will shape human destiny and our daily lives by the year 2100*. New York; Anchor Books.

Nielsen M. (2012). *Reinventing Discovery, The New Era of Networked Science*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.

Niinikoski M-L. (2011). *Innovation: Formation of a Policy Field and a Policy-making Practice*. Aalto Yliopisto-Doctoral Dissertations 40/2011.

Thorp H. & Goldstein B. (2010). *Engines of Innovation, The Entrepreneurial University in the Twenty-First Century*. Chappel Hill: The University of North Carolina Press.

<http://www.hu-berlin.de>

comments: antti@sustainableinnovation.fi

(c) 2007-2011 [sustainableinnovation.fi](http://www.sustainableinnovation.fi) | [kestavainnovaatio.fi](http://www.kestavainnovaatio.fi). Zuerst veröffentlicht unter http://www.kestavainnovaatio.fi/blog_en.php?id=20&title=Neohumboldtian+university++a+model+of+21st+century+university

Antti Hautamäki,

geb. 1949, ist Forschungsprofessor und Direktor des Agora Center der Universität Jyväskylä (Finnland). Seine Forschungsfelder umfassen Innovationsprozesse und die Innovation der Dienstleistungssphäre. 1996-2008 war er Direktor des Forschungs- und Innovationsprogramms beim Finnischen Innovationsfonds Sitra. Er ist auch außerordentlicher Professor für theoretische Philosophie an der Universität Helsinki. Hautamäki hat etwa 20 Bücher publiziert bzw. herausgegeben und zahlreiche Artikel verfasst. Er entwickelte ein neues Konzept nachhaltiger Innovation.

Der Rundfunkbeitrag – Zwang oder Freiheit – was wollen wir?

Werner Breimhorst

Die Medien, vor allem Rundfunk und Internet, sind dem Kultur- und Geistesleben zuzurechnen, die im Sinne der sozialen Dreigliederung von Staat und Wirtschaft unabhängig und vom einzelmenschlichen Urteil ausgehend verwaltet und finanziert werden sollten.¹

2004/05 wurden Planungen bekannt, ab 2007 die damalige Rundfunkgebühr für Sendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten (ARD, ZDF, Dritte) auf neuartige Rundfunkgeräte, vor allem PCs und Handys, auszuweiten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sah sich damals wie heute bedingt durch das Internet mit einem gravierenden Interessenwandel konfrontiert, was auch Ausdruck findet in einer zunehmenden Überalterung seiner Zuschauer, deren Alter aktuell in vielen Bereichen durchschnittlich bei über 60 Jahren liegt.²

Das war für mich Anlass, 2005 zwei Beiträge aus Sicht der Dreigliederung zu schreiben.³ In den vergangenen Jahren, vor allem ab 2007, dem Inkrafttreten der genannten Gebührenausschweitung, kam viel Kritik auf, sowohl an den öffentlich-rechtlichen Sendern als auch an der Gebühreneinzugszentrale (GEZ).

Zahlreiche Rechtsstreitigkeiten und sich widersprechende Urteile rund um die neuartigen Rundfunkgeräte führten schließlich dazu, dass die Parteien eine Systemänderung forderten. Sowohl eine Kopfpauschale (FDP) als auch eine Haushaltsmedienabgabe/Haushaltsabgabe (u.a. Grüne) wurde diskutiert. Mit einem Gutachten von Prof. Dr. Paul Kirchhof, ehemaliger Bundesverfassungsrichter, ließen sich die Sendeanstalten die rechtliche Zulässigkeit einer Haushaltsabgabe bestätigen.⁴ Schließlich setzte sich die Haushaltsabgabe durch, die dann ab Anfang

dieses Jahres mit dem 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) als Rundfunkbeitrag in Kraft trat.⁵

Ich habe mich Ende 2012 entschlossen, gegen den Beitrag zu klagen und habe meinen Standpunkt vorbereitend für die weiteren Schritte in einem Aufsatz dargestellt.⁶ Mein Ausgangspunkt war, mangels sonstiger Abwehrmöglichkeiten, zivilen Ungehorsam im Sinne Gandhis zu zeigen und den Rechtsweg zu nutzen, um möglichst viele Menschen auf notwendige Veränderungen aufmerksam zu machen. Die Idee war, den Rechtsweg als Kampagne des Widerstandes zu instrumentalisieren.

Doch sogar ich war überrascht, dass die Kritik gegen den Beitrag in den ersten Wochen 2013 so massiv ausfiel. Inzwischen liegen neben den ersten Klagen aus 2012 (bayerischer Sonderweg der Popularklage auch ohne Beitragsbescheid) zahlreiche Klagen und Verfassungsbeschwerden sowie Petitionen bei den Ausschüssen der Bundesländer (Herbst 2012 schon 800⁷) vor. Viele dieser Rechtsmittel gehen in die Richtung, die Rechtmäßigkeit des Beitrages (große Nähe zur Steuer), die Beitragsgründe (Gartenlaube, KFZ...) und den mangelhaften Datenschutz anzuzweifeln, oder sie führen die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes an.

Ob es mir dagegen gelingt, auch die funktionale Fehlgestaltung der Zwangsfinanzierung in einer eigenen Klage darzustellen, ist aktuell fraglich.

Es ist auch fraglich, ob die Klagen den vollen Verwaltungsgerichtsweg durchlaufen müssen oder ob nicht vorab ein Verweis nach Karlsruhe an das Bundesverfassungsgericht erfolgen wird.⁸ Davon abgesehen ist auch unklar, welche Bedeutung die wahrscheinlich früher erfolgenden Urteile zu den Popularklagen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof erlangen werden. Kann ein Bundesland wie Bayern den Rundfunkstaatsvertrag allein kippen? Wen verwundert es da, dass viele Menschen den Beitrag unter ausdrücklichem Vorbehalt der Rechtmäßigkeit zahlen.⁹ Vor Ende 2014 rechne ich nicht mit Klarheit - bis spätestens dann wurde auch eine Evaluation seitens der Rundfunkanstalten versprochen.

Unabhängig davon, wie die Urteile der Gerichte ausfallen, sollte auch der politische Weg für eine Veränderung des Rundfunks eingeschlagen werden. Daher weise ich auf die Standpunkte der Parteien zur Medienpolitik hin.¹⁰ Besonders die Darstellungen der Piratenpartei und das Gutachten von Heiko Hilker (DIMBB¹¹) für die Partei Die Linke zum Rundfunkbei-

1 Näheres auch unter: Medien - die Vierte Gewalt? In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4/97 und unter www.dreigliederung.de/sammlungen/s03.html sowie unter www.sozialimpulse.de/60.html

2 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/183279/umfrage/durchschnittsalter-der-fernsehzuschauer-nach-sender/>

3 Archiv meiner alten Internetseite (www.soziale-dreigliederung.de), heute unter www.forum-dreigliederung.de/alsodrei/: Beitrag: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf Abwegen? (www.forum-dreigliederung.de/alsodrei/8.html). Beitrag: Medien - duales oder trinomisches System? (www.forum-dreigliederung.de/alsodrei/k9.html)

4 <http://www.telemedicus.info/article/1741-Das-Kirchhof-Gutachten-im-Detail.html>

5 <http://de.wikipedia.org/wiki/Rundfunkstaatsvertrag>

6 <http://www.forum-dreigliederung.de/down/Der%20Rundfunkbeitrag.doc>

7 <http://www.dimbb.de/medien-blog/35-medien-blog/645-weitere-kritik-am-rundfunkbeitrag>

8 <http://www.golem.de/news/verwaltungsrichter-verfassungsgericht-soll-ueber-neuen-rundfunkbeitrag-urteilen-1301-96681.html>

9 <http://www.akademie.de/wissen/gez-rundfunkbeitrag-vorbehalt-anzeige>

10 <http://medienpolitik.eu/cms/index.php?idcat=21>

11 <http://www.dimbb.de/>

trag verdienen gesonderte Erwähnung¹² und machen deutlich, dass es sinnvoller gewesen wäre, die Beauftragung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu zu überdenken, anstatt angesichts eines medialen Quantensprungs eine bloße Bestandssicherung des Status quo gesetzlich festzulegen. 2012 sah sich z.B. die CDU veranlasst, dazu Position zu beziehen, wobei sie im Fernsehen noch ein „massenmediales Leitmedium“ sieht.¹³ Auch andere Aspekte der CDU-Position lassen erst wenig Bewusstsein für die Priorität individueller Einflussnahme erkennen und münden in Allgemeinplätzen wie der Forderung nach mehr Qualität.

Aus der großen Zahl kritischer Beiträge möchte ich das Buch von Hans-Peter Siebenhaar, „Die Nimmersatten“ (Eichbornverlag 2012), nennen, das einen Blick hinter die schwer zugänglichen „Kulissen“ zulässt und in dem Siebenhaar den Mut zeigt, für die Anstalten ein Pay-TV zu fordern:

Warum setzt der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei der Finanzierung nicht auf die Freiwilligkeit seiner Nutzer? Wer die Fernseh- und Hörfunkprogramme sowie die Internetangebote von ARD, ZDF und Deutschlandfunk nutzen will, soll dafür zahlen - aus eigenem Antrieb, weil er die Inhalte, das Geschäftsmodell oder schlichtweg die Institution für unverzichtbar hält.[...]

Mit der Umwandlung eines zwanghaften Gebührenfernsehens zu einem Bezahlfernsehen auf freiwilliger Basis müsste sich der öffentliche Rundfunk zwangsweise auf die wahren Bedürfnisse seiner Zuschauer, Zuhörer und Nutzer konzentrieren, denn sonst würden sie das System von ARD und ZDF verlassen. Er hätte eine direkte Rückkopplung durch die Zahl seiner Gebührenzahler, ähnlich wie es die Kirchen haben.

Vor allem würde es zu einem sinnvollen Rückbau eines aus den Fugen geratenen Systems führen.¹⁴

Bevor eine neue Lösung favorisiert wird (wie die Umwandlung in eine Stiftung oder Genossenschaft - s. Piratenpartei), sollte nach meiner Meinung eine breite Diskussion in der Bevölkerung stattfinden, ob bzw. welche mediale Grundversorgung sie wünscht und wie sie diese finanzieren möchte. Im Rahmen einer solchen Diskussion wäre es sinnvoll, die sicher befruchtenden Gedanken der sozialen Dreigliederung einzubringen.

Selbstverwaltetes Geistesleben als dritte Kraft erkennen

Dann könnte das große Manko der aktuellen Diskussion im Bereich Medien deutlich werden: die weitgehende Unbewusstheit für den notwendigen Aufbau eines selbstverwalteten Geisteslebens als dritten gesellschaftlichen Teilbereich. Wer nur Wirtschaft oder Staat (an-)erkennt, der kann den Rundfunk nur als Aufgabe der Wirtschaft oder des Staates (bzw. staatlich beauftragter Organe) verorten. Wer heute individuelle Mitgestaltung und Bezahlfernsehen (Pay-

12 die Piraten: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Haushaltsabgabe, die Linke: <http://blog.die-linke.de/digitalelinke/wp-content/uploads/Gutachten-Rundfunkbeitrag-Praxis-2013.pdf>

13 <http://www.cdu.de/doc/pdfc/120906-Positionspapier-Medienpolitik.pdf>

14 <http://www.hugendubel.de/3/17436248-1/buch/die-nimmersatten.html?wea=8150012>, S. 188-190

TV) fordert, dem wird vorgehalten, dass das leicht in einer Kommerzialisierung und damit in Manipulation und Niveaulosigkeit enden kann. Man sieht derzeit keine Alternativen zu Veränderungen im Rahmen der auf Gewinnmaximierung orientierten Wirtschaft oder auf der Ebene des ausufernden Einheitsstaates. Der dritte Gesellschaftsbereich, die Selbstverwaltung des Kulturlebens durch die interessierten Menschen selbst, wird als Gestaltungsmöglichkeit noch nicht gesehen. In Sachen politischer Mitgestaltung wird den Menschen Mündigkeit zugestanden, im Zusammenhang mit Kulturfragen wird ihnen aber eigene Urteilsfähigkeit abgesprochen. Ein väterlicher Staat hütet seine Kinder.

In diesem Sinne sind viele rundfunkrechtliche Begriffe¹⁵ zu hinterfragen:

- **Grundversorgung:**

Weshalb? Können wir darauf verzichten? Ist sie Aufgabe des Staates?

Was? Nur Information oder mehr, wenn mehr, weshalb?

Wo? Auch im Internet? Wie viel wird gewünscht? Zahl der Sender?

- **Staatsferne:**

Die einseitige Auslieferung des Rundfunks an die Parteien wird als inoffizieller Systemfehler toleriert, ebenso die Bürgerferne und die fehlende Transparenz/Kostenkontrolle.

- **Duale Rundfunkordnung** aus öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern:

Einrichtungen eines freien Geisteslebens (Sendeanstalten) dürfen weder wesentliche Gestaltungsaspekte der Wirtschaft (Gewinnerzielung) noch solche des Staates (Zwangsabgaben) übernehmen. Beide Typen der dualen Ordnung entsprechen nicht dem zukünftigen Idealtyp, der seine Hauptgestalt aus der individuellen Einflussnahme schöpfen muss.

- **Bestands- und Entwicklungsgarantie** des öffentlichen Rundfunks: Privatfunk und Internet lassen sein weiteres Wachstum als Luxus oder Überfluss erscheinen. Eine Gefahr für die freie Meinungsbildung ist nicht (mehr) erkennbar. Mit zunehmenden Serverleistungen und Datenstrom-Geschwindigkeiten könnte das Internet allein durch technisch bedingte Pluralität den Rundfunk als Übertragungsweg noch weiter überflüssig machen. Sollte daher anstelle von weiterem Wachstum nicht sein Rückbau angestrebt werden?

Diese Begriffe haben in großem Maße ihre Ausgestaltung durch das Bundesverfassungsgericht erfahren. Ein Teil lässt sich noch auf Bestimmungen der Alliierten nach dem 2. Weltkrieg zurückführen. Sie sind also nicht das Ergebnis eines demokratischen Prozesses in der breiten Bevölkerung. Vor allem der Begriff der Grundversorgung berührt heute ein „politisches Minenfeld“ und steht im Zusammenhang mit anderen fraglichen Begriffen wie Daseinsvorsorge,

15 <http://de.wikipedia.org/wiki/Rundfunkfreiheit>

Service public, New Public Management.¹⁶ Hier muss sich die soziale Dreigliederung einbringen und im Spannungsfeld von staatlicher Überregulierung und marktöffnender Deregulierung neue Perspektiven mittels selbstverwalteter und Ausgleich schaffender Einrichtungen im Kulturbereich aufzeigen.

Aspekte im Sinne der Dreigliederung

Nur stichwortartig seien Aspekte „dreigliedriger“ Ideen genannt:

- Ein neues Staatsverständnis erweitert das Prinzip der vertikalen Subsidiarität um eine horizontale Ebene. Die Nachrangigkeit der oberen Ebenen wird ergänzt durch eine funktionale Nachrangigkeit im Nebeneinander dreier Gesellschaftssphären.¹⁷
- Aktive Teilhabe statt obrigkeitstaatlicher Daseinsvorsorge¹⁸
- Public-Public-Partnership statt Public-Private-Partnership: Neue Rechtsformen für öffentliche Einrichtungen in freier Trägerschaft sind nötig.¹⁹
- Infrastrukturfinanzierung kann gegenüber der engeren Kulturleistung das Prinzip der Individualfinanzierung durchbrechen; wo Nutzen für alle ist bzw. Vorhaltekosten für alle entstehen (Beispiel Sendehäuser, Aufnahmestudios), sollte es auch solidarische Finanzierungsanteile geben.²⁰

Nötige Veränderungen als legislative Aufgabe erkennen

Notwendige Anpassungen an gesellschaftliche Entwicklungen sollten nicht der Judikative überlassen werden, da diese sonst als eine Art „Ersatz-Gesetzgeber“ fungiert. Das geschieht meiner Meinung nach beim Thema Rundfunkrecht gerade durch ein „Geflecht“ von Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes. Die grundsätzliche Erkenntnis müsste sich durchsetzen, dass der Staat bzw. die Bundesländer auf Grundlage eines umfassenden Diskussionsprozesses in der Bevölkerung zunächst eine legislative Aufgabe hat/haben, das Rundfunkrecht soweit konkret auszugestalten, wie Rundfunk und Fernsehen in den Aufgabenbereich des Rechtslebens fallen. Viel mehr als in der Vergangenheit sollten sich die Menschen im Land durch Volksentscheide daran beteiligen können.

¹⁶ Grundversorgung: http://www.bbsr.bund.de/cdn_032/nn_340582/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2008/1_2/Inhalt/DL_frey.html?_nnn=true

NPM: <http://www.dreigliederung.de/essays/1999-07-012.html>

¹⁷ http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Neues_Politikverstaendnis.pdf, S. 5

¹⁸ http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Oeffentlicher_Sektor.pdf, S. 9

¹⁹ http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/public_public_partnership.pdf, S. 16

http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Oeffentlicher_Sektor.pdf

²⁰ http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Oeffentlicher_Sektor_01.pdf, S. 24

Im Hinblick auf diese legislative Aufgabe stellt sich die Frage: Benötigt der Rundfunk weitere Reglementierung, weiteres Wachstum öffentlich-rechtlicher Sender? Ich meine Nein. Auf das Gegenteil sollte in der Politik gedrängt werden, auf einen **Rückbau** beauftragter Einrichtungen wie die bestehenden Sendeanstalten und auf eine **Rücknahme** von Gesetzen, die die Freiheit, vor allem die freie Auswahl der Informationsquellen und deren selbstbestimmte Finanzierung, behindern. Eine steuerfinanzierte Rechtsaufsicht und der Grundrechtsschutz für den gesamten Medienbereich (Bundesnetzagentur, Landesmedienanstalten u. a.) sollten als Kernaufgabe beim Staat verbleiben. Der zukünftige Rechtsstaat muss ein Minimalstaat ganz im Sinne Wilhelm von Humboldts²¹ werden. Der heutige Einheitsstaat hat sowohl Aufgaben der Wirtschaft als auch solche des Kulturlebens an sich gezogen. Die legislative Hauptaufgabe der nächsten Zeit muss daher im Rückzug des Staates aus der Gestaltung und der Erbringung von Kulturleistungen bestehen.

Die Gestaltung der Rundfunkinhalte ist funktional eine Aufgabe des Kultur- und Geisteslebens, denn alle Lebensgebiete, die **besondere Interessen** oder **besondere Fähigkeiten** voraussetzen, gehören in die Selbstverwaltung dieses Bereiches. Die Natur demokratischer Mehrheitsentscheidungen und damit zusammenhängender Zwangsfinanzierung zeigt sich in einer Nivellierung von Einzelinteressen, die nur bei allgemeinem menschlichen Sicherheits- und Schutzinteressen als dem Kernbereich des Rechtslebens zulässig sind.

Alles darüber Hinausgehende, so auch die Rundfunkinhalte, sollten von der öffentlich-rechtlichen in die öffentlich-freie Verwaltung durch neu zu schaffende Einrichtungen des freien Geisteslebens hinüber genommen werden. Das ist weder utopisch noch unmöglich und kann geordnet Zug um Zug geschehen, in dem Maße und mit der Geschwindigkeit, wie die Politik die Gestaltungsräume dafür freigibt und die Sendeanstalten zurück- bzw. umgebaut werden. Die Sozialverträglichkeit sollte dabei ein wichtiges Veränderungskriterium sein.

Stellungnahme zu Einwänden gegen die Individualgestaltung des Rundfunks

Ich möchte im Folgenden Stellung nehmen zu zwei Einwänden, die oft gegen die Individualgestaltung des Rundfunks im Sinne des freien Geisteslebens vorgebracht werden:

„Mit freier Finanzierung ist Qualitätsrundfunk nicht lebensfähig“:

Kurzfristig bzw. für eine Übergangszeit mag das durchaus stimmen, doch langfristig führt die freiwillige Finanzierung durch Abonnements bestimmter

²¹ <http://www.dreigliederung.de/essays/1792-01-000.html>

Sachsparten oder Zeitkontingente zu mehr Qualität im Rundfunk. Voraussetzung ist u.a., dass ein neuer Typ öffentlicher Sendeanstalten in freier Trägerschaft entsteht, der nach dem Kostendeckungsprinzip arbeitet. Das Ziel der Gewinnerzielung aus der Sphäre des Produzenten (Sender) ist mit dem Wunsch nach individueller, freier Information und Unterhaltung in der Sphäre des Konsumenten (Empfänger) nicht vereinbar. Die völlige Werbefreiheit ist daher bei freien Trägern Vorbedingung individueller Bezahlung.

Die notwendige Verschlüsselung von Sendungen dürfte heute weitgehend durchführbar sein. Eine Gliederung der Kostenanteile in Infrastruktur (Sendehaus, Aufnahmestudio...) und eigentlichen Sendebeitrag macht Sinn, denn jede Sendung baut ja auf bereits vorhandener technischer wie baulicher Substanz auf, d.h. jeder Sendebeitrag profitiert von diesen „Altleistungen“ der Einrichtung. Solche Infrastrukturfinanzierung kann als freiwilliger Beitrag übergangsweise indirekt über die Finanzämter (ähnlich der Kirchensteuer) oder zukünftig direkt an eine eigene Finanzverwaltung des Kulturlebens geleistet werden.

Unbestritten werden einzelne Programmbestandteile der öffentlich-rechtlichen Sender oder ganze Sender wegfallen, die nur als „Überangebot“ und durch Zwangsfinanzierung bestehen konnten. Neue Programmbestandteile stehen dann auf dem sicheren Fundament von Interesse durch die Abonnenten. Was ist Qualität im Rundfunk, liegt sie nicht darin, Inhalte zu liefern, die die Empfänger wirklich sehen wollen? Weshalb soll der Qualitätsbegriff hier nicht eine vergleichbare Bedeutung wie in der Wirtschaft haben, wo doch damit ein hoher Nutzen für den Käufer verbunden wird?

„Mit freier Programmgestaltung durch einzelne Menschen wird ein Niveau- und Sittenverfall im Rundfunk eintreten (mehr Soap- und Talkshows, mehr sex and crime)“:

Dies wird im Übergang durchaus so sein können, doch ergibt sich daraus nicht zwangsläufig der Ruf nach mehr staatlicher Reglementierung und Eigenbetätigung, sondern eine Aufgabe für das Bildungswesen. Denn es ist eine große Illusion zu glauben, einen allgemeinen Kulturverlust durch staatliche Reglementierung aufhalten zu können. Dadurch werden entsprechende Bedürfnisse nur umgeleitet:

„So wird auch gefragt, ob man denn durchaus das Kinoleben mit allen seinen unsittlichen Ausbrüchen nun frei gedeihen lassen solle im dreigliedrigen sozialen Organismus oder ob nicht da doch der Staat eingreifen müsse, damit die Menschen nicht gar so unsittliche Kinostücke zu sehen bekommen. Wer so fragt, der kennt nämlich nicht ein gewisses tief soziales Gesetz. Jedesmal, wenn Sie glauben, irgend etwas, sagen wir die Unsittlichkeit der Kinos, durch Staatsmacht bekämpfen zu können, so berücksichtigen Sie nicht, daß Sie durch solch eine Abschaffung der unsittlichen Kinostücke – falls überhaupt die Instinkte der Menschen vorhanden sind, solche Stücke sich anzuschauen -, diese Instinkte auf ein anderes Gebiet, vielleicht ein schädlicheres, ableiten. Und der Ruf nach einer Gesetzgebung gegen unsittliche Kunst - und seien es selbst Kinostücke -, der drückt nichts anderes

aus als die Ohnmacht des Geisteslebens, Herr zu werden über diese Dinge. Im freien Geistesleben wird das Geistesleben eine solche Macht haben, dass tatsächlich die Menschen aus Überzeugung nicht in das Kino hineingehen werden. Dann wird man es auch selbstverständlich nicht nötig haben, unsittliche Kinostücke staatlich zu verbieten, weil die den Leuten zu dumm sein werden. Aber mit dem, was wir heute als Wissenschaft in die Welt hinaustragen, mit dem pflegen wir natürlich nicht jene Instinkte, die vor den unsittlichen Kinos Reißaus nehmen.“ (Rudolf Steiner 1920)²²

Meiner Meinung nach ist es berechtigt zu fragen, ob nicht ein innerer Zusammenhang zwischen dem staatlich verwalteten Schul- und Bildungswesen und der gesellschaftlichen Ohnmacht gegenüber dem allgemeinen moralischen Verfall in den Medien besteht.

Wo freie Selbstverwaltungsräume in der Kulturlandschaft entstehen, muss nicht notwendig Chaos und Kulturzerstörung einziehen. Hier möchte ich den Presserat²³ als ein Beispiel nennen, der durch einen ethisch orientierten Pressekodex ein Beispiel ist, wie sich das freie Geistesleben in Zukunft auch eigene Regeln und Gesetze geben kann. Wer fehlende Exekutivgewalt fürchtet, unterschätzt die Wirksamkeit von Sanktionen seitens der Fachverbände.

Ein freier Rundfunk in Selbstverwaltung ist also möglich, wir müssen es nur wollen. Eine Einrichtung wie Bürgerfunk könnte dann eine neue Bedeutung bekommen und sich vom wenig beachteten „Mauerblümchen“ zum „medialen Allerweltsgewächs“ entwickeln.²⁴

Vielleicht ist es mir gelungen, Sie anzuregen, von der Politik einen freien Rundfunk mit mehr Transparenz, Kostenkontrolle und Programmeinfluss durch die Menschen im Land zu fordern. Es würde mich auch freuen, wenn Sie mich finanziell bei entstehenden Gerichts- und Anwaltskosten mit einer Spende unterstützen könnten. Weitere Informationen dazu in Kürze auf der Internetseite des Forum Dreigliederung.²⁵

Werner Breimhorst

Geboren 1961, 1983 Begegnung mit Anthroposophie und sozialer Dreigliederung. Ab 1995 selbstständige gärtnerische Arbeit im Raum Freiburg i.Br. Ab 2002 Veröffentlichungen zur sozialen Dreigliederung im Internet. Seit 2008 Versuch, im regionalen Umfeld Menschen für den Aufbau eines Forums für Dreigliederung zu gewinnen. Dem dient auch die neue Internetseite www.forum-dreigliederung.de.

²² <http://fvn-archiv.net/PDF/GA/GA337b.pdf#page=245&zoom=100,0,0>

²³ <http://www.presserat.info/>

²⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerrundfunk>

²⁵ www.forum-dreigliederung.de/rb

Vollgeld

Zur Kontroverse über das Thema Geldschöpfung in öffentlicher Hand

Vorbemerkung

Christoph Strawe

Die Darstellungen im Heft 3/2012 über das sogenannte Vollgeld, speziell auch als Instrument gegen die Euro-Krise, haben ein lebhaftes Echo ausgelöst. In einem Leserbrief hat Jens Meinert Einwände erhoben, die sich auf das 13. Kapitel in dem Buch „Das Geldsyndrom 2012“ von Helmut Creutz stützten. Im vorliegenden Heft nimmt Herrmann Benz in einem weiteren Leserbrief dazu Stellung.

Helmut Creutz selbst schrieb mir in einer Mail, dass er mit meiner Entwicklungsbeschreibung der Europa-Krise übereinstimme, jedoch die Reformansätze aus dem Umfeld der Monetative-Initiative für fragwürdig halte. Er berief sich dabei auch auf eine Rede von Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der in einem Vortrag am 10. Oktober 2012 in Frankfurt den Unterschied zwischen Zentralbankgeld und Sichtguthaben/Girokonten deutlich gemacht habe (die von den Reformern in einen Topf geworfen würden).

Zitat: „Eine 100-Euro-Banknote ist [...] formal eine Forderung über 100 Euro gegen das Eurosystem. Hundert Euro auf dem Girokonto sind dagegen eine Forderung gegen die kontoführende Bank oder Sparkasse.“¹ Deshalb könnten, so Creutz, „die Geldguthaben und Kredite bei den Banken auch ständig und auf ein Vielfaches der Bar- bzw. Zentralbankgeldmenge zunehmen, obwohl diese, gemessen am BIP, auf gleicher Höhe verbleibt!“

Ich finde, dass eine weitere Debatte über das Thema wünschenswert ist, und bin daher Helmut Creutz sehr dankbar, dass er seine Einwände hier für die Leser dieser Zeitschrift zusammengefasst hat. Ich möchte zugleich Thomas Betz dafür danken, dass er es auf sich genommen hat, die Position der Monetative-Initiative zu begründen und mögliche Missverständnisse auszuräumen.

¹ http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2012/2012_10_10_weidmann_bargeldsymposium.html

Die Fehlvorstellungen der Vollgeld-Initiative

Helmut Creutz

„Mit der Einführung des Vollgeldes wäre [...] mit einem Schlag die Eurokrise beendet. Die bestehenden Staatsschulden aller Euroländer wären kein Problem mehr und die Finanzmärkte froh, wenn sie überhaupt noch Staatsanleihen zum Kauf finden. Die Eurostaaten könnten sich entspannt auf die Einhaltung des Fiskalpaktes und der Schuldenbremse und den Ausgleich der Handelsdefizite konzentrieren, so dass keine neuen langfristigen Staatsschulden mehr entstehen.“ (Aus einem Papier der „Initiative Monetative“, verfasst von Thomas Mayer, veröffentlicht im Netz und u.a. in der Zeitschrift „Sozialimpulse“ 3/2012.)

Dass solche Schilderungen Leser aufmerken lassen und die Phantasie beflügeln, ist gerade in unserem Tagen verständlich. Doch nicht nur im Umfeld der „Initiative Monetative“ stößt man auf solche Überlegungen, sondern auch schon in den Büchern von Prof. Huber, der den Begriff „Vollgeld“ bereits 1998 als Titel genutzt und in die von ihm mit gegründete Initiative eingebracht hat. Doch leider basieren diese Reformansätze, mit denen man die Sichtguthaben dem Zentralbankgeld gleichsetzen und die Staatsschulden halbieren möchte, in einem erheblichen Umfang auf Fehlannahmen:

1. „Banken schöpfen Geld“

Gäbe es solche Schöpfungen, dann müssten die Kreditvergaben der Banken an die Nichtbanken zwangsläufig über jenen Mitteln liegen, die sie von diesen als Einlagen erhalten haben! Überprüft man jedoch daraufhin die Bankbilanzen, zeigt sich, dass die gesamten Einlagen der Nichtbanken die daraus vergebenen Kredite immer deutlich übersteigen! Und zwar unabhängig davon, ob man die Ergebnisse einzelner Banken heranzieht oder die monatlichen Zusammenfassungen aller Kreditinstitute durch die Bundesbank: Wie beispielsweise aus der Tabelle mit den Zahlen für 2010 zu entnehmen ist, schöpfen die Banken in Wirklichkeit also nicht nur kein Geld, sondern noch nicht einmal die erhaltenen Kundeneinlagen in voller Höhe aus!

2. „Banken bereichern sich an hohen Zinsgewinnen“

Zieht man zu dieser Annahme die jährlichen Bundesbank-Veröffentlichungen zur „Ertragslage der deutschen Kreditinstitute“ heran, abgedruckt jeweils im September-Monatsbericht, löst sich auch diese Annahme in Nichts auf! Denn wie die daraus resultierenden Durchschnittswerte der Zinseinnahmen und -aufwendungen für den Zeitraum 2001 bis 2010 belegen, verbleiben den Banken nur 20 bis 25% der erwirtschafteten Zinserträge, ein Anteil, der sogar in den letzten Jahrzehnten von 2% auf etwa 1,2% der Gesamt-Bank-Betriebsergebnisse gesunken ist.

Doch selbst dieser den Banken verbleibende Anteil ist kein Gewinn, sondern deckt zu 80 bis 90% die Personal- und Sachkosten ab. Zinsgewinn - vor Steuern! - ist also nur der dann noch verbleibende Rest!

3. Benutzung der Begriffe „Sichtguthaben“ oder „Sichteinlagen“ bei Krediten:

Mit der Übernahme dieser Begriffe aus den Einlagenseiten der Banken auf die Kreditseiten (aus der man dann ebenfalls eine Kreditgeldschöpfung der Banken ableitet!), sorgt man für weitere Irritationen! Denn wie aus jeder Bankbilanz hervorgeht, erscheinen diese jedem Bankkunden geläufigen Bezeichnungen einzig und alleine auf den Passiva-Seiten, also den „Herkunftsseiten der Bankmittel“, auf denen die Einlagen der Kunden erfasst werden, jedoch niemals auf jenen Aktiva-Seiten, welche über die „Verwendung der Bankmittel“ Auskunft geben! - Außerdem können die auf diesen Aktiva-Seiten gebuchten Kreditvergaben auch sachlogisch niemals „Guthaben“ oder „Einlagen“ sein, sondern immer nur das genaue Gegenteil davon, also rückzahlungs- und zinspflichtige Schulden! Dabei ist es gleichgültig, ob den Kunden die Kredite - wie früher einmal üblich - in bar ausgezahlt oder - wie heute die Regel - auf einem Girokonto zur Verfügung gestellt werden: Wäre ein solcher Betrag für den Kreditnehmer tatsächlich ein „Guthaben“, dann hätte er dafür gar keine Rückzahlungs- und Zinszahlungsverpflichtungen, sondern im Gegenteil sogar Ansprüche auf Zins-Auszahlungen für sein „Guthaben“!

4. Die Verwandlung der Sichtguthaben in „Vollgeld“ und die Halbierungen der Staatsverschuldungen

Wie schon das Eingangs-Zitat zeigt, sollen im Zuge der Umwandlung der heutigen Sichtguthaben in Vollgeld sogar die Staatsschulden zumindest halbiert werden, was - angesichts einer Verschuldung von rund zwei Billionen Euro und Sichtguthaben-Beständen von mehr als einer Billion - rechnerisch auch zutreffen würde. Doch gleichgültig, ob diese Verlagerung der Sichtguthaben in die Zentralbank in einem Schritt vollzogen wird oder - wie sachbedingt erforderlich - nur nach und nach im Gleichschritt mit dem Abbau der daraus zur Zeit vergebenen Kredite: Wie man - neben dieser Aufwertung der Kunden-Sichtguthaben zu „Vollgeld“ - einen gleich hohen Betrag auch noch einmal dem Staat zur Verfügung stellen will, ist sachlich nicht nachvollziehbar! - Doch für diese Umsetzung dieser Staatsschulden-Halbierung gibt es nach. Prof. Huber, bzw. der „Monetative“, sogar zwei Möglichkeiten:

a) Die in die Bundesbank überführten und in Vollgeld umgewandelten bisherigen Sichtguthabenbestände (mit der die Zentralbank-Geldmenge übrigens auf das Fünffache zunehmen würde!) werden als Zugewinne bei der Bundesbank verbucht, die dann, wie alle von der Bundesbank erwirtschafteten Überschüsse, nach Abschluss der nächsten Jahresbilanz an den Finanzminister überwiesen würde. -

b) Die Banken werden - wie von Prof. Huber schon in seinen Büchern beschrieben - in Höhe der jetzigen Sichtguthaben und verteilt über wenige Jahre zur Auszahlung eines gleich hohen Betrag an den Staat verpflichtet, und zwar als eine Art „Strafe“ bzw. Wiedergutmachung für die den Banken unterstellten unrechtmäßigen Geldschöpfungen in Höhe der Sichtguthabenbestände und den daraus resultierenden Bankgewinnen! - Wie eine solche Zahlung von mehr als eintausend Mrd. Euro bei einem (dazu noch gebundenen!) Eigenkapital der Banken in Höhe von rund 500 Mrd. möglich sein soll, bleibt allerdings ungeklärt!

5. Die grundlegende Fehlannahme: Die Gleichsetzung von Geld und Guthaben!

Aus dieser sachlich mehr als fragwürdigen Gleichsetzung leitet man nicht nur die Annahme von der „Geldschöpfung durch die Banken“ ab, sondern auch die geplante Umwandlung der Sichtguthaben in Voll- und damit Zentralbankgeld. In Wirklichkeit sind jedoch diese gesamten Bestände aller Guthaben und Einlagen bei den Banken, seit 1948 nach und nach durch die ständig wiederholbaren Bargeldeinzahlungen von den Bankkunden aufgestockt worden! Und diese Guthaben geben deshalb auch immer nur die sich daraus ergebenden Ansprüche der Nichtbanken auf die Rückzahlung von Geld wieder, die wiederum - bezogen auf das einzelne Konto - immer erst nach Tilgung der daraus vergebenen Kredite möglich ist.

Das heißt, alle Guthaben, auch die Sichtguthaben, sind niemals Geld, sondern immer nur die Buchung einer Überlassung von Geld an eine Bank! Daran ändert auch nichts die heute den Sichtguthaben-Besitzern eingeräumte Möglichkeit, Bestandteile ihrer Guthaben für Zahlungszwecke an Dritte zu übertragen! Also jene Vorgänge, die zwar den Zahlern die Abhebung von Geld und den Empfängern die Wiedereinzahlung ersparen, aber an der Höhe der Gesamtbestände nichts verändern!

Genau so wenig wie sich also mit den laufend wiederholbaren Geldausgaben in den Läden die Geldmenge vermehrt, so wenig ist das auch bei den laufend wiederholbaren Geldausleihungen an die Banken und deren Rückführung über Kredite in die Wirtschaft der Fall! - Was sich dabei alleine vermehrt, sind immer nur die addierten Ergebnisse von Vorgängen mit Geld, aber nie die dabei benutzte Geldmenge! Deshalb darf diese alleine von der zuständigen Zentralbank ausgegebene aktive Geldmenge auch immer nur im Gleichschritt mit der volkswirtschaftlichen Leistung ausgeweitet werden, wenn deren Kaufkraft halbwegs stabil bleiben soll. - Doch bereits die beschriebene Umwandlung der Sichtguthaben in Zentralbankgeld würde - wie bereits erwähnt - eine Verfünffachung der Geldbestände bedeuten, von einer zweiten gleich hohen Auszahlung an den Staat nicht zu reden. -

Eine Zusammenfassung von Geld und Sichtguthaben ist also allenfalls unter dem Begriff „Zahlungsmittel“

denkbar, nicht aber unter dem Begriff „Geld“! Und weil die Kreditvergaben aus den Guthaben zu keinerlei Geld- und Nachfrage-Vermehrungen in der Wirtschaft führen, sondern nur zur Schließung jener Lücken, die durch die Bargeld-Einzahlungen auf die Guthaben entstanden sind, kann es im Bereich der Banken auch nie zu Geldvermehrungen kommen!

Mit dieser zwischenzeitlichen Kreditvergabe aus diesen Guthabenbeständen - auch aus den Sichtguthaben! - wird also heute kein Geld vermehrt, sondern bereits das erreicht, was von der Geldreformbewegung beim Bargeld noch durch eine Umlaufsicherung angestrebt wird: Ein weitgehend geschlossen bleibender Geldkreislauf bei gleichzeitiger Anpassung der Kaufkraft an die wirtschaftliche Leistung und damit einer Absenkung der Zinsen im Gleichschritt mit den Sättigungen der Märkte! - Dass jedoch in Wirklichkeit die Geldvermögen immer rascher über die Steigerungen der Wirtschaftsleistung hinauswachsen und in deren Folgen auch die Schulden, hängt mit der zins- und zinseszinsbedingten „Selbstalimentation der Geldvermögen“ zusammen, die von der Bundesbank bereits 1993 mit 80% der Neuersparnisse angenommen wurde.

Resümee

Mit den hier kritisierten fragwürdigen Annahmen und Vorstellungen der „Vollgeld“-Aktivisten wird den Bestrebungen der „Monetative“-Initiative zur Umwandlung der Bundesbank in eine staatliche, aber von der Politik unabhängige Einrichtung (und damit einer Gleichstellung dieser Institution mit Legislative, Exekutive und Judikative), kaum ein Gefallen getan. Außerdem haben wir im Geldbereich mehr als genug Probleme, mit denen wir uns befassen müssten. Und das betrifft nicht nur die vorstehend angeführten Wirkungsmechanismen des Zinseszinses, sondern auch die daraus resultierenden sozialen Folgen wie die der daraus wiederum resultierenden ökologisch so bedenklichen Wachstumszwänge!

Zieht man zur Verdeutlichung dieser Auswirkungen nur einmal die Bank-Zinsauszahlungen von 1968 bis 2008 heran, so nahmen diese leistungslosen Einkünfte in den 40 Jahren von 9 auf 342 Mrd. Euro und damit auf das Achtunddreißigfache(!) zu, während das BIP im gleichen Zeitraum, von 273 auf 2.474 Mrd. Euro, „nur“ auf das Neunfache anstieg und die Nettolohnsumme - trotz deutlich gesteigerter Arbeitnehmerzahlen! - sogar nur auf das Siebenfache!

Doch diese nachweisbaren zinsbedingten Entwicklungs-Diskrepanzen, die auch Ursache der Armut-Reichtums-Schere sowie der Überschuldungen der Staaten sind, finden sowohl in den Papieren der „Monetative“-Initiative als auch den Büchern von Prof. Huber so gut wie keine Erwähnung! - Dabei hatte bereits in der letzten großen Krise nach 1929 der damalige Präsident der FED, Mariner Eccles, die daraus resultierenden Abläufe genau beschrieben:

„Bis 1929 und '30; also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise, hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet [...] und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen [...] Die Massenproduktionen der modernen Industriegesellschaft beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus [...] um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht. [...] Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen, indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“

Angesichts der heutigen dramatisch zunehmenden Schwierigkeiten, allein schon bezogen auf die bei allen Staaten sichtbar werdenden systembedingten Verschuldungen und Verschuldungszwänge, ist es also in unseren Tagen nicht gefragt, sich mit irgendwelchen angenommen und den Realitäten widersprechenden Problemfeldern zu befassen, sondern mit solchen, die sich deren Ursachen zuwenden! - Auch wenn ein ähnlicher Zusammenbruch wie in den Zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kaum noch abzuwenden sein dürfte, sollte es unser Bemühen sein, ihn wenigstens bei einem Neuanfang nicht nochmals zu wiederholen.

Helmut Creutz,

geb. 1923, nach Krieg und Gefangenschaft tätig in einem Betrieb für Innenausbau, zeitweise als Betriebsleiter. Ab 1972 freier Architekt und Schriftsteller, seit 1982 Wirtschaftsanalytiker und Publizist. Umfangreiche Vortragstätigkeit, zahlreiche Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenartikel vor allem zur Geldreform. (www.helmut-creutz.de)

Missverständnisse der Vollgeld-Kritik

Thomas Betz

Es gibt wohl niemanden, der sich im deutschsprachigen Raum in einem Maße verdient gemacht hat um die Aufarbeitung der Bedeutung des Zinses im bestehenden Geldsystem wie Helmut Creutz. Wir verdanken ihm insbesondere eine bessere Einsicht in die Wirkungsmechanismen des Zinses in seiner Funktion als Polarisator, der die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, sowie die entsprechende Aufbereitung einer Fülle empirischer Daten dazu - Themen, die er nicht nur, aber auch in seinem jetzt wieder neu aufgelegten „Geldsyndrom“ darlegt.

Umso bedauerlicher ist es, dass es bei Diskussionen um die Frage der Geldschöpfung der Geschäfts-

banken immer wieder zu Missverständnissen kommt, denn um etwas anderes als um Missverständnisse kann es sich gar nicht handeln, was z.B. idealtypisch zum Ausdruck kommt darin, dass Helmut Creutz Bundesbankpräsident Weidmann zitiert mit den Worten:

„Eine 100-Euro-Banknote ist [...] formal eine Forderung über 100 Euro gegen das Eurosystem. Hundert Euro auf dem Girokonto sind dagegen eine Forderung gegen die kontoführende Bank oder Sparkasse.“

Dieses Zitat ist zu 100% deckungsgleich mit der Sicht der Dinge allerer, die der Meinung sind, dass es eine Geldschöpfung auf Ebene der Geschäftsbanken gibt (und zu denen gehört ganz offenbar auch Jens Weidmann). Aber: Offenbar ist das Zitat auch deckungsgleich mit der Sicht der Dinge von Helmut Creutz, der dem Weidmann-Zitat zustimmt und es völlig zutreffend interpretiert dahingehend, dass Jens Weidmann damit den Unterschied zwischen Zentralbankgeld und Sichtguthaben/Girokonten noch einmal deutlich gemacht habe und dass deshalb die „Geldguthaben und Kredite bei den Banken auch ständig und auf ein Vielfaches der Bar- bzw. Zentralbankgeldmenge zunehmen, obwohl diese, gemessen am BIP, auf gleicher Höhe verbleibt!“

Absolut d'accord! Kein Widerspruch! Nicht der geringste! Warum kommt es also zur aktuellen Auseinandersetzung? Was liegt ihr zugrunde? Und warum wird in diesem Zusammenhang der Vollgeldreform zum Vorwurf gemacht, den Unterschied zwischen Zentralbankgeld und Sichtguthaben/Girokonten zu ignorieren? In Wirklichkeit ist gerade das Gegenteil der Fall!

Im Folgenden soll (noch) einmal ganz behutsam versucht werden, dem Missverständnis auf die Spur zu kommen:

Im Allgemeinen stellt man sich die Gewährung eines Darlehens (völlig zutreffend) als Verleihvorgang vor, also als Konstellation, in der ein A einem B einen Vermögenswert, typischerweise Geld, zeitlich begrenzt überlässt mit der Maßgabe, diesen irgendwann auch wieder zurückzuerhalten. Insbesondere dann, wenn

- A und B nicht wirklich eng befreundet sind und
- wenn die Verleihung sich über einen längeren Zeitraum erstreckt,

kommt es zu einer Formalisierung des Vorgangs dergestalt, dass schriftlich und damit für beide Seiten unstrittig folgende Punkte fixiert werden:

- a) Laufzeit
- b) Modalitäten der Tilgung
- c) zu gewährende Sicherheiten des Schuldners
- d) Zinsen

Nicht anders ist es, wenn A eine Bank und B eine Privatperson ist: Im Kreditvertrag werden vertraglich vereinbart Laufzeit, Tilgung, Sicherheit(en), Zinsen. Die Bank A gibt also der Privatperson B Geld und

erhält im Gegenzug die - vertraglich vereinbarte - Zusicherung auf Rückzahlung.

Darlehen im Spiegel der Bankbilanz¹

In ihrer Bilanz realisiert die Bank den Vorgang dergestalt, dass sie auf der Aktivseite ihren Kassenbestand in Höhe des Darlehens verringert und ihren Forderungsbestand entsprechend erhöht; d.h. sie tauscht Kassengeld gegen eine Forderung (auf Rückzahlung des Kredits) ein. Auf ihrer Aktivseite werden also in Höhe des Darlehens zwei Posten getauscht. Es erfolgt ein sog. Aktivtausch, der die Passivseite der Bilanz und damit auch die Bilanzsumme (die Länge der Bilanz) unverändert lässt. Es liegt also keine Bilanzverlängerung vor und es ist insoweit auch völlig korrekt, im genannten Zusammenhang von der Darlehensgewährung als Aktivtausch zu sprechen.

Etwas komplizierter wird die Sache, wenn B der Kredit zwar eingeräumt (und auf seinem Girokonto ausgewiesen) wird, er aber noch nicht die Zeit findet, ihn in bar bei seiner Bank abzuholen: Jetzt realisiert die Bank die Situation bilanztechnisch dergestalt, dass sie die Forderung (auf Rückzahlung) verbucht, indem sie den Forderungsbestand (auf der Aktivseite) bereits erhöht, aber den Kassenbestand (noch) nicht verringert, denn das Geld ist ja noch nicht ausbezahlt. Sie bringt die solcherart verlängerte Aktivseite der Bilanz auf der Passivseite zum Ausgleich dadurch, dass sie in Höhe des Kredits eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreditnehmer (auf Auszahlung in Bargeld) bucht. Beide Seiten der Bilanz haben sich in Höhe des vereinbarten Darlehens verlängert. An dieser Stelle kommt es nun zur berühmten Bilanzverlängerung.

B hat also noch kein wirkliches Geld in Händen, verfügt aber bereits über einen Anspruch auf wirkliches Geld bzw. Bargeld bzw. Zentralbankgeld. Aber am nächsten Tag kommt B und holt sein Geld in bar ab. Nunmehr kommt es wiederum zur Bilanzverkürzung: Auf der Passivseite der Bankbilanz wird die Verbindlichkeit der Bank gegenüber dem Kreditnehmer ausgebucht. Gleichzeitig verringert sich auf der Aktivseite in derselben Höhe der Kassenbestand. Auch bilanziell ist die Situation wieder so, als hätte der Kreditnehmer sofort sein ihm kreditiertes Geld in bar abgeholt. Ohne den kleinen bilanztechnischen „Ausflug“ war es wieder nur ein Aktivtausch.

Der (alles) entscheidende Punkt ist nun der, dass im typischen Fall B überhaupt nicht mehr kommt, um sein Geld in bar abzuholen. Je größer die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wurde und wird, desto geringer wurde und wird die Wahrscheinlichkeit, dass B sich sein Geld in bar auszahlen lässt; d.h. die Bilanzverlängerung wird permanent!

B holt also sein wirkliches, sein echtes Geld gar nicht ab. Stattdessen macht er etwas ganz anderes: Er

¹ Basisinformationen zu Bilanzen und Buchführung findet der interessierte Leser im Beitrag von Christian Czesla in Heft 4/2012 der Sozialimpulse (Anm. d. Redaktion).

geht bereits mit seinem Anspruch auf wirkliches Geld einkaufen, indem er den Anspruch auf wirkliches Geld überträgt auf jemand anderen (von dem er eine Ware oder Dienstleistung erwirbt) - per Überweisung, Scheckzahlung, Einzugsermächtigung, Kredit- oder ec-Karte. Wenn nun dieser andere - nennen wir ihn C - sein Konto bei derselben Bank hat, kommt es in der entsprechenden Bankbilanz einfach nur zum Passivtausch: Die Verbindlichkeit gegenüber B wird vermindert und die gegenüber C um denselben Betrag erhöht.

Entsprechend entsteht auch in dieser Situation erst einmal kein Zentralbankgeld-Refinanzierungsbedarf für die Bank. Anders, wenn der Kreditnehmer B seinen Anspruch (auf echtes Geld) überträgt auf einen C, der sein Konto bei einer anderen Bank hat: Jetzt muss die Bank des B diese Überweisung des Anspruchs von B nach C durch eine Überweisung von Zentralbankgeld auf die Bank des B gewissermaßen begleiten: Sie vermindert ihren Kassenbestand auf ihrer Aktivseite und gleichzeitig ihre Verbindlichkeit gegenüber B. Bei der Bank von C hingegen erhöht sich der Kassenbestand und gleichzeitig die Verbindlichkeit gegenüber C. Prinzipiell entsteht durch diesen Vorgang also auch eine Zentralbankgeld-Refinanzierungs-Notwendigkeit für die Bank des B. Aber, und das ist entscheidend: Die abertausend täglichen Hin- und Her-Überweisungen gleichen sich fast vollständig aus. Nur in dem Maße, in dem dies nicht der Fall ist, entsteht am Ende des Bankentages die Notwendigkeit, den Restbetrag (Saldo) in Zentralbankgeld auszugleichen, und natürlich auch, ihn entsprechend zu (re-)finanzieren. Aber: Des einen Freud ist des anderen Leid. In genau dem Maße, in dem am Abend die eine Gruppe der Geschäftsbanken ihre „Spitzen“ in Zentralbankgeld ausgleichen muss, entsteht für die andere Gruppe ein Zentralbankgeld-Überschuss, der z.B. genutzt werden kann, um Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank entsprechend zu vermindern. Für das Geschäftsbankensystem als Gesamt Ganzes (bzw. die sog. konsolidierte Geschäftsbankenbilanz) gilt deshalb wiederum, dass der dargestellte Vorgang der Kreditgewährung keine Refinanzierung in Zentralbankgeld zur Voraussetzung hat. Die Notwendigkeit der Refinanzierung in Zentralbankgeld entsteht in geringem Maße alleine durch gesetzliche Vorgaben (Mindestreserve) sowie durch erforderliche Vorhaltung von Liquidität in Bargeld.

In einem gewissen Sinne „refinanzieren“ die Geschäftsbanken die von ihnen gewährten Kredite tatsächlich durch die „Einlage“ des Kreditnehmers bei dieser Bank, die dieser aber natürlich nur deshalb hat, weil ihm von dieser Bank ein Kredit in dieser Höhe eingeräumt worden ist. Das Geld, welches dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellt wird, entstammt also bilanztechnisch dem Kreditnehmer selber! Man kann sich das veranschaulichen, indem man sich vorstellt, dass eine Geschäftsbank einem Kunden ein Bargeld-Darlehen im Rahmen des beschriebenen Aktivtausches (s.o.) gewährt, was zur beschriebenen Verminderung des Kassenbestandes und Erhöhung der Forderungen führt. Gleich danach

leiht sich die Bank aber das Bargeld vom Kunden wieder zurück, was nun zu einer Erhöhung der Verbindlichkeit der Bank (gegenüber dem Kunden) sowie zu einer Erhöhung des Kassenbestandes der Bank führt. Das bilanzielle Endergebnis ist also eine Erhöhung sowohl von Forderungen als auch von Verbindlichkeiten um denselben Betrag, also absolut identisch mit der Kreditgewährung per Bilanzverlängerung.

Geschäftsbanken schaffen Zentralbankgeld-„Surrogat“

Das bilanztechnische Gegengewicht zum eingeräumten Kredit ist also Giralgeld (bzw. Geschäftsbankengeld, kein Zentralbankgeld!), welches *actu* - gewissermaßen in derselben logischen Sekunde - mit dem Kredit entsteht. Man könnte nun mit Recht argumentieren (und viele tun das auch), dass das ja eigentlich gar kein richtiges Geld ist. Und in der Tat: Geschäftsbanken schaffen kein gesetzliches Zahlungsmittel, kein Zentralbankgeld. Alleine Zentralbankgeld löst Annahmepflicht aus: Schuldner können darauf bestehen, dass ihre Gläubiger Zentralbankgeld zur Schuldendeckung akzeptieren; darauf, dass sie Geschäftsbankengeld akzeptieren, können sie nicht bestehen.

Geschäftsbanken schaffen also kein wirkliches Geld, jedenfalls kein Zentralbankgeld. Sie schaffen aber ein Zentralbankgeld-„Surrogat“, das genauso Kaufkraft repräsentieren, nachfragewirksam sein und realwirtschaftliche Vorgänge induzieren kann wie Zentralbankgeld. Mit dem Giralgeld der Geschäftsbanken können auch Löhne bezahlt, Autos gekauft und Flughäfen gebaut werden. Und nicht nur „auch“: Der erdrückende Großteil aller Zahlungen erfolgt mittels des Giralgeldes der Geschäftsbanken: Die gesamte Geldmenge besteht im Durchschnitt zu weniger als 10% aus M-0 (das ist das Zentralbankgeld, also Münzen, Noten und bargeldloses Zentralbankengeld, das die Geschäftsbanken verwenden, um den Zahlungsverkehr untereinander sowie gegenüber der Zentralbank zu bewerkstelligen). Mehr als 90% der Geldmenge bestehen aus kurzfristigen Einlagen und Sichteinlagen, das sind die Giro Guthaben. Dabei ist der Begriff etwas (sehr) irreführend, weil er suggeriert, dass diese nur dadurch entstanden sein können, dass da jemand etwas eingelegt hat, nämlich Bargeld, was natürlich mitnichten der Fall ist (s.o.).

Aber interessanterweise gibt es in der offiziellen Bankbilanz, die sich an der gesetzlich bindenden „Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute“ (RechKredV) ausrichtet, den Begriff „Einlage“ gar nicht! Das, was auf der Passivseite der Bankbilanz als Konsequenz der Einzahlung auftaucht, heißt gem. § 21 der RechKredV vielmehr „Verbindlichkeit gegenüber Kunden“. Wenn nun aber jemandem im Rahmen der oben beschriebenen Kreditschöpfung per Bilanzverlängerung in Höhe des Kredits ein Sichtguthaben eingeräumt wird, heißt das auf der Passivseite der Bankbilanz ebenfalls - und ganz korrekt - „Verbindlichkeit gegenüber Kunden“.

Nunmehr wird auch klar, dass man mit der (korrekten) Feststellung, dass diese „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ auf der Passivseite der Bankbilanzen typischerweise höher sind als die Kreditforderungen auf der Aktivseite, weder beweisen kann, dass es einer Bareinzahlung von Ersparnissen bedarf, um Kredite gewähren zu können, noch, dass diese Bareinzahlungen den Krediten chronologisch vorausgelaufen sein müssen. Jens Weidmann jedenfalls würde einen solchen „Beweis“ niemals akzeptieren. Eher lässt sich damit zeigen, dass die Geschäftsbanken, insbesondere aber das Geschäftsbankensystem als Gesamt Ganzes, nicht nur die von ihnen ausgereichten Kredite, sondern auch von ihnen aufgekauft Vermögen, Wertpapiere, Grundstücke, Gebäude, Computer etc. mit diesen „Einlagen“ „finanzieren“.

Eine Bilanz, auch eine Bankbilanz, ist eine Momentaufnahme, ist gewissermaßen die Photographie der finanziellen Situation eines Unternehmens zu einem bestimmten Zeitpunkt, typischerweise zu Sylvester (31.12.). Es ist deshalb auch nicht angängig, diese Momentaufnahme dynamisch zu interpretieren und damit überzuinterpretieren, indem eine chronologische Abfolge und damit eine Kausalität unterstellt wird, die sich aus der „Photographie“ gar nicht wirklich ableiten lässt.

Die 4 wichtigsten Erkenntnisse:

1. Unsere Zahlungsmittel werden zu ca. 90% eben nicht von der öffentlichen, sondern von der privaten Hand, namentlich den Geschäftsbanken, geschaffen. Entsprechend fließt auch die Seigniorage, der Geldschöpfungsgewinn bzw. die Zinsen für die der Geldschöpfung zugrunde liegenden Kredite in Höhe des genannten Prozentsatzes nicht etwa der öffentlichen, sondern besagter privater Hand zu. Dass Banken ihrerseits Zinsen für Verbindlichkeiten bezahlen, tut dieser Feststellung keinen Abbruch.

2. Die Kontrolle der Entwicklung der (Brutto-) Geldmenge, insbesondere die Aufblähung, aber auch die schockartige und deflatorisch wirkende Kontrahierung - letztere ist massenhaften Abschreibungen wie panikartigen Glatzstellungen der dem Geld zugrunde liegenden Kredite geschuldet - kann von der öffentlichen Hand allenfalls indirekt und jedenfalls nur unzureichend und unbefriedigend kontrolliert werden.

3. Weder die Akkumulation von monetärem noch von realem Kapital, also nicht die Ersparnisbildung, ist der Ursprung des modernen (Geld-)Wirtschaftens, sondern der Kredit, und das Geld, das aus diesem Kredit entsteht: „Geld kommt als Kredit auf die Welt!“ (Hajo Riese) Die (ökonomische) Welt steht Kopf (vor dem Hintergrund des althergebrachten Bildes) und muss komplett umgedacht werden: Aus Kredit entsteht Geld und Investition, daraus realwirtschaftliche Produktion und Einkommen, daraus Konsumtion, und irgendwann kommt es dann auch zu Ersparnisbildung.

4. Ersparnis ist - nicht nur auf betriebswirtschaftlicher (Mikro-), sondern gerade auch auf gesamt- bzw. volkswirtschaftlicher (Makro-)Ebene - in keiner Weise notwendige Voraussetzung für Investition. Sie ist bestenfalls überflüssig, schlimmstenfalls jedoch sogar kontraproduktiv, weil Ausdruck einer Nachfragerücke. Insofern ist aber auch der positive Zinssatz als „Belohnung“ für den Konsumverzicht des Sparers, der eben nur vermeintlich durch seine Ersparnis Investition ermöglicht, nicht nur graduell, also der Höhe nach, sondern auch prinzipiell moralisch-ethisch delegitimiert.

Es ist schmerzlich und peinlich, dass ausgerechnet in der geld- und zinskritischen Szene das beste Argument gegen den Zins noch zu wenig Verbreitung findet, weil der moderne Geldschöpfungsprozess noch immer zu wenig verstanden wird. Dabei ist es so einfach: Es bedarf - auch und gerade bereits im bestehenden System - keiner Ersparnis, um die Investitionen tätigen zu können, die Voraussetzung für die Produktion der Güter und Dienstleistungen sind, die wir wollen und brauchen. Es bedarf also auch keines Zinses, um Sparer zu motivieren, diese Ersparnisse zu bilden, und keines Zinses, um diese zu motivieren, Ersparnisse für Investitionen zur Verfügung zu stellen!

Dass es eine Geld- bzw. „Geld“schöpfung auf Ebene der Geschäftsbanken gibt, wird im Prinzip von niemandem explizit bestritten, nicht von Zentralbanken, nicht von Geschäftsbanken, nicht von staatlichen Institutionen, noch nicht einmal von der Wissenschaft. Geht ja auch nicht anders, denn schließlich müssen die BWL-Studenten, die Bankbetriebslehre vertiefen, lernen, wie man richtig bucht. Das hindert aber die Volkswirte im Hörsaal nebenan nicht daran, stillschweigend so zu tun, als würde das, was die Bank-BWler da lernen, alles gar nicht stimmen, als wäre nun doch wieder die Ersparnisbildung das eigentliche Ding, ohne das gar nichts läuft und mit dem alles seinen Anfang nimmt. Das uns vom Mainstream der ökonomischen Theorie, namentlich der Neoklassik, vermittelte Bild vom Geld und auch von der Geldwirtschaft, in der wir leben, geht nur im mathematischen Blendwerk, nicht aber im Prinzip über das hinaus, was wir als Kleinkinder vermittelt bekommen haben: Was wir nicht konsumieren, sparen wir in der Spardbüchse, tragen es dann zum Onkel von der Bank, der gibt es dem Onkel von der Fabrik und der kauft davon Maschinen, mit denen neue Spielsachen gemacht werden usw. „Der Banklehrling weiß, wo das Geld herkommt, der Volkswirtschaftsprofessor weiß es nicht!“ (Gunnar Heinsohn).

Die Auswirkungen sind dramatisch. Ein Beispiel:² Entwicklungsländer sind typischerweise gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit einerseits und Mangel andererseits, was eigentlich eine widersprüchliche Situation ist. Denn was liegt näher als der Gedanke, dass die Arbeitslosen die Produkte und Dienstleistungen, derer sie bedürfen und an deren Ermangelung sie leiden, erarbeiten? Dies ist auch möglich, allerdings unter

² vgl. im Folgenden Thomas Betz: „Geld - Das letzte Rätsel der Freiwirtschaftslehre?“ in ZfSO Nr. 147, Dez. 2005, S. 8

der notwendigen Voraussetzung, dass ein modernes (Kredit-)Geld-System implementiert wird, so dass investiert werden kann, Arbeitsplätze und Werte geschaffen werden können, gerade ohne dass es vorher zu Ersparnisbildung gekommen ist. Statt dessen raten solcherart „ausgebildete“ Experten (auch in Weltbank und IWF) typischerweise dazu, die Zinsen zu erhöhen, um dadurch zum Sparen anzuregen, damit investiert werden kann, was typischerweise dazu führt, dass die ohnehin kaum vorhandene ökonomische Aktivität endgültig abgewürgt wird. Oder, noch toller: Sie raten dazu, die mangelhafte Sparkapitalbildung im Inland zu ersetzen bzw. zu ergänzen durch Sparkapital aus dem Norden, was zu den bekannten Verschuldungs- und Ausbeutungsspiralen führt, aber nicht zu Entwicklung.

Ein nachhaltiges Geldsystem...

Das bestehende (sog. „endogene“) Geldsystem ist nicht nachhaltig:³ Zuletzt diente ein Großteil der Geldschöpfung nur bloßen Finanzgeschäften, die keinen Nutzen mehr für die Realwirtschaft, aber umso größeren Schaden für sie mit sich brachten. Börsen- und Konjunkturzyklen werden durch die selbstständige Bankengeldschöpfung verantwortungslos in Extreme getrieben - manisch überschießend in Hochkonjunktur und Hausse, verstockt und depressiv in den nachfolgenden Überschuldungskrisen. Das bestehende endogene Geldsystem ist auch ein Schulden-Schneeballsystem, in dem nicht nur die Geldvermögen systemnotwendig immer größer werden, sondern auch die ihnen spiegelbildlich gegenüberstehenden Schulden: Der dem Geld in seiner bestehenden Form zugrunde gelegte Kredit kann immer nur glatt gestellt werden, indem an anderer Stelle ein Kredit entsteht, der aber mindestens um den Zinssatz höher sein muss als der vorangegangene. In einem solchen System kann es niemals ausgeglichene Haushalte geben, jedenfalls nicht bei allen und jedenfalls nicht beim Staat, - vor allem dann nicht, wenn sich der private Sektor nicht mehr verschulden will oder kann.

Deshalb möchte die Monetative wieder ein „exogenes“ Geldsystem re-etablieren, in dem das Recht, Geld zu schöpfen, wieder zum Privileg der öffentlichen Hand gemacht werden soll.

Etwas ganz ähnliches ist bereits im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert geschehen, als die Nationalstaaten der immer weiter um sich greifenden privaten Geldschöpfung durch die Banknoten der Geschäftsbanken entgegentraten, indem sie das Recht, diese zu emittieren, staatlich und namentlich auf die Notenbank monopolisierten. In diesem Sinne ist die Vollgeldreform auch nur der logisch nächste Schritt in der Entwicklung eines sich modernisierenden Geldwesens.

Nach einer Vollgeld-Reform wäre das Geld sicherer, denn auch das bargeldlose Vollgeld wäre aus den Bankbilanzen ausgegliedert und entsprechend von einer Bankpleite nicht betroffen. Über- und Untersteuerung des Geldangebotes würden zumindest stark abgemildert. Spekulative Exzesse auf Pump wären ebenso wenig möglich wie das plötzliche „Verschwinden“ des Geldes in der Depression. Konjunktur- und Börsenzyklen würden moderater verlaufen. Die Geldmenge könnte nicht mehr nur vermeintlich, sondern tatsächlich von der Zentralbank kontrolliert und in Übereinstimmung mit der realwirtschaftlichen Entwicklung gesteuert werden. Der Geldschöpfungsgewinn käme der öffentlichen Hand zugute und nicht länger den Banken. Durch die kontinuierliche Überführung des von privaten Geschäftsbanken in Umlauf gebrachten Geldes in Vollgeld würde sich auch die Chance einer weitgehenden Staatsentschuldung bieten, da ein Großteil des dem Staat von den Banken „geliehenen“ Geldes gar nicht von Sparern eingesammelt, sondern im Rahmen des beschriebenen Prozesses von Banken geschöpft wurde.

Gerade aber auch im Hinblick auf eine noch umfassendere Geldreform ist die Umsetzung der Vollgeld-Reform nicht zuletzt deshalb so unerlässlich, weil erst dadurch die Voraussetzung geschaffen wird dafür, dass eine Umlaufsicherung ihre volle Wirkung entfalten kann.⁴ Aber nicht nur deshalb gehören Freiwirtschafts- und Vollgeldreform zusammen: Beide wollen ein exogenes System, in dem alleine dem Staat das Recht auf Geldschöpfung zukommt und beide wollen nicht, dass das Geld seine Entstehung einem Bankgeschäft im Sinne der Kreditvergabe verdankt. Beide wollen, dass das Geld nach Maßgabe einer sorgfältig festgelegten Mengenregel geschaffen wird und anschließend kontinuierlich, gleichmäßig, störungs- und stockungsfrei in der Volkswirtschaft umläuft und, einmal geschaffen, auf unbestimmte Zeit existent bleibt. Und beide wollen, dass Banken nur Geld ausleihen können, das sie vorher aus dem Verkauf von Wertpapieren oder Sachvermögen erhalten oder aber selbst als Kreditnehmer aufgenommen haben.

Thomas Betz,

geboren 1960, Studium der Wirtschaftswissenschaften, langjährige Tätigkeit in Immobilienbranche, Treuhandanstalt und deren Nachfolgeorganisationen, was seine Aufmerksamkeit auf sozial-ökonomische Probleme, darunter die Rolle des Geldes, lenkte. Seine Antworten gibt er heute als freier Publizist, Dozent und Consultant. Thomas Betz ist Vorstandsmitglied der Monetative e.V. (www.monetative.de).

³ vgl. im Folgenden Thomas Betz: Von der klassischen Geldhortung zum modernen Investmentbanking: Fluchtwege des Geldes aus der Realwirtschaft und wie sie zu verhindern wären. ZfSÖ, 174/175. Folge, Okt. 2012, S. 32 ff.

⁴ für Details siehe Thomas Betz 2012 a.a.O., S. 33 f., vgl. auch Christopher Mensching: „Umlaufsicherung und Geldsystem – zur Notwendigkeit einer doppelten Geldreform“ in ZfSÖ No. 147, Dez. 2005, S. 36 ff.

Yalla Yalla

Dreigliederung 3.0 und der arabische Frühling

**Ein Interview mit Matthias Ruff
Das Interview führte Adrian Wagner**

Adrian Wagner: Matthias Ruff, Sie leiten das „Forum für integrale Theorie und Praxis Berlin“¹. Sie sind Lehrer, begleiten Menschen in Meditations- und Yoga-Prozessen und sind bildender Künstler. Inspiriert vom arabischen Frühling haben Sie Yalla - ein Projekt zur Politik und Potenzialentfaltung für junge Führungskräfte aus Ägypten und Deutschland - initiiert. Finanziert vom Auswärtigen Amt und getragen von der Partnerorganisation, der Humboldt-Viadrina School of Governance², konnten so 20 Teilnehmer ein intensives Training über unterschiedliche Modelle der Bewusstseins- und Kulturentwicklung, über interkulturellen Dialog sowie praktisches Anwendungswissen in den Bereichen von Politik und zivilgesellschaftlichem Engagement durchlaufen. Wie steht dieses Projekt im Zusammenhang mit dem Impuls der sozialen Dreigliederung?

Matthias Ruff: Mir ist die historische Einbettung des Ganzen sehr wichtig. Der integrale Ansatz ist nicht vom Himmel gefallen und ich stelle auf meiner Webseite mehrere Bezüge zur Geschichte dar. Die Pionierarbeit von Rudolf Steiner mit seinem Ansatz der sozialen Dreigliederung sind mir nahe und beeinflussen meine Arbeit. Mein Anliegen ist es, soziale Dreigliederung auf dem Stand von 2013 zu denken und praktisch umzusetzen. Man könnte auch von „soziale Dreigliederung 3.0“ sprechen: Wie sieht Dreigliederung im 3. Jahrtausend, beinahe 100 Jahre nach den ersten Impulsen, aus? Wie kann sie konkret umgesetzt und gelebt werden?

Ausgangspunkt der Arbeit war die Überlegung, wie man junge Führungskräfte durch intelligente und zeitgemäße Potenzialentfaltung stärken kann. Joseph Beuys ist eine wichtige Bezugsquelle für mich. Ich arbeite sehr gerne mit der Idee der Sozialen Plastik, welche ja einen erweiterten Gesellschaftsbegriff darstellt. Also nicht einen Gesellschaftsbegriff, der auf der typisch deutschen Art des „Säulendenkens“ aufbaut. D.h. entweder bin ich Hirnforscher, dann schaue ich nicht, was woanders passiert. Oder ich bin Ökonom und bin nur in der Ökonomie unter-

¹ Eine Plattform für perspektivenreiches Denken und Handeln, inspiriert von den Ansätzen von Willigis Jäger, Ken Wilber und anderen, vgl. www.integralesforum-berlin.de

² Sie wurde im März 2009 gegründet, ihre Präsidentin ist Gesine Schwan (www.humboldt-viadrina.org).

wegs. Diese Form des Denkens stammt noch aus dem 20. Jahrhundert und ist hier in Deutschland immer noch sehr stark ausgeprägt. Das müssen wir überwinden. Wir müssen auf eine ernsthafte und echte Art und Weise interdisziplinär arbeiten. Zusätzlich braucht es ein tiefes künstlerisches Denken, durch das wir die Realität mitgestalten können. Darum ging es Beuys, wenn er von einer sozialen Plastik sprach. Und darum ging es in dem Yalla-Projekt - ich glaube, daher war es auch ein so großer Erfolg. Da die Teilnehmer ermutigt wurden mitzugestalten und dies auch getan haben.

Adrian Wagner: Wie müsste die Dreigliederung 3.0 Ihrer Meinung nach aussehen?

Matthias Ruff: Dreigliederung 3.0 bedeutet zunächst, die Ohren und Augen offen zu halten. Wie hat sich die Welt seit den ersten Impulsen und der Forschung Steiners im Verlauf des 20. Jahrhundert weiterentwickelt? Ein wichtiger Forscher, auf den ich mich beziehe, ist Francisco Varela, ein Philosoph, Psychologe und Neurowissenschaftler aus Chile. Er forschte in den 70er Jahren an der Frage: „Wie können wir mit Komplexität, wie mit komplexen Weltverhältnissen umgehen?“ Heute spüren wir immer mehr, dass alles in Beziehung steht und keineswegs in einer oberflächlichen Art und Weise. Sowohl Steiner als auch Varela waren Menschen, die diesen Umstand sehr ernst und tief gedacht und gefühlt haben. Francisco Varelas Arbeit bietet einen Anknüpfungspunkt, wie wir mit Komplexität umgehen können, - eine der zentralen Fragen heute, ob es sich um den arabischen Frühling, den Klima-

Das Yalla-Projekt

Ziel des Yalla-Projektes, war es, neue Impulse für 20 Teilnehmer aus Deutschland und Ägypten zu setzen und zugleich ihre interkulturelle Sensibilität und Kompetenz zu stärken. Der Fokus lag dabei auf der politischen Kommunikation, auf der Kultur der Potenzialentfaltung und auf dem systematischen Verstehen der politischen Realitäten in Deutschland und Ägypten. Das angewandte Erklärungsmodell „Entwicklungsspirale“ (Spiral Dynamics) ist eine auf den entwicklungspsychologischen Erkenntnissen von Clare Graves aufgebaute und von Don Beck und Christopher Cowan weiterentwickelte Theorie und Methode zur Analyse kultureller Entwicklung und politischer Entscheidungsfindung. Die Teilnehmer waren junge Menschen im Alter zwischen 18 und 26 Jahren, die sich politisch in verschiedenen Projekten und Parteien, Parteistiftungen oder NGOs engagieren.

„Unser Anliegen ist es, dass die jungen Teilnehmer beider Länder andere Wege und Lösungsmöglichkeiten für konkrete Herausforderungen voneinander kennenlernen, miteinander diskutieren und schließlich auch in ihren jeweiligen Kontexten anwenden“, sagt Projektleiterin Anna Haupt von der Humboldt-Viadrina School of Governance.

Der Workshop wurde von den Spiral-Dynamics-Trainern Eric Poetschacher und Matthias Ruff geleitet.

wandel oder um die Finanzkrise handelt. Bei der sozialen Dreigliederung geht es sehr vereinfacht um Beziehungsgeflechte zwischen Geistesleben, Wirtschaftsleben und Rechtsleben. Diese drei Bereiche, die den sozialen Organismus formen, stehen in Beziehung zueinander. Meine These ist, dass dieses Beziehungsgeflecht sich seit dem 19. Jahrhundert verändert und komplexere Formen angenommen hat und weiter annimmt. Das zeigt sich in Phänomenen wie die Globalisierung und das Internet, die als zentrale Aspekte hinzukamen. Die Globalisierung hat alles unwiderruflich verändert. Dieser Realität versuche ich bei meiner täglichen Arbeit in die Augen zu schauen. Das Entscheidende in dem Yalla-Projekt ist eine Erkenntnis, die sich in den Satz zusammenfassen lässt: „Wir wissen alle sehr viel, jedoch besteht ein zentraler Mangel an Anwendungs- und Transformationswissen.“ Kurz gesagt: Wir haben im Yalla-Projekt Anwendungswissen für das 21. Jahrhundert zu vermitteln versucht.

Adrian Wagner: Was verbirgt sich hinter dem Begriff „Anwendungswissen für das 21. Jahrhundert“?

Matthias Ruff: Dahinter verbirgt sich der Versuch, die heutige Realität und Bewusstseinsituation erst einmal in ihrer Komplexität zu erfassen und zu verstehen. Die Beziehungs- und Weltverhältnisse sind komplex. Vereinfachende und simple Antworten helfen uns hierbei substanziell nicht weiter, sind teilweise sogar gefährlich. Für die notwendige Realitätserfassung finde ich den integralen Ansatz in seiner jetzigen Form praktikabel und sehr hilfreich. Also die vier Grunderfahrungsräume, die sogenannten 4 Quadranten nach Ken Wilber (vgl. Kasten S. 35). Diese waren ein Analyse- und Interventionswerkzeug, mit dem wir in Kairo gearbeitet haben. Ein zweiter, auch sehr entscheidender Bestandteil ist die wissenschaftliche Entdeckung des Strukturalismus, dass das Bewusstsein sich in Strukturen entwickelt, wie es z. B. der Kulturphilosoph Jean Gebser anhand des Studiums historischer Quellen nachgewiesen hat.

Adrian Wagner: Wie können diese Ansätze in einer praktischen Situation in Ägypten mit jungen Führungskräften angewendet werden?

Matthias Ruff: Eine Antwort auf diese Frage zu finden, war im Grunde die Aufgabenstellung für den Kairo-Workshop. Ziel war es, diese theoretischen Methoden an der Realität zu messen. Das fand nicht nur in den Workshop-Räumen statt, in denen intelligente Dinge gesagt wurden. Die Teilnehmer arbeiteten vor Ort mit diversen Organisationen gemeinsam an konkreten Fragestellungen. Folgt man dem Strukturentwicklungsmodell, stellen sich vereinfacht formuliert die Fragen: Welche Bedeutung hat das traditionelle Bewusstsein? Wie zeigt es sich im Moment in Kairo? Wie zeigen sich das moderne und auch das postmoderne Bewusstsein? Welches Bewusstsein drückt sich wie aus? Es hilft enorm, wenn wir diese Zusammenhänge verstehen, da viele der harten Konflikte in Ägypten und der daraus resultierende kollapsähnliche Zustand einem Wertekonflikt entspringen.

Adrian Wagner: Sie sprechen von einem kollapsähnlichen Zustand. Wie würden sie die Situation in Ägypten beschreiben?

Matthias Ruff: Vereinfacht formuliert spitzt sich der Konflikt zu: zwischen den Muslimbrüdern, die ein sehr traditionelles Bewusstsein verkörpern, auf der einen Seite und den liberaleren Kräften, vor allem aus der jungen Generation, auf der anderen Seite. Diese junge Generation hat die Revolution entscheidend nach vorne gebracht, sie ist teilweise in einem internationalen Kontext groß geworden und ausgebildet. Der dritte Machtakteur ist die Militärapparatur, die stark traditionell geprägt ist. Sehr einfach ausgedrückt handelt es sich um einen Konflikt zwischen traditionellen, modernen und postmodernen Bewusstseinsformen und -strukturen - natürlich in Verbindung mit Finanz- und Machtinteressen.

Adrian Wagner: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten „Hausaufgaben“ der Opposition?

Matthias Ruff: Die Opposition bräuchte jemanden wie den bekannten und von mir sehr geschätzten Konfliktforscher Johan Galtung, der ein tiefes Verständnis von Konfliktmanagement und friedensstiftender Kommunikation hat. Die liberalen Führungskräfte müssten sich ihre Konflikte untereinander anschauen, um diese konstruktiv lösen zu können. Es ist bezeichnend und tragisch, dass die liberalen, linken Kräfte so sehr zerstritten und ineinander verhakt sind. Das liegt auch daran, dass die Führungspersonlichkeiten ausgemachte „Diven“ sind: Die persönlichen Befindlichkeiten und Empfindlichkeiten spielen eine nicht geringe Rolle. Außerdem gibt es viele Diskussionen und Streit über einzelne Sachfragen, zu denen keine Einigung erzielt werden kann.

Adrian Wagner: Welche Lernschritte würden auf Seiten der Muslimbrüder anstehen?

Matthias Ruff: Als Erstes muss man verstehen, dass die Muslimbrüder eine lange und vielgestaltige Bewusstseinsspur für sich bilden. Die Bruderschaft ist ungefähr 80 Jahre alt, und unter ihnen gibt es sehr unterschiedliche Strömungen. Einige davon sind hoch gebildete Menschen, die im Ausland waren, sehr intelligent sind; viele von ihnen bestimmen die Entscheidungsprozesse mit. Dann gibt es einfache Familien, die sich zu den Muslimbrüdern bekennen - auch deshalb weil die Muslimbrüder an einem Punkt sehr clever sind: Sie bieten eine Art Sozialarbeit an, sie helfen den Menschen in den Krankenhäusern, verteilen Essen - sie machen so etwas wie Street Work. Den liberalen Kräften werfen sie vor: „Ihr macht nur Demonstration und ihr redet immer nur.“ Und dann gibt es auch viele sehr aufrichtige Familien unter ihnen. Sie wurden unter Mubarak unterdrückt, und beziehen sich auf einen sehr zentralen spirituellen Wert: die Wahrhaftigkeit. Sie sagen: „Wir haben uns unter Mubarak z.B. trotz bester ‚Angebote‘ von Seiten des Regimes nie bestechen lassen.“ Eine andere, sehr problematische Strömung innerhalb der Muslimbrüder sind die Konservativen und Fundamentalisten. Sie sind oft doppelzünftig und behaupten nach außen hin: „Wir bieten den Dialog an.“ Gleichzeitig wissen alle, dass dieses

Angebot ein trojanisches Pferd darstellt, dass sie kein echtes Interesse am Dialog haben. Diese Kräfte wollen sich die Macht in der Gesellschaft zueigen machen. Wie ein von ihnen beherrschter Staat am Ende aussehen würde, ist schwer absehbar. Viele befürchten, das Ägypten zu einer sunnitischen Version des Iran werden könnte. Das Rederecht würde beschränkt werden, Journalisten könnten nicht mehr frei berichten, die Rechte der Frau würden sehr eingeschränkt werden. Die faschistischen Züge dieser Strömung werden ihnen häufig und heftig zum Vorwurf gemacht. Diese Kräfte dürfen keinesfalls von der jetzigen Situation profitieren und die Macht übernehmen. Was gebraucht wird, ist eine echte Bereitschaft, sich auf Augenhöhe auf einen nationalen Dialog mit der Opposition einzulassen.

Adrian Wagner: Wie passt so ein Projekt in die kulturelle Tradition Ägyptens, darf man sich als Europäer da überhaupt einmischen?

Matthias Ruff: Ägypten hat eine sehr tiefe spirituelle Tradition, welche ungefähr 5000 Jahre alt ist. Im Isis-Mythos gab es eine Bewusstseinsspur, die das Weibliche sehr stark machte. Diese Tradition wurde im Rahmen des Yalla-Projektes durch junge, starke Frauen spürbar, die Verantwortungsträger während der Revolution waren und sich auch weiterhin verantwortlich zeigen.

Der Isis-Mythos bedeutet im Grunde, dass die weibliche Kraft nach einem Umbruch, nach einer Chaosphase, die zerfallenen Einzelteile in einer neuen Ordnung wieder zusammenbringt. Dieses mythische Bild ist sehr interessant in Bezug auf die Idee eines sozialen Organismus und der Forschung Varelas. In dessen Werk finden wir den Begriff der Autopoiese, der Selbstorganisation und Selbstheilung von Systemen. Auch Systeme haben die Fähigkeit, sich selbst nach großen Krisen neu zu ordnen. Das nennt man dann Entwicklung, Evolution. Nicht zuletzt hat die Resilienzforschung³, die daran anschließt, meine alltägliche Arbeit mit Menschen grundlegend verändert. All diese Gedanken spielten natürlich auch bei meiner Arbeit im Zusammenhang mit dem Yalla-Projekt in Kairo und im Umgang mit den ägyptischen TeilnehmerInnen eine wichtige Rolle.

3 Der Begriff Resilienz stammt von dem englischen Wort „resilience“ (Spannkraft, Widerstandsfähigkeit, Elastizität) ab. Er bezeichnet allgemein die Fähigkeit einer Person oder eines sozialen Systems, erfolgreich mit belastenden Lebensumständen und negativen Folgen von Stress umzugehen (vgl. Corina Wustmann, Resilienz: Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern. Berlin 2004, S. 18).

Resilienzforschung untersucht daher „die psychische Widerstandsfähigkeit von Menschen, die es ermöglicht, selbst widrigste Lebenssituationen und hohe Belastungen ohne nachhaltige psychische Schäden zu bewältigen.“ (vgl. „Resilienz“ in Brockhaus Enzyklopädie Online). Wissenschaftler betonen dabei, „das seelische Widerstandskraft nicht durch bestimmte Charaktereigenschaften gekennzeichnet ist, sondern sich vielmehr in einem komplexen Wechselspiel zwischen einer Vielzahl von Risiko- und Schutzfaktoren entfaltet, und demnach eine höchst individuelle Angelegenheit darstellt und bis zu einem gewissen Grade erlernbar ist“ (<http://lexikon.stangl.eu/593/resilienz/>)

Nun zu dem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben: Natürlich müssen wir uns der Kolonialgeschichte stellen. Was ist in den letzten 30 Jahren, aus deutscher Sicht, passiert? Warum wurde Mubarak unterstützt? Beim Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten habe ich vermisst, dass wir dafür gerade stehen und sagen: Einen Teil der Verantwortung für die heutige Situation und das Beziehungsgeflecht vor Ort tragen auch wir. Man kann Ägypten nicht denken, ohne die Erfahrungen der Kolonialzeit mit den Engländern und die Gewaltherrschaft der USA miteinzubeziehen. Dafür ist ein postkoloniales Verständnis nötig. Meine Grundannahme ist, dass die Zeit reif ist, dass wir einander auf Augenhöhe begegnen. Neue Augen, neugeborene Augen, wie mein Kollege und Mitstreiter Eric Poettschacher das nennt, sind vonnöten. Im Mythos heilt Isis das Auge des Horus, das im Kampf mit Seth ausgestochen wird. In der Revolution verloren viele junge Aktivistinnen ein Auge durch Gummigeschosse, Steine und Tränengasgranaten. Viele Graffiti-Bilder in Downtown Kairo zeugen davon. Bei einer Begegnungsmöglichkeit wie dem Yalla-Projekt findet immer auch ein „Projektionsfestival“ statt, schnell werden in die anderen Dinge hineinprojiziert. An diesem Problem kann man jedoch arbeiten und daran wachsen. Deshalb nahmen explizit 10 junge Führungskräfte aus Ägypten und 10 junge Führungskräfte aus Deutschland daran teil. Diese Balance ist mir wichtig. Meine Grundarbeitsthese ist: „Wir können sehr viel von den

Die 4 Quadranten nach Ken Wilber

Ken Wilber, geb. 1949, studierte Biologie und Zen, bevor er sich der Philosophie verschrieb, um eine integrale Landkarte auf Basis des heutigen Wissens zu erstellen. Bei seiner Forschung stieß er auf 4 grundlegende Perspektiven, durch welche die Realität gesehen und dadurch erschaffen wird. Sie vereinen zahlreiche Wissenschaften und Kontemplationstraditionen in sich. Die vier Quadranten beziehen sich auf die großen Drei: Das Wahre, das Gute und das Schöne. Diese spiegeln die Es-, Wir- und Ich-Perspektive wieder. Wilber unterteilt dabei die Es-Perspektive in eine individuelle naturwissenschaftliche Perspektive und eine systemisch-kollektive Perspektive, welche die Gesellschaft und ihre Institutionen und Systeme untersucht. Die Ich-Perspektive umfasst die Individualität, die Ästhetik sowie den authentischen Selbstausdruck. Die Wir-Perspektive beschreibt die Werte und Moral, die wir als Gemeinschaft in Form von Normen, Ethik und Rechten teilen. In der Es-Perspektive geht es um das „objektivierte“ Wahre, das durch Daten, Fakten und empirische Experimente ermittelt wird. Bei Wilbers Modell gibt es zusätzlich eine systemische Es-Perspektive, welche die Institutionen einer Gesellschaft wie Wirtschafts-, Politik-, oder Bildungssystem beschreibt.

Wilber argumentiert, dass diese grundlegenden Perspektiven immer mitgedacht werden müssen, will man die Welt nicht eindimensional und damit reduktionistisch betrachten und gestalten. (vgl. <http://integralesleben.org/home/il-integrales-leben/grundlagen-des-integralen/quadranten/>)

Ägyptern lernen, z.B. was Gemeinschaft angeht, aber auch die ägyptischen Teilnehmer können sehr viel von uns lernen.“ Das sind Zukunftsimpulse, durch die Dreigliederung lebendig wird.

Adrian Wagner: Wenn Sie von der Zukunft sprechen, wie könnte es weiter gehen?

Mathias Ruff: Da gibt es zwei Aspekte. Die Zeit ist reif, dass wir uns den großen gesellschaftlichen Fragen und Problemfeldern stellen und deshalb bin ich glücklich, dass es gelungen ist, die Schnittstelle zum Auswärtigen Amt als Institution herzustellen. Die Humboldt-Viadrina School of Governance war dabei eine gute Plattform, weil dort angemessen mit neuen Ideen umgegangen wird. Wir müssen aus der Ecke der Subkulturen herauszukommen und uns einmischen in die zentralen Fragen von heute. Anwendungswissen für das 21. Jahrhundert wird wirklich gebraucht.

Die wirklich wichtigen Fragen in dieser Krise müssen angegangen, Lösungen sollten aufgezeigt und umgesetzt werden. Momentan besteht großes Interesse daran, das Projekt fortzuführen. In unserem Team wird mit heißen Nadeln an „follow ups“ gearbeitet, an möglichen Lösungen und deren Umsetzung in Bereichen wie Good Governance, Banking, Education, Konfliktmanagement...

Adrian Wagner: Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg!

Matthias Ruff

ist bildender Künstler. Kunst- und Theoriestudium an der Universität der Künste Berlin. Yogalehrer, BDY (Ausbildung bei Imogen Dalmann und Martin Soder, Berliner Yoga Zentrum), Zen-Praxis bei Willigis Jäger (Ko-un-Roshi). Seit 1995 Beschäftigung mit Integraler Theorie und Praxis. Hospitantz bei Joachim Galuska in den Heiligenfelder Kliniken und mehrere Aufenthalte im Dürckheim-Zentrum in Todtmoos/Rütte. Leitung des Forums für Integrale Theorie und Praxis Berlin (vgl. <http://www.integralesforum-berlin.de>, dort auch weitere Informationen).

Adrian Wagner

ist Sozialpädagoge und Spiral Dynamics Trainer, arbeitet freiberuflich als Journalist im anthroposophischen Bereich und als Trainer für die Freiwilligendienste der Caritas Freiburg und des Roten Kreuzes im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung. Für das „EntwicklungsLab Freiburg“, welches zum Ziel hat, eine integrale, persönliche Entwicklungspraxis für Interessierte zu gestalten, ist er als Sprecher tätig.

Bewusster Umgang mit Not und Zerstörung

Michaela Glöckler

Wie kann man mit der Zerstörung der Umwelt umgehen, gerade wenn man sich vielen Erscheinungen gegenüber machtlos fühlt?

Diese Frage gehört sicher zu den quälendsten der gegenwärtigen Zeit. Man kann es irgendwie nicht fassen, dass die Zerstörung unaufhaltsam fortschreitet, die Mehrzahl der Menschen es wahrnimmt und darunter leidet und doch keine Lobby da ist, die stark genug wäre, weltweit zum Umdenken aufzurufen.

*Welchen Einfluss hat heute noch die Vereinigung von Wissenschaftlern aus aller Welt, die sich im **Club of Rome**¹ zusammengeschlossen haben?*

Wie bewegend war seinerzeit die Veröffentlichung des Buches „Grenzen des Wachstums“! Die Zeitungen brachten begeisterte und ernste Kommentare und es ging so etwas wie Hoffnung durch die zivilisierte Welt.

Inzwischen ist das nahezu abgeebbt. Dennoch: Es gibt Organisationen, die auf diesem Gebiet viel Gutes tun. Sie versuchen, die Bevölkerung und die Regierungen wach zu machen für das, was geschieht. So gibt es die Möglichkeit, Organisationen wie diese moralisch und materiell zu unterstützen, damit sie für uns direkt an diesem Thema arbeiten können.

Man kann selbst auch bei vielen kleinen Gelegenheiten dazu beitragen, dass beim Einkauf von Produkten und bei der Entsorgung eine ökologische Gesinnung zum Tragen kommt, indem man z.B. im Bekanntenkreis darüber spricht.

Heutige Situation als nötigen Schritt sehen

Neben diesen direkten Möglichkeiten gibt es aber auch die indirekte Arbeit: Man kann sich fragen, wieso die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik in den letzten Jahrhunderten diese Richtung nehmen konnte. Dann bemerkt man sogleich, dass die Situation, die wir heute erleben, im Kontext der Menschheitsentwicklung ihren wichtigen Platz hat. Denn wenn es um der Freiheit willen für den Menschen notwendig war, sich von der geistigen

¹ Der *Club of Rome* ist eine nichtkommerzielle Organisation, die einen globalen Gedankenaustausch zu verschiedenen internationalen politischen Fragen betreibt. Mit dem 1972 veröffentlichten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ erlangte er große weltweite Beachtung. Die 1968 in Rom gegründete Organisation hatte ihren Sitz 40 Jahre lang in Hamburg und verlegte ihn am 1. Juli 2008 nach Winterthur (vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Club_of_Rome).

Welt zu emanzipieren, um eine ganz auf sich selbst gestellte Persönlichkeit zu werden, so muss er auch durch diese Phase gehen, in der die materialistische Weltanschauung ihn so gefangen nimmt, dass er dadurch seine geistige Verbindung mit der Natur und der Erde verliert und ihnen gegenüber verantwortungslos handelt.

Der Mensch hat nur zwei Möglichkeiten, zu Erkenntnissen zu kommen:

- durch Interesse und freiwilliges Lernen
- oder aber durch persönliche Erfahrung und Leid.

Für viele Menschen muss das Leid erst noch größer werden - sie müssen es selbst am eigenen Leib erleben, was die Auswirkungen ihres Denkens und Verhaltens sind, damit sie aufwachen und etwas dagegen zu unternehmen beginnen.

Keim für zukünftige Entwicklung

Die Anthroposophie erzieht zu einer Mitarbeit am Kulturprozess, der heilend ist. Wir haben nicht die Aufgabe, kämpferisch und demagogisch gegen den Materialismus zu Felde zu ziehen - weil wir seine Mission verstehen und sie daher auch bejahen und tolerieren können. Es würde auch unnötige Zeit und Kraft kosten, wollte man sich dieser Weltanschauung kämpferisch entgegenwerfen, weil zu viele Menschen diese Erfahrung noch brauchen. Es ist jedoch immer möglich, selbst konsequent den Weg zu gehen, den man für richtig ansieht, und damit so etwas wie den Keim einer neuen Zivilisation zu bilden, der anfangs noch unscheinbar aussieht, aber in späteren Jahrhunderten die Welt erobern wird - einfach weil es anders nicht weitergehen kann.

So denke ich, dass es am wichtigsten ist, sich täglich in Gedanken und Gefühlen weltweit mit all den Menschen und Initiativen zu verbinden und in Zusammenhang zu fühlen, die an einer für Mensch und Erde heilsamen Zivilisation arbeiten wollen. Tut man das, spürt man die tragenden Kräfte, die bei aller Zerstörung und allem Chaos immer auch am Werk sind.

Es ist hilfreich, sich in diesem Zusammenhang mit der Apokalypse des Johannes zu beschäftigen, in der ja auch viel Furchtbares geschildert wird. Gleichzeitig ist das ganze Buch eine Vorbereitung auf das Kommen eines neuen Himmels und einer neuen Erde. So wird dort neben allem Apokalyptisch-Schrecklichen gesagt: *„Denn der Vatergott hat ihren Herzen einen Willen eingepflanzt, nach dem sie zuletzt doch in SEINEM Sinne handeln müssen. So dienen sie diesem einen Sinne auch, indem sie ihr Reich in den Dienst des Tieres stellen, bis die Ziele der Worte Gottes erfüllt sein werden.“*²

Wir brauchen beides, um in positivem Sinn an der Menschheitsentwicklung beteiligt sein zu können:

- Das Verständnis dafür, dass das Böse und damit auch die materialistischen Abirrungen von Gott um der Freiheit und Würde des Menschen willen zugelassen werden.
- Das freiwillige Engagement möglichst vieler Menschen, die von ihrer Freiheit Gebrauch machen, um das Gute zu tun.

Wir müssen uns gegenseitig helfen, den Mut nicht zu verlieren, sondern den von Christus gewiesenen Weg kraftvoll und konsequent zu gehen. Je mehr wir uns als Ich-Wesen denken und das Ideal unseres Werdens immer wesenhafter in uns empfinden lernen, desto stärker können wir auch erleben, wie uns die Christus-Wesenheit als Ideal unseres Menschenwesens entgegenkommt und wie durch das Pflegen dieser Gedanken eine echte spirituelle Gemeinschaft mit IHM entsteht.

Vgl. „Wie ist Entwicklung zur Selbständigkeit und Gemeinschaftsbildung vereinbar?“ aus: Michaela Glöckler: „Die Heilkraft der Religion. Erziehungsfragen - Spirituelle Gemeinschaftsbildung - Kultus. Verlag Urachhaus Stuttgart 1997

Dr. med. Michaela Glöckler,

1946 in Stuttgart geboren. Studium der Philosophie, Geschichte, Germanistik und Theologie in Freiburg und Heidelberg und der Medizin in Tübingen und Marburg - Fachärztliche Weiterbildung zur Kinder- und Jugendärztin am Gemeinschaftskrankenhaus in Herdecke und der Universitätsklinik in Bochum. Kinder- und waldorfschulärztliche Tätigkeit bis 1988. Danach Übernahme der Leitung der Medizinischen Sektion am Goetheanum in Dornach, Schweiz. Zahlreiche Publikationen und Vortragstätigkeit.

² Neues Testament, Offenbarung 17, 17-18.

Bewusstseins- und Energiewende gewünscht?

Eine weitere Polemik

Gaston Pfister

In „Sozialimpulse“ Nr. 4 (Dezember 2012, S. 35) bezweifelt Hans-Bernd Neumann, dass der Ausstieg aus der Atomenergie eine wirkliche Bewusstseinswende darstellt. Sehr zu Recht. Sein Plädoyer für Alternativenenergie kann begeistern. Dabei schildert der Autor, wie Bestrebungen autoritärer abgehobener Staatsmänner und Wirtschaftseliten seinem Wunsch nach einer echten Bewusstseinswende entgegenwirken. Handelt es sich dabei um eine wirklichkeitsgetreue Darstellung, und wenn ja, warum hantieren diese bösen Herren (Damen?) noch an den Hebeln der Macht? Leben wir denn nicht in einer Demokratie?

Ja, wir leben in einer Demokratie, auch wenn sie, je nach Land, mehr oder weniger ausgeprägt ist. Das Problem sind also nicht nur die gewählten „Oberen“, sondern auch die Mehrzahl der lieben Bürger und Bürgerinnen, die sie wählen. Für beide gilt, dass sich ihr Streben zu oft - lange bevor sie an so schönen Themen wie Frieden, Menschlichkeit, Lebensqualität und derlei mehr denken - nach dem augenscheinlich obersten aller Gebote richtet: mit Geld mühelos Geld zu verdienen - das scheint heute Ziel, Pflicht, Kompass und Aufgabe des sogenannten freien Menschen zu sein. Andere Bedürfnisse reihen sich mit Abstand erst an dritter oder vierter Stelle ein: Wie ein neuer „Contrat Social“ nahm die neue „pekuniäre Sittsamkeit“ zunehmend religiöse Züge an und überlagerte weltweit sämtliche Lebensbereiche, so auch die ursprüngliche Idee einer menschlichen demokratischen Gesellschaft.

Als diese Idee im 15. Jahrhundert in Europa entstand, bürgerte sich das altrömische Recht gerade so richtig ein. Wie der Erfolgsautor David Graeber in seinem lesenswerten Werk „Schulden“¹ ausführt, hatte sich dieses Recht damals dramatisch verändert (Zit. S. 214): „Wie überall in der antiken Welt bedeutete ‚frei‘ zu sein zuallererst kein Sklave zu sein. Da Sklaverei vor allem die Auslöschung sozialer Bindungen bedeutet sowie der Fähigkeit, solche Bindungen aufzubauen, stand Freiheit für die Fähigkeit, mit anderen moralische Bindungen einzugehen und aufrechtzuerhalten.“ Nach dieser Leseart standen somit bei den alten Römern Freiheit und Gemeinsinn in einem innigen sozialen Zusammenhang (selbstverständlich unter Ausklammerung des damaligen Sklavenheeres). In der Renaissance empfand man

¹ Die Originalausgabe erschien unter dem Titel „Debt. The first 5.000 Years“ im Verlag Melville House, New York, May 2011. Deutsche Ausgabe bei Klett-Cotta: David Graeber „Schulden Die ersten 5.000 Jahre“, 535 Seiten (ISBN 978-3-608-94767-0).

Freiheit bereits als etwas Willkürlicheres: Das lästige kirchliche Zinsverbot fing zu wackeln an und das ermutigte, zu neuen Ufern aufzubrechen. Columbus wusste wohin.

Befremdliches Recht

Im Laufe von Jahrhunderten der Individualisierung definierten Juristen Freiheit zunehmend nach egoistischeren Gesichtspunkten. Man fasste Geld nicht mehr als Rechtstitel² auf, sondern dank des Zinseszinses als ertragreichste aller Waren. In unseren Tagen versteht man darunter das „Vor-Recht“, im Rahmen des Gesetzes beliebig damit zu verfahren. Mit Aufkommen der Industrialisierung und Arbeitsteilung, spricht: mit der Anonymisierung anwachsender Geldmassen, Banken und Börsen sowie entsprechender „Fortbildung“ der Demokratie, entstanden so Gesetze, über die der deutsche Rechtswissenschaftler Rudolf von Ihering (1818 - 1892) frühzeitig ernste Bedenken äußerte: „Recht versucht, der Gewalt und dem Unrecht mit Mitteln zu begegnen, die in einer vernünftigen Welt dereinst als ebenso befremdlich wie schändlich gelten werden“.³

Reich und Arm finden diesen Demokratiekapitalismus offenbar gleichermaßen in Ordnung, finden es nicht nötig, ihn zu reflektieren. Denn diese Praxis wird sogar vom ärmsten Schlucker praktiziert, dem unverhofft ein Lottogewinn in den Schoß fällt. Eilt er nicht mit dem Zuviel zur Bank, lässt sich beraten und legt den Segen möglichst vorteilhaft an? Zwar beneidete oder schimpfte er bis dato auf die Kapitalisten, lässt aber jetzt bedenkenlos Geld für sich „arbeiten“. So wie sich das gehört. Kein Kleinsparer oder Ethikverein, keine grüne oder linke Parteikasse oder gar der Vatikan, verzichten auf preistreibendes Zinseszinsesinkommen. Längst produziert auch kleinbürgerliches Kleinvieh Mist: Börsenberichte vor der abendlichen Tagesschau sprechen von wachsenden Haufen, damit der Veitstanz neue Runden drehen kann. Im Auftrag ihrer Wähler finden Politiker denn auch keine Zeit mehr für nebensächliche Zänkereien dieser Art: Wer möchte denn schon ins finstere Mittelalter zurückfallen? Stattdessen düsen die „Mächtigen“ in operativer Hektik immer schneller um die Welt, um die neuzeitliche Ethik weiter zu optimieren.

² Geld ist „das Mittel, um gemeinsame Wirtschaft zu führen. Stellen Sie sich nur einmal die ganze Funktion des Geldes vor. Sie besteht darinnen, dass ich einfach für dasjenige, was ich selber arbeite, Anweisung habe auf irgendetwas anderes, was ein anderer arbeitet. Und sobald Geld etwas anderes ist als diese Anweisung, ist es unberechtigt im sozialen Organismus“ (Rudolf Steiner GA 329, Vortrag 2.4.1919).

³ Von Ihering: „Das Leben des Rechts ist ein Kampf - ein Kampf der Völker, der Staatsmacht, der Klassen und Individuen. In der Tat hat das Recht eine Bedeutung nur als Ausdruck von Konflikten und es stellt die Anstrengungen der Menschheit dar, sich selbst zu zähmen. Aber leider hat das Recht versucht, der Gewalt und dem Unrecht mit Mitteln zu begegnen, die in einer vernünftigen Welt dereinst als ebenso befremdlich wie schändlich gelten werden. Denn das Recht hat niemals wirklich versucht, die Konflikte der Gesellschaft zu lösen, sondern nur sie zu lindern, indem es Regeln niederlegte, nach welchen sie ausgefochten werden sollen.“ Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_von_Ihering

Demokratie querbeet und pur: Bedenkenlos und selbstverständlich wettet man, lässt Computer und Banken spekulieren und freut sich über den in den Schoß fallenden Ertrag dieses so lieben, fleißigen Geldes. Leben in dessen Anbetung lohnt sich allemal: Die deutschen Bundesbürger könnten mittlerweile die gesamte EU entschulden. Fingen sie nicht bereits damit an? Ihr Vermögen stapelt sich mittlerweile so hoch wie die Staatsschulden aller 27 Mitgliedsländer zusammen.⁴ Was machen die Banken? Sie helfen netterweise dabei. Stehen zu Diensten. Keinem Politiker käme es in den Sinn, dagegen zu wettern. Im Gegenteil: Ist das Pulver verschossen, winken happige Zuwendungen.

Und die Wirtschaftseliten? Die sind nicht böse, sondern im globalen Geschäft bloß weiter vorangekommen. Offenbar freier und schlauer, verdienen diese Leute demokratisch und höchst legal mehr mit ihren Finanzpraktiken, weil sie Grauzonen und Kniffe beherrschen. Ein bewährtes Erfolgsrezept stellt dabei die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung realer Verluste dar, ganz nach neubiblischem Ethos: „Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe. Wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.“ (Matthäus 13, 12).

Atomindustrie als Beispiel

Als Ross und Reiter solchen Vorbeischrammens am natürlichen menschlichen Rechtsempfinden gebärdet sich beispielsweise die Atomindustrie mitsamt ihren AktionärInnen: Gewinne und Dividenden sackt man ein, Risiken plus Endlagerung wälzt man elegant auf Allgemeinheit und künftige Generationen ab. Das muss so sein, denn bekanntlich wagt keine Versicherung die Kosten für einen GAU (größten anzunehmenden Unfall) zu übernehmen. Parlamente legten darum Höchstgrenzen fest. So decken die Haftpflichtversicherung und Deckungsvorsorge aller vier deutschen AKW-Betreiber zusammen lediglich 2,5 Milliarden Euro ab. Die betreffende Summe für die Schweiz beträgt 1,8 Milliarden Franken (1,5 Milliarden EUR.). Alles was im Ernstfall darüber hinaus explodiert⁵, darf der Steuerzahler hinblättern. Warum sind Versicherungen so knauserig?

Weil sie die Fähigkeit eines Viertklässlers beherrschen, nämlich zu rechnen. Man stelle sich nur vor, dass im Sommer, bei einer Atomkatastrophe an der Aare oder am Rhein, keine Unmengen an nordpolkalem Pazifikwasser, wie bei Fukushima, zum Notkühlen der Giftbrühe vorhanden sind. Abgesehen von einer Strahlenvergiftung der kleinen Schweiz könnte eine Grundwasserkontamination von Basel bis Rotterdam beachtliche Teile Westeuropas Generationen lang in die Unbedeutsamkeit versinken lassen. Steuerzahler (wer denn sonst?)

4 Die Welt 15.02.2012.

5 Kraftwerksbetreiber Tepco bezifferte kürzlich die Schadenssumme auf 100 Milliarden Euro, die japanische Regierung rechnete 2011 schon mit 200 - 300 Milliarden (Telepolis 28.03.2011). Man kann sich leicht vorstellen, was nach üblichen Gepflogenheiten noch nicht betrachtet wurde und was die Zukunft noch an „ungeahnten“ Überraschungen bringt.

müssten unvorstellbare Summen für die Behebung von Schadensfolgen einer menschlichen und wirtschaftlichen Großkatastrophe aufbringen. Für private Versicherungsunternehmen wäre das ein klarer Suizid. Wie die notorisch unvollständige „Chronique Scandaleuse“ weltweiter Atompannen beweist, sind externe (volkswirtschaftliche) Kosten höchst real. Man frage die Japaner.

Doch auch dort bewirkte die jüngste Großkatastrophe offenbar keine wirkliche Bewusstseinswende. Mittlerweile besinnen demokratisch führende Nipponesen sich wieder auf das „bewährte“ Seinsverständnis: Weiterhin sollen externe Kosten ausgelagert, alternative Energieformen profitwissenschaftlich angeschwärzt, ausrangiert, als zweit- oder dritrangig abgeschoben werden. Einfacher Grund: Märkte und Investoren scheffeln so profitabler. Andernfalls könnten sie ja (infolge dezentraler Konfiguration) kaum noch Macht und Einfluss ausüben. Das mögen „Märkte“ und Ratingagenturen nicht. Darum stellt Atomenergie unter der Prämisse einer realen Kostenrechnung mit einem Energiepreis von 3 - 5 Euro pro Kilowattstunde die teuerste Energie aller Zeiten dar (Endlagerung für die ersten 25.000 Jahre nicht eingerechnet).

Bevormundung, Knechtung, Gefährdung und Irreführung der Bevölkerung gab es immer, doch erst im Zeitalter der Menschenrechte brachte der demokratische Einheitsstaat es paradoxerweise fertig, diese auf breiter Front zu legalisieren. Diese Verantwortungslosigkeit entstammt in ihren wirtschaftlichen Ursprüngen insbesondere einem Weltteil, in dem Pragmatismus von jeher mit Großbuchstaben geschrieben und global aufoktroziert wird. Wurde dort nicht auch die gegenwärtige Kultur- und Finanzkrise losgetreten? In den Sechzigerjahren sickerten Heilsbotschaften wie das Price-Anderson-Gesetz, das Versicherungsgarantien der Regierung vorsieht, nach Westeuropa durch. In den Pariser Konventionen vom 29.02.1960 und dem Brüsseler Abkommen vom 31.01.1963 feierte man eine strahlende gemeinsame Zukunft. Neuerdings wird für die volkswirtschaftliche Buchhaltung des „World Leaders“ sichtbar, wohin diese Reise führt.

Ach, das altmodische Europa! Vor einem halben Jahrhundert gab es dort noch Obrigkeiten, die ganzheitlich und real dachten, sich dabei volkswirtschaftlichen Kernwahrheiten verpflichtet fühlten. Aus der Botschaft des Schweizer Bundesrates vom 8. Dezember 1958 (Bundesblatt 110, Jahrgang Nr. 50) geht hervor, dass zunächst ein Gesetzentwurf mit unbeschränkter Haftung zur Vernehmlassung unterbreitet wurde. Der stieß damals schon auf geschlossene Opposition. Wir lesen (Seite 1533): „Es wurde erklärt, dass eine solche Gesetzesvorlage die Entwicklung der Atomwirtschaft in der Schweiz ernsthaft gefährde. Die Schweizerische Bankervereinigung schrieb zum Beispiel, es sei mit Sicherheit damit zu rechnen, dass das Publikum sich nicht bereit finden werde, die Risiken der Kapitalbeteiligung zu übernehmen. Von Seiten der Elektrizitätswirtschaft wurde betont, dass es diesen bei unbeschränkter Haftung ganz unmöglich wäre, mit dem Bau von

Atomanlagen zu beginnen. Im gleichen Sinne nahm auch die Maschinenindustrie Stellung.“ Hätte man damals verantwortungsbewusst gehandelt und in die Forschung unbedenklicher, regenerativer Stromerzeugung investiert, sähe die Welt ein wenig unbedenklicher aus...

Im gleichen Jahr beriet das Schweizer Parlament das Atomgesetz. Und es kam, wie es kommen musste: Während im Alpenland für sämtliche natürlichen und juristischen Personen, im Besonderen für alle potentiell gefährlichen Anlagen (zum Beispiel für Wasserkraftwerke und die Bundesbahn) eine unbeschränkte Gefährdungshaftung gilt, wurde diese für Atomanlagen beschränkt.⁶ Man kann den damaligen Politikern vielleicht zugute halten, noch keine besondere Spürnase für eine Sicherheit entwickelt zu haben, die es in Wirklichkeit nicht geben kann. Den gewaltigen Atom-GAU im russischen Majak, zwei Jahre davor, hielten die Kommunisten bis 1989 ja noch geheim.

Epidemische Gedankenlosigkeit

Dieses Beispiel nur zur Illustration, dass gegenwärtig noch immer, tagein und tagaus, höchst demokratisch oder direktdemokratisch, zuoberst, zuallererst und allgemein nach den Prämissen höchstmöglicher Kapitalrenditen medial orchestriert gedacht, wissenschaftlich geforscht, geschwätzt, genehmigt, verurteilt, kurzum: gehandelt wird. Im Großen wie im Kleinen. Von Staatsmännern und Wirtschaftseliten, Parteien, Kirchen und Verbänden, von Hinz und Kunz, Herrn Müller oder Frau Meier mit ihren Aktien, Anlagen, Fonds und vermeintlichen Sicherheiten. Die Damen und Herren peitschen, jagen und gefallen sich in ihrer Rolle von Sklaven und Sklaventreibern in Personalunion. Darum wird alles Reden von Ver menschlichung unserer Gesellschaft so lange nichts Grundlegendes bewirken, als nicht nur Staatsmänner (-frauen) und Wirtschaftseliten unrechtmäßigen Vorstellungen nachhängen. Menschliches Denken erkennt sich in sämtlichen Lebensbereichen nicht mehr als das Bedingende wieder - es lässt sich vielmehr von schiefgewachsenen Tatsachen kneten und knechten. Hannah Arendt charakterisierte einmal die Anfänge einer solchen epidemischen Gedankenlosigkeit als das „radikal Böse“.

Keine Alternativen? Doch, die gibt es. Sogar erfreuliche. Man will aber kaum von einer Radikalisierung der Demokratie ohne hausgemachte Sachzwänge hören bzw. auf ein zeitgemäßes Rechtsempfinden, das das Geistesleben in die Autonomie und Freiheit entlässt, das Wirtschaftsleben ausgliedert und zu bedürfnisorientierten Assoziationen ermutigt. Die Dreigliederungsidee zeigt reale Wege auf, wie man einer Zukunft auf die Spur kommen kann, in der sich mit solcherart gezähmtem Geld global nachhaltiger, besser und in Wohlstand leben ließe. Man mag

⁶ Bundesgesetz über die friedliche Verwendung von Atomenergie und den Strahlenschutz vom 23. Dezember 1959 (Art. 21 Abs. 6). Sie wurde anfänglich auf 40 Mio. (Art. 12 Abs. 2), in Oktober 1977 auf 200 Millionen Franken festgelegt.

jedoch nicht daran denken: „Nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Lieber schluckt man Pillen, fingert pausenlos auf Kästchen herum, um Viertelsinformationen abzurufen, schuffet sich in den Burnout, als eine Arbeitswoche von bloß 2-3 Tagen, kurzum Lebensmut und Lebensfreude durch freie Gedanken und Taten zu riskieren. Sapere aude! (Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!) Man kann Geld zähmen, sodass es den Menschen dient, anstatt sie zu versklaven.⁷

Gaston Pfister,

geb. 1945, ist Geschäftsführer eines Dienstleistungsunternehmens für Informationslogistik und Technische Dokumentation in Arbon (Schweiz) und außerdem publizistisch tätig. Website: <http://www.pfister-info.ch>

⁷ Siehe www.gemeinsinn.net

Initiativen und Termine

Fracking stoppen: Keine Chemie ins Grundwasser!

**Christoph Bautz und
Felix Kolb für campact**

Fracking - wo immer in Deutschland mit dieser Technologie Erdgas gefördert werden soll, bricht ein Proteststurm los. Aus gutem Grund: Um an das Gas zu gelangen, pressen Konzerne wie BASF und ExxonMobil einen hochgiftigen Chemie-Cocktail unter hohem Druck in den Boden. Das Gestein im Untergrund wird aufgesprengt und gibt so das eingeschlossene Erdgas frei. Diese Fördermethode gefährdet unser Grundwasser und kann Erdbeben auslösen. Solange die Risiken nicht ausgeschlossen sind, muss Fracking verboten werden.

Stattdessen will die Bundesregierung dieser Hochrisiko-Technologie jetzt mit einem Gesetz den Weg ebnen. Doch dafür benötigt sie die Zustimmung der Länder im Bundesrat. Schleswig-Holstein und Bayern haben sich bereits gegen die Regierungspläne ausgesprochen. Andere Länder äußern sich eher zustimmend. Jetzt kommt es auf uns BürgerInnen an: Wir müssen von den MinisterpräsidentInnen ein Verbot von Fracking verlangen. Wenn 100.000 Menschen die Forderung unterstützen, wollen wir den Appell als Anzeige in bundesweiten Tageszeitungen veröffentlichen.

In den USA wird Fracking bereits großflächig zur Gewinnung von Schiefergas eingesetzt. Und auch dort ist die risikoreiche Fördermethode hoch umstritten. Um das Gas aus Schieferformation, Kohleflözen und Sandsteinlagerstätten fördern zu können, wird das Gestein mit hohem Wasserdruck aufgebrochen (gefrackt). Die entstehenden Risse werden mit eingepumptem Sand offen gehalten, sodass Gas abgepumpt werden kann.

Damit dies funktioniert, kommt ein hochgiftiger Chemie-Cocktail zum Einsatz: Biozide verhindern, dass Bakterien die Risse zuschleimen. Andere Chemikalien sorgen dafür, dass der eingespülte Sand sich nicht absetzt und das Gas leichter strömt. Es besteht die Gefahr, dass die Chemikalien über Risse ins Grundwasser gelangen und bis in unser Trinkwasser gespült werden. Zudem fallen beim Fracking große

Mengen Abwasser an, die mit radioaktiven Substanzen und Schwermetallen belastet sein können.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz schützt uns nicht vor diesen Gefahren. Es verbietet zwar Fracking in Trinkwasserschutzgebieten - aber Grundwasserströme machen an deren Grenzen nicht einfach halt. Zudem könnte auf weit über 80 Prozent der Landesfläche die Risikotechnologie weiter eingesetzt werden. Dafür reicht eine Umweltverträglichkeitsprüfung: Die ist aber ein zahnlöser Tiger, solange Studien zu den Langzeitfolgen und Risiken von Fracking fehlen. Wir brauchen Ihre Hilfe, damit Fracking jetzt verboten wird:

Fordern Sie ein Verbot von Fracking! Unterzeichnen Sie den Appell von campact: <https://www.campact.de/fracking/stoppen/teilnehmen/>

Aufruf: Volksentscheid – bundesweit!

Mehr Demokratie e.V.

Bei Themen wie Bankenrettung, Energiewende oder Familienpolitik wird die Meinung vieler von den Regierenden überhört. Statt souveräner Bürgerinnen und Bürger ziehen allzu oft Lobby-Verbände in Hinterzimmern die politischen Fäden. Deshalb gehört zur repräsentativen Demokratie ergänzend die direkte Demokratie. Daher fordern wir:

- Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide - auch auf Bundesebene,
- zwingend stattfindende Volksentscheide, wenn Kompetenzen auf die EU übertragen werden und das Grundgesetz geändert werden soll,
- Volksbegehren, mit denen verlangt werden kann, Gesetzentwürfe und Entscheidungen des Bundestages per Volksentscheid zu überprüfen.

Bitte unterstützen Sie unseren Aufruf!

Bitte unterschreiben Sie auf <https://www.mehr-demokratie.de/volksentscheid-aufruf.html>

Umfrage: 87 Prozent befürworten Einführung von Volksentscheiden

Laut einer Emnid-Umfrage für „Bild am Sonntag“ wollen 87 Prozent der BundesbürgerInnen direkt über kontroverse Fragen per Abstimmung entscheiden dürfen. Zu diesen Fragen zählen sie z.B. die Energiewende, den Mindestlohn, die Begrenzung von Managergehältern, EU-Erweiterung und Rentenkürzungen. (Quelle: <http://www.mehr-demokratie.de>)

Wasser ist ein Menschenrecht

Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware! Eine europäische Bürgerinitiative fordert die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlages auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen.

Die Initiative protestiert gegen die von der EU angestrebte Liberalisierung der Wasserwirtschaft. Die Anzahl von Unterzeichnern war sprunghaft angestiegen, nachdem die Europäische Kommission einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, der öffentlichen Behörden das Recht gibt, das Betreiben von öffentlichen Versorgungsanlagen privaten Firmen zu überlassen, unter anderem auch die Wasserversorgung („Richtlinie zu Konzessionen“).

Am 9. Februar hat die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht“ als erste EBI über eine Million Unterschriften sammeln können. Diese Grenze musste erreicht werden, damit sich die EU-Kommission mit dem Thema befasst und eine Gesetzesinitiative abwägt, wie im Lissabon-Vertrag festgelegt.

Die hinter der EU-Bürgerinitiative „Right 2 Water“ stehenden Verantwortlichen setzten sich daraufhin ein neues Ziel: Zwei Millionen Unterschriften! Auf der Website www.right2water.eu/de kann man sich weiter informieren und unterzeichnen.

(Quelle: Omnibus für direkte Demokratie, Newsletter Februar 2013)

EU-Bürgerinitiative zeigt erste Wirkung

Die breite Unterstützung für die Initiative scheint auch die EU-Kommission nicht kalt zu lassen: Inzwischen gab der EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier bekannt, dass die EU-Kommission bezüglich der öffentlichen Wasserversorgung weniger Stadtwerke zu europaweiten Ausschreibungen verpflichten will. So soll die Wasserversorgung immer nur dann ausgeschrieben werden, wenn ein Stadtwerk nicht mindestens 80 Prozent seines Umsatzes in der Heimatkommune macht. Bedingung dafür sei jedoch eine strikte „buchhalterische“ Trennung der Wasserversorgung von anderen Sparten wie beispielsweise Strom.

„Dass die EU-Kommission in Sachen Liberalisierung der Wassermärkte nun zurückrudert, ist auch auf den öffentlichen Widerstand und die laufende Europäische Bürgerinitiative für ein Recht auf Wasser zurückzuführen“, so Mehr-Demokratie-Bundestandessprecher Michael Efler. Es macht also Sinn,

den Druck weiter zu verstärken, um wirklich substanzielle Zugeständnisse zu erreichen.

Im Zuge der EBI häuften sich in den letzten Wochen vor allem in Deutschland und Österreich die kritischen Stimmen gegen die von der EU angestrebte Liberalisierung der Wasserwirtschaft - sowohl von Seiten der Bürgerinnen und Bürger als auch von Seiten der Gemeinden. „Langfristig sollten nach Ansicht von Mehr Demokratie verbindliche direkt-demokratische Instrumente auch auf EU-Ebene eingeführt werden: Erfolgreiche Initiativen sollten nicht nur von Parlament und Kommission behandelt werden, sondern mit einer weiteren Unterschriftensammlung auch bindende Volksentscheide auslösen können.“

(Quelle: www.demokratie.e.v.)

Europäische Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen registriert

Zur Freude der Initiatoren hat die Europäische Kommission die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zum Bedingungslosen Grundeinkommen im zweiten Anlauf am 14.1.2013 nun doch registriert, nachdem sie den ersten Antrag im September 2012 zurückgewiesen hatte. Eine Umformulierung in Ziel und Gegenstand der EBI ermöglichte die Registrierung. Ein Bürgerkomitee mit über 50 Personen aus 15 Ländern hat die für die Europäische Bürgerinitiative notwendige Vorarbeit geleistet. Ihm gehören auch Mitglieder des Netzwerkrats des Netzwerks Grundeinkommen an.

Ziel der Bürgerinitiative ist es, das Bedingungslose Grundeinkommen auf europäischer Ebene breit zu diskutieren, um es schließlich einzuführen. Konkret soll erreicht werden, dass die Kommission die ihr gemäß Artikel 156 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzt, um die Kooperation zwischen den EU-Mitgliedsstaaten mit dem Ziel zu fördern, das Grundeinkommen als Mittel zur Verbesserung der nationalen Sozialsysteme zu prüfen. Hintergrund dieser Forderung ist die Tatsache, dass die Zuständigkeit für soziale Fragen bei den Mitgliedsstaaten liegt. Der Wortlaut der Europäischen Bürgerinitiative und des dazugehörigen Anhangs kann auf der Website der EU-Kommission - derzeit allerdings nur in Englisch - nachgelesen werden.

Inzwischen steht auch ein europaweites Online-System zur Sammlung der Unterschriften zur Verfügung. Derzeit wird der Start der einjährigen Kampagne intensiv vorbereitet, die in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Rückfragen sind möglich an den Vertreter des Bürgerausschusses Klaus Sambor, +43 664 73437308, klaus.sambor@aon.at, bzw. an seinen Stellvertreter Ronald Blaschke, blaschke@grundeinkommen.de

Quelle: <https://www.grundeinkommen.de/24/01/2013/europaeische-buergerinitiative-zum-bedingungslosen-grundeinkommen-angenommen.html>

Etappenziel: 100.000 Unterschriften bis 21. April!

Schweizer Initiative Grundeinkommen verstärkt Unterschriftensammlung

Am 14. März 2012 wurde die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ angemeldet. Nach erfolgreicher Registrierung konnte die Unterschriftensammlung am 11. April 2012 beginnen. Es geht um die folgende Änderung der Schweizer Bundesverfassung: „Art. 110 a (neu) Bedingungsloses Grundeinkommen - 1 Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. 2 Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. 3 Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.“

Bis Januar 2013 wurden bereits 75.368 Unterschriften gesammelt. Bis April sollen es 100.000 (und bis August 120.000) Unterschriften werden. Die Initiative hat ein großes Echo in der Öffentlichkeit gefunden und einen gesellschaftlichen Diskurs über Grundfragen der sozialen Entwicklung in Gang gebracht.

Die Unterschriftensammlung läuft bis 11. Oktober 2013. Die 100.000 sind dabei eine magische Zahl. Wenn ein Gesetzesvorschlag in der Schweiz diese Zahl an Unterstützern erreicht, muss über ihn abgestimmt werden. Das Parlament kann dann allenfalls einen Gegenvorschlag zur Abstimmung stellen, verhindern kann es den direkten Entscheid durch den Souverän nicht. Eine Hürde bildet bei Verfassungsänderungen das sogenannte „Ständemehr“, d.h. neben der Mehrheit der gültigen Stimmen („Volksmehr“) muss die Mehrheit der Kantone zustimmen.

Daniel Häni, Benjamin Hohlmann und Enno Schmidt schrieben daher zum Jahreswechsel: „2013 wird sich entscheiden, ob in der Schweiz genügend Menschen bereit sind, eine Volksinitiative für das bedingungslose Grundeinkommen zu erwirken. Erstmals steht die politische Flügeltüre des Grundeinkommens offen. Werden wir sie durchschreiten? [...] Das Unterschriftensammeln ist eine Dienstleistung. Es gibt wahrscheinlich mehr als 500.000 Menschen in der Schweiz, welche diese Volksinitiative unterschreiben. Das tun sie allerdings erst, wenn man sie fragt:

„Wollen Sie die eidgenössische Volksinitiative für das Grundeinkommen unterschreiben, damit es in 3-4 Jahren eine Volksabstimmung gibt über diese Idee?“

Wer das tut, befürwortet eine offene Debatte über die Rolle des Menschen in der Gesellschaft und über die Zukunft der Schweiz und darüber hinaus. Es gibt unterdessen einige Gruppen in verschiedenen Schweizer Städten, denen man sich anschließen kann, oder man gründet selber eine neue! Am ergiebigsten ist es, wenn man täglich sammelt, sei es auch nur eine halbe oder eine ganze Stunde.“

Wer mitmachen kann, findet weitere Informationen auf www.grundeinkommen.ch und www.generation-grundeinkommen.ch

Grundsteuer: Zeitgemäß!

Ein bundesweiter Aufruf für eine Grundsteuerreform

Ein wirtschaftlicher Umgang mit dem knappen Gut Fläche, die innerörtliche Aktivierung von Flächen für Wohnen und Gewerbe und die Ertüchtigung des Gebäudebestands sind dauerhafte Herausforderungen in und für die Städte und Gemeinden überall in Deutschland. Der Grundsteuer könnte hierbei eine Schlüsselrolle zukommen, indem sie mit ihrer Lenkungswirkung die Bewältigung dieser Herausforderungen künftig befördert. Für die Kommunen bundesweit wäre eine zeitgemäße, weil investitionsfreundliche, sozial ausgewogene und zukunftsgerichtete Grundsteuer von großer Bedeutung.

Wir, die Unterzeichnenden, appellieren daher an die Finanzministerkonferenz der Länder, die Untersuchung verschiedener Grundsteuer-Reformmodelle zu ergänzen um zwei Varianten, und zwar die „reine Bodenwertsteuer“ und die „kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer.“ Beide Varianten haben sich bereits in einem kommunalen Praxistest als vorzugswürdig herausgestellt.¹ Eine Entscheidung über die Reform der Grundsteuer darf erst getroffen werden, nachdem auch diese beiden Varianten verprobt und mit den Verprobungsergebnissen der anderen untersuchten Varianten verglichen wurden. Wir appellieren außerdem an die kommunalen Spitzenverbände, sich gemeinsam mit uns für eine umfassende Prüfung und Bewertung der zwei erwähnten Varianten einzusetzen.

Erstunterzeichner

Martin Finzel, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ahorn, Landkreis Coburg, und stellv. Vorsitzender

¹ Michael Lehmbruck und Diana Coulmas (2001), Grundsteuerreform im Praxistest: Verwaltungsvereinfachung, Belastungsänderung, Baulandmobilisierung. Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 33, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.

der Initiative Rodachtal | Anton Knapp, Bürgermeister der Stadt Hüfingen, Schwarzwald-Baar-Kreis | Walter Lampe, Bürgermeister der Samtgemeinde Oberharz, Landkreis Goslar | Jürgen Lübbers, Bürgermeister der Samtgemeinde Barnstorf, Landkreis Diepholz | Klaus Lütkefedder, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wallmerod, Westerwaldkreis | Boris Palmer, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen, Landkreis Tübingen | Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbund Deutschland e.V. | Prof. Dr. Dirk Löhr, Zentrum für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik am Umwelt-Campus Birkenfeld, Hochschule Trier

Hintergrund

Die Grundsteuer B (auf Bauland und bebautes Land) wird heute auf Basis von Einheitswerten erhoben, die auf die Jahre 1964 (West) und 1935 (Ost) zurückgehen. Niveau und Struktur der Werte sind damit gegenüber den Verkehrswerten und anderen Vermögenswerten so sehr veraltet und verzerrt, dass der Bundesfinanzhof sie für nicht mehr verfassungsgemäß hält. Auch weitere Inhalte des Grundsteuergesetzes gelten inzwischen als überholt. Eine zeitnahe Reform der Grundsteuer steht also an. Die Finanzministerien der Länder diskutieren und prüfen seit einiger Zeit drei unterschiedliche Modelle zur Reform der Grundsteuer: Eine Grundsteuer „auf der Basis von Verkehrswerten“, ermittelt anhand statistischer Verfahren; eine „vereinfachte“ Grundsteuer, welche Vermögenswerte völlig ausklammern und nur noch Flächengrößen besteuern würde; schließlich eine mögliche Kombination aus den beiden vorgenannten Modellen.

Alle drei Modelle sehen jedoch wie bisher die Besteuerung sowohl von Grund und Boden als auch der aufstehenden Gebäude vor („verbundene Bemessungsgrundlage“). Dies halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Die Besteuerung der Gebäude entmutigt Investitionen, befördert den Landschaftsverbrauch, gefährdet den sozialen Zusammenhalt, indem sie Mieter vergleichsweise stark belastet, und ist auch noch ausgesprochen verwaltungsaufwändig. Für sinnvoller und unbedingt näher prüfenswert erachten wir eine Grundsteuer mit unverbundener, nur an Grund und Boden anknüpfender Bemessungsgrundlage. Die dazu erforderlichen Rohdaten (Bodenrichtwerte und Grundstücksgrößen) wurden bereits für die Verprobung der drei bisherigen Modelle erhoben und können zeitnah und mit wenig Aufwand im Hinblick auf die beiden weiteren Varianten miteinander verknüpft werden.

Im Einzelnen sprechen - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der langfristigen Herausforderungen Klimaschutz, demografischer Wandel sowie Sicherung von Lebensqualität und kommunalen Finanzen - folgende Gründe für eine Grundsteuer mit unverbundener, nur an Grund und Boden anknüpfende Bemessungsgrundlage:

- Der Gebäudebestand ist größtenteils überaltert, sowohl energetisch als auch mit Blick auf den demographischen Wandel und veränderte Nutzerbedürfnisse. Bauten aller Art und allen Alters bedürfen innerhalb ihres Lebenszyklus wiederkehrender Erneuerung. Das spart Ressourcen, bewahrt und erhöht die Zukunftsfähigkeit der Gebäude und schafft und sichert Arbeitsplätze im örtlichen Handwerk.

- Knappe Flächen müssen effizient genutzt werden. Baulücken, Industriebrachen u.ä. sollen aktiviert und bevorzugt (wieder) bebaut werden. Land, das erschlossen und bebaubar ist, soll auch tatsächlich so, wie von der Gemeinde geplant, genutzt werden. Zusätzliche Wohnungen sollen bevorzugt zentrennah entstehen. Das alles stärkt die Ortskerne, bewahrt Natur und Landschaft vor weiterer unnötiger Zersiedlung, lastet die vorhandene Infrastruktur besser aus und schont die kommunalen Haushalte.

- Beides, die periodisch erforderlichen Bestandsinvestitionen wie die effiziente Flächennutzung sind Daueraufgaben und müssen für Eigentümer attraktiver werden. Eine Grundsteuer ohne Besteuerung der aufstehenden Gebäude würde zu Investitionen ermuntern. Bereits eine entsprechend ausgestaltete, wie derzeit angestrebt aufkommensneutrale Grundsteuerreform würde in diese Richtung wirken. Demgegenüber würde eine Grundsteuer, die auch Gebäude besteuert, Investitionen regelrecht bestrafen und staatlichen finanziellen Anreizen beispielsweise zur energetischen Modernisierung zuwiderlaufen.

- Eine unverbundene, nur an Grund und Boden als Bemessungsgrundlage anknüpfende Grundsteuer besteuert die Bodenrente der Grundeigentümer. Das ist verfassungsrechtlich unbedenklich. Die Bodenrente entsteht zu großen Teilen erst aufgrund von Investitionen der öffentlichen Hand und somit der Allgemeinheit. Durch die Kopplung von Kosten und Nutzen beachtet eine bodenwertbezogene Grundsteuer somit das Äquivalenzprinzip. Außerdem berücksichtigt sie in idealer Weise das Leistungsprinzip und stärkt im Marktgeschehen die Position der Mieter gegenüber den Vermietern.

- Der Verwaltungsaufwand zur Ermittlung und Erhebung der Grundsteuer muss sich in einem vertretbaren Rahmen halten. Jede Form der Gebäudebesteuerung, sei sie flächen- oder wertebasiert, erhöht den Aufwand (auch die Streit anfälligkeit) gegenüber einer rein bodenbasierten Besteuerung um ein Vielfaches. Ein Nebenziel der Grundsteuerreform - Verwaltungsvereinfachung - würde dadurch konterkariert.

Der vorstehende Aufruf entstand im Oktober 2012 aus einer mehrjährigen Projektpartnerschaft zwischen den erstunterzeichnenden Städten und Gemeinden und dem Naturschutzbund Deutschland e.V. im Rahmen des REFINA-Forschungsprogramms sowie in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dirk Löhr (Hochschule Trier). Er wurde am 13. Dezember 2012 veröffentlicht.

Unterstützer

Dr. Bernd Alscher, Bürgermeister, Verbandsgemeinde Birkenfeld, Kreis Birkenfeld | Horst Ansén, Bürgermeister, Gemeinde Ammersbek, Kreis Stormarn | Helga Blömer-Frerker, Bezirksbürgermeisterin Stadt Köln | Horst Burghardt, Bürgermeister Stadt Friedrichsdorf, Landkreis Hochtaunuskreis | Manfred Dörr, Bürgermeister, Stadt Deidesheim, Landkreis Bad Dürkheim, Erste cittaslow in Rheinland-Pfalz | Wilhelm Falldorf, Bürgermeister, Wagenfeld, Landkreis Diepholz | Heinrich Jüttner, Bürgermeister, Gemeinde Schöneiche bei Berlin, Landkreis Oder-Spree Auszeichnung bei TAT-Orte - Gemeinden im ökologischen Wettbewerb | Johann Kaiser, Bürgermeister, Gemeinde Straufhain, Landkreis Hildburghausen | Gerhard Loos, Bürgermeister, Verbandsgemeinde Westerburg, Westerwaldkreis | Erhard Meutsch, Bürgermeister, Gemeinde Brandscheid / Westerwald, Westerwaldkreis | Karl Meyer, Bürgermeister, Stadt Twistringen, Landkreis Diepholz | Willibald Meyer, Bürgermeister, Gemeinde Goldenstedt, Landkreis Vechta | Hermann Müller, Bürgermeister Ortsgemeinde Stackeden-Elshem, VG Nieder-Olm, Kreis Mainz-Bingen | Christof Nitz, Bürgermeister, Stadt Schopfheim, Landkreis Lörrach | Jochen Paleit, Bürgermeister, Gemeinde Kappel-Grafenhausen, Ortenaukreis | Martin Pfeiffer, Ortsbürgermeister Gemeinde Blaubach, VG Kusel, Landkreis Kusel | Reiner Pirrung, Bürgermeister, Gemeinde Spiesen-Elversberg, Kreis Neunkirchen | Dr. Hans-Georg Rips, Bürgermeister, Stadt Erfstadt, Rhein-Erft-Kreis | Friedrich Scheerer, Bürgermeister, Gemeinde Mönchweiler, Schwarzwald-Baar-Kreis | Ernst Schilling, Bürgermeister, Stadt Herbolzheim, Landkreis Emmendingen | Stefan Schlatterer, Oberbürgermeister, Stadt Emmendingen | Kathrin Schönberger, Bürgermeisterin, Gemeinde Hartheim am Rhein, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald | Jürgen Simon, Ortsbürgermeister Ortsgemeinde Winnen, VG Westerburg, Landkreis Westerwaldkreis, Leben im Dorf Initiative der VG Wallmerod | Klemens Stöckle, Bürgermeister, Gemeinde Iggingen, Ostalbkreis | Dr. Rainer Vogel, Bürgermeister, Gemeinde Woltersdorf, Landkreis Oder-Spree | Klaus Weil, Ortsbürgermeister, Gemeinde Pottum, Landkreis Westerwaldkreis | Robert Wein, Bürgermeister, Gemeinde Bischweiler, Landkreis Rastatt | Michael Wisser, Ortsbürgermeister, Ortsgemeinde Bellingen, VG-Westerburg Westerwaldkreis

Verbände:

Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. | Deutscher Mieterbund e.V. | Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V. | Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) Global Change Now e.V. | Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. | Neues Geld gemeinnützige GmbH | Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. | Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. | Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e.V. | vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Dazu kommen zahlreiche Einzelunterzeichner.

Kontakt

für Baden-Württemberg: Ulrich Narr, Universitätsstadt Tübingen, Friedrichstraße 21, 72072 Tübingen, ulrich.narr@tuebingen.de, Tel. 07071-204-1700 | **für Bayern und Thüringen:** Martin Finzel, Gemeinde Ahorn, Hauptstraße 40, 96482 Ahorn, finzel@ahorn.de, Tel. 09561-8141-44 | **für Niedersachsen:** Jürgen Lübbers, Samtgemeinde Barnstorf, Am Markt 4, 49406 Barnstorf, juergen.luebbers@barnstorf.de, Tel. 05442 809-24 | **für Rheinland-Pfalz:** Klaus Lütkefедder, Verbandsgemeinde Wallmerod, Gerichtsstraße 1, 56414 Wallmerod, k.luetkefедder@wallmerod.de, Tel. 06435-508-12 | **für die übrigen Bundesländer und allgemeine Anfragen:** info@grundsteuerreform.net oder Prof. Dr. Dirk Löhr, Zentrum für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik, Umwelt-Campus Birkenfeld, Postfach 1380, 55761 Birkenfeld, d.loehr@umwelt-campus.de, Mobil 0172-623 99 42 | Dr. Ulrich Kriese, Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), Charitéstraße 3, 10117 Berlin, ulrich.kriese@nabu.de, Mobil 0176-875 99 511

Wie revolutioniert Inklusion die Bildung?

Memorandum – Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kolloquiums des Effe zum Thema „Wie revolutioniert Inklusion die Bildung“ vom 9. - 10. November 2012 in Berlin wurde das folgende Memorandum verabschiedet:

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen e.V. ist als NGO eine Vereinigung von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Schulen unterschiedlicher Schularten und pädagogischer Ansätze sowie Schulverbänden in freier Trägerschaft aus verschiedenen europäischen Ländern.

1. Umfassende Bildung aller Menschen ist Grundvoraussetzung für eine weitere Entwicklung hin zu einer gemeinschaftsorientierten Gesellschaft, die das einzelne Individuum in seinem Wert anerkennt und unterstützt. Je stärker sich Bildung an der individuellen Wertschätzung aller Menschen mit ihren Stärken und Schwächen und ihrer gleichberechtigten Teilhabe an einer gemeinsamen Bildung orientiert und diese umsetzt, desto größer ist die Chance einer Bildungsgerechtigkeit auf allen Ebenen der Gesellschaft.

2. Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen sieht in diesem Zusammenhang die methodische und pädagogische Vielfalt der Erziehung als Voraussetzung, um dem einzelnen Kind und Jugendlichen eine individuelle, auf seine Entwicklung hin gerichtete Bildung zu ermöglichen.

3. Inklusion bedeutet aus Sicht des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen, dass die

Schule den Entwicklungsbedürfnissen jedes Kindes folgt und nicht umgekehrt. Es gilt, für jedes Kind in Abstimmung mit seinen Erziehungsbegleitern jederzeit den richtigen Lernort zu finden.

4. Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen unterstützt den Austausch über unterschiedliche Unterrichtsmethoden und pädagogische Ansätze von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft.

5. Inklusion ist kein Mittel, um Geld zu sparen.

Wir alle sind für unsere Bildung verantwortlich, auch für den sinnvollen Einsatz der vorhandenen Mittel. Schule baut Gesellschaft: Damit bestimmen wir die Werte unserer zukünftigen Gesellschaft.

Kontakt: Elisabeth Köpke, European Forum for Freedom in Education, Mergelteichstr. 59, D-44225 Dortmund, Tel. +49-231-880 833 20, Fax +49-231-880 833 22, www.effe.org

Gericht entscheidet für Verbraucherinitiative

Verfügung gegen

Hessnatur-Kritiker aufgehoben

Mit Beschluss vom 17. Januar hat das Landgericht Frankfurt die einstweilige Verfügung gegen die Kundeninitiative wir-sind-die-konsumenten.de aufgehoben. Es ging dabei um Aussagen über eine finanzielle Verflechtung zwischen dem neuen Hessnatur-Eigentümer und der Rüstungsindustrie. Andreas Schurack und Johannes Mosmann reagierten mit Erleichterung. Für die beiden Betreiber der Webseite hängt viel von dieser Auseinandersetzung ab: „Kein Mensch durchschaut heute, welche Prozesse vor und hinter dem Geldschein liegen, den er gerade in der Hand hält“, so Mosmann. „Und doch sind wir ökonomisch alle miteinander verflochten. Diese Verflechtungen müssen transparent werden dürfen, wenn das Individuum Verantwortung für seine Handlungen übernehmen soll.“

Das Gericht äußerte Zweifel am Wahrheitsgehalt der eidesstattlichen Versicherung von Marc Sommer. Der Hessnatur-Geschäftsführer will erst Ende August 2012 von den Aussagen zur Rüstungsindustrie erfahren haben und daraufhin auf die Webseite <http://wir-sind-die-konsumenten.de> gestoßen sein. Mit Hilfe dieser Behauptung hatten die neuen Hessnatur-Eigentümer den Eindruck einer besonderen Dringlichkeit erwecken können, weshalb das Gericht ihrem Antrag auf eine einstweilige Verfügung am 1. Oktober zunächst gefolgt war. Im Verfügungsverfahren gab das Gericht nun aber Rechtsanwalt Jakob Janitzki von der Kanzlei Barkhoff & Partner Recht, der Schurack und Mosmann vertritt.

Das Gericht entschied somit erst gar nicht über die Zulässigkeit der streitgegenständlichen Äuße-

rungen, da die einstweilige Verfügung schon an der fehlenden Eilbedürftigkeit scheiterte. Sind jene Äußerungen also wahr oder unwahr? Theoretisch darf jetzt selbst der konkrete Wortlaut der streitgegenständlichen Äußerungen wiederholt werden. Schurack und Mosmann sehen darin aber wenig Sinn. Sie wollen nicht auf Rechthaberei, sondern auf das freie Urteil des Einzelnen bauen. Jetzt besteht wieder die Möglichkeit, den Sachverhalt unter den Menschen, die sich dafür interessieren, in einer offenen Diskussion zu prüfen. Wie also verhält es sich wirklich?

Fakt ist: Zu den Anteilseignern des Hessnatur-Eigentümers gehören die Investmentgesellschaften HarbourVest und F&C. F&C ist an Rüstungskonzernen wie BAE-Systems beteiligt. HarbourVest verwaltet u.a. Gelder diverser Rüstungskonzerne, und ist ebenfalls selbst an Rüstungskonzernen beteiligt. Diese Tatsachen sind unbestreitbar (siehe <http://www.dreigliederung.de/news/12110402.html>). Johannes Mosmann äußerte deshalb, dass aufgrund dieser Beteiligungsstruktur nun auch die Rüstungsindustrie von den Einkäufen der Hessnatur-Kunden profitiert. Er ist überzeugt, damit einen reinen Tatsachenverhalt ausgedrückt zu haben. Die neuen Hessnatur-Eigentümer sind anderer Auffassung, wie Marc Sommer in einem offenen Brief jetzt erneut bekräftigt. Was also ist die Wahrheit? Und welche Konsequenzen hat sie? Schurack und Mosmann wünschen sich, dass Kunden und Pressevertreter in dieser Sachfrage zu einem eigenständigen Urteil kommen.

Marc Sommer signalisiert nun Dialogbereitschaft der Hess Natur-Textil GmbH. Sofern diesem Angebot ein ehrliches Erkenntnisinteresse in der konkreten Sachfrage zu Grunde liegt, sind Schurack und Mosmann gerne zu einem Dialog bereit, und bekräftigen deshalb ihrerseits ihr Angebot eines freien Gesprächs, das sie vor dem Erlass der einstweiligen Verfügung formuliert hatten. Allein sachliche Argumente und nicht Machtmittel sollen dabei entscheiden. Denn schließlich sei, so Schurack und Mosmann, die freie Urteilsbildung eine unbedingte Voraussetzung für die Wahrheitsfindung.

Pressemitteilung vom 18.1.2012: Kontakt Johannes Mosmann, Liegnitzer Straße 15, 10999 Berlin, Tel.: 030 - 68079689-43, <http://wir-sind-die-konsumenten.de>, news@wir-sind-die-konsumenten.de

KannMannFrau?

Crowdfunding für Film über eine wichtige Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens

Seit längerem beschäftigt sich eine Gruppe von Menschen mit dem Thema Familie und Grundeinkommen. Jetzt wollen sie einen Film dazu drehen. Gabriele von Moers begründet das so: „Kurz gesagt, bin ich als Mutter von 4 Kindern zutiefst überzeugt, dass wir die Überlebensangst aus den Familien

herausnehmen müssen, damit überhaupt über die Gesellschaft mal nachgedacht wird.“

Jetzt werden Sponsoren gesucht, die das Projekt fördern wollen. Als Finanzierungsmethode wählten sie das sogenannte Crowdfunding, das in letzter Zeit immer beliebter wird. Beim Crowdfunding (auch Schwarmfinanzierung genannt) werden Geschäftsideen und Projekte unbürokratisch finanziert. Über das Internet sucht man möglichst viele Geldgeber, die die jeweilige Idee gut finden. Gabriele von Moers hat hierfür bereits einen Crowdfunding Trailer (Filmclip) gedreht und ins Netz gestellt (http://youtu.be/c_CoCHsj1dk). Die Interviews dafür entstanden u.a. beim Grundeinkommenskongress in München. Wer mithelfen möchte, erhält nähere Informationen unter kannmannfrau@hotmail.com. Weitere Infos zum Crowdfunding unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Crowdfunding> und <http://www.startnext.de>

Europa – Domus Communis

Ostertagung im Internationalen Kulturzentrum Achberg, 24. bis 31. März 2013

Herbert Schliiffka

- Symptomatologische Betrachtungen im Zeitgeschehen: Der Geburtsprozess eines transnationalen Europas im globalen sozialen Organismus
- Amerika - Europa - Asien: notwendiges Zusammenwirken als Beitrag zur Heilung des globalen Gesellschaftsorganismus
- Vorbereitungen für die Etappe 2014 bis 2019ff: Hundert Jahre nach der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts und der 3x33-jährige Auferstehungsimpuls der Dreigliederung des sozialen Organismus
- „Europa menschen- und zeitgemäß gestalten!“ - Kollegialisches Zusammenwirken in konkreten zivilgesellschaftlichen Projekten

1989 - noch in der Zeit der Ost-West-Spaltung - prägte Michail Gorbatschow die Vision vom „Gemeinsamen Haus Europa“. Entspricht dieses Bild überhaupt einer Realität? Und wenn ja, welcher? Konkret: Gibt es eine spezifisch europäische Identität oder gar eine „Seele Europas“, die uns berechtigt, auf Europa als etwas Eigenes innerhalb des Gefüges der Welt (s. R. Steiner am 10. Oktober 1919, 4. Vortrag in GA 191) hinzuschauen?

Im Kontext der Achberger Arbeit fokussierten sich diese Fragen seit Mitte der 90er-Jahre auf eine im Zeitgeschehen hervortretende Aufgabe: Im Prozess der europäischen Integration, wie sie mit dem Ende des 2. Weltkrieges begonnen hatte, trat gegen Ende des 20. Jahrhundert immer deutlicher die „Verfassungsfrage“ hervor; aus dem staatlichen Rechtsleben im europäischen Sektor des global werdenden sozialen Organismus wollte ein transnationales Gemeinwesen neuen Typs entstehen.

Welchen Beitrag hat dieses neu zu gestaltende europäische Gemeinwesen zur Gesundung des globalen Gesellschaftsorganismus zu leisten? Kann es auf einer erneuerten Verfassungsgrundlage das eigene Geistes- und Kulturleben von der Fremdbestimmung durch Staats- und Finanzmacht befreien und wie kann es seinen Beitrag leisten für ein solidarisches Leben der Weltwirtschaft?

Diese Fragen wurden mit dem Beschluss des Lissabon-Vertrages 2009, der als magerer Rest der Verfassungsbemühungen seit 1999 übrig geblieben war, nicht einmal ansatzweise beantwortet. Die allgegenwärtigen Krisen zeigen immer deutlicher, dass Europa noch kein konstitutionelles Fundament für eine neue sozialen Architektur hat, wie sie sich im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerade in den Entwicklungsschritten der europäischen Integration im Grunde ankündigt.

Gerade das vergangene Jahr 2012 zeigte eine deutliche geschichtliche Symptomatik, die auf ein neues Aufkommen der europäischen Konstitutionsaufgabe für die nächsten Jahre hinweist. Diese Beobachtungen im Zeitgeschehen sollen einen der Schwerpunkte unserer Tagung bilden.

Doch diese Aufgabe steht auch in einem größeren geschichtlichen Kontext, in dem die Gesetzmäßigkeiten, die in der „Zeit als Realität“ (Rudolf Steiner) walten, beachtet werden wollen. Was hat es zu bedeuten, dass wir im Zeitenlauf jenen Jahren entgegengehen, in denen der geschichtliche Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus von 1917/19 in seine 3x33-jährige Auferstehungszeit (s. Rudolf Steiner 23. - 26. Dezember 1917, GA 180) kommt, aber denen auch jene Zeit vorangeht, in der im 100-Jahr-Abstand die Völker Europas im Streit miteinander lagen und die ganze Welt in dieses Kriegsgeschehen mit hineingezogen wurde?

Die mit all dem aufgeworfene Aufgabe, Europa menschen- und zeitgemäß zu gestalten, bedarf des kollegialischen Zusammenwirkens in konkreten Projekten. Im Blick darauf wird dazu für unsere Ostertagung ein Kolloquium mit aktiven und kompetenten Menschen der zivilgesellschaftlichen Bewegungen vorbereitet - als Beginn eines Dialogs, der zu gegenseitiger Wahrnehmung als Basis für ein künftiges Zusammenwirken führen soll. - Denn: „Ein einzelner hilft nicht, sondern wer sich mit vielen zur rechten Stunde vereinigt!“ (aus: J. W. Goethe „Das Märchen“, 1794/95).

Anmeldung und weitere Informationen auf www.kulturzentrum-achberg.de/ostertagung-2013. Für die Tagung des Internationalen Kulturzentrum Achberg und der IG-EuroVision Deutschland und Österreich sind verantwortlich: Herbert Schliiffka und Gerhard Schuster. Die Tagung findet statt im Humboldt-Haus des Internationalen Kulturzentrums, Panoramastraße 30, 88147 Achberg - Tel.: 08380 - 335.

Weltsozialforum in Tunis

Für den 26. bis 30. März 2013 laden die tunesischen und maghrebinischen Sozial- und Bürgerbewegungen zum Weltsozialforum (WSF) nach Tunis ein:

„Vor 12 Jahren fand das erste WSF in Porto Alegre, Brasilien statt. Zum ersten Mal wird es 2013 in der arabischen Welt durchgeführt, in einem Kontext von revolutionären Umbrüchen in der gesamten Region. In zwei Jahren voller Revolten und Kämpfen haben soziale Bewegungen vier diktatorische Regimes gestürzt - das erste davon war das Regime von Ben Ali in Tunesien - und der Kampf gegen die Diktaturen in zahlreichen Ländern geht weiter.“

Das WSF in Tunis bietet die Gelegenheit zur Diskussion und zur Vorbereitung der Mobilisierung hinsichtlich der zentralen Herausforderungen und im Spiegel aktueller internationaler Entwicklungen. Wir wollen alte und neue Bewegungen zusammenbringen, um gemeinsame Wege für eine ‚andere Welt‘ zu beschreiten.

[...] Wie Ihr sicherlich wisst, werden die Weltsozialforen von Netzwerken, Gewerkschaften, Bewegungen und NGOs aus der ganzen Welt vorbereitet, die Aktivitäten und Debatten anbieten. Dabei kommen die regionalen OrganisatorInnen mit Bewegungen aus anderen Teilen der Welt zusammen, die ähnliche Anliegen verfolgen. [...]“

(<http://www.fsm2013.org/> und <http://www.attac.de/aktuell/wsf/wsf-2013/>)

Der nächste Crash kommt...

Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme, Essen, 15./16. März

Mit Prof. Dr. Max Otte, Prof. Dr. Dirk Löhr, Prof. Dr. Thomas Huth, Fritz Andres, Dipl.-Handelslehrer Christian Gelleri, Ort: Volkshochschule Essen. In Kooperation der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. mit der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO), dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und dem Ökosozialen Forum Deutschland.

Nähere Informationen auf der Website www.perspektiventagung.de

Fairventure-Kongress 2013

Velbert-Langenberg, 26. bis 28. April 2013

Der Kongress steht unter dem Motto: Begegnen - Erfahren - Gestalten: Neue Wirtschafts- und Geldformen sind möglich und nötig! fairventure ist ein Projekt, das verschiedenste Menschen, Initiativen und Firmen zusammenführt. Bereits in den Monaten

bis zum Kongress entstehen Verbindungen, in denen sich Ideen und Menschen begegnen.

Das Programm umfasst Begegnungen in Workshops, Themenoasen und Vorträge mit international bekannten ExpertInnen und interessanten Initiativen. Veranstaltungsort ist die Windrather-Talschule in Velbert-Langenberg im Ruhrgebiet.

Einen Überblick zum Ablauf der Tagung finden Sie unter <http://www.fairventure.de/kongress-2013/programm>. Postadresse: Natur, Mensch, Wirtschaft e.V., Bergweg 50, 58313 Herdecke

5. Regiogeld-Kongress

10 Jahre Chiemgauer 2003 – 2013, Traunstein, 3. bis 5. Mai

Mit Beiträgen von Prof. Dr. Margrit Kennedy, Dipl.-Handelslehrer Christian Gelleri, Prof. Dr. Christian Kreiss, Prof. Dr. Niko Paech, Elisabeth Koch, Frank Jansky, Hanjo Achatz und Werner Onken. Nähere Auskünfte & Anmeldung: www.chiemgauer-kongress.de

Literatur

40 Jahre Neuguss

Wirtschaft ohne privates Eigentum? Festschrift mit Gesprächen, Texten und Bildern zum 40. Geburtstag eines ungewöhnlichen Unternehmens

Ein „tragbares Forum auf Papier für Menschen, Fragen, Jugendinitiativen, Projekte und Tagungen“ will die von Benjamin Kolass herausgegebene projekt.zeitung sein. In ihrer Ausgabe vom Dezember 2012 widmet sie sich der „Neuguss“ (Neuguss Verwaltungsgesellschaft mbH) anlässlich ihres 40. Geburtstags. Fragen, Texte und die liebevolle Gestaltung des Hefts stammen von Benjamin Kolass, die Wirkung wird noch verstärkt durch die Fotos von Eike Krebs.

Die 1972 entstandene Neuguss Verwaltungsgesellschaft mbH geht auf eine von Alfred Rexroth 1969 begründete Unternehmer-Kooperation zurück. Sie verwaltet Betriebsvermögen und Beteiligungen. Folgende Firmen gehören derzeit als Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften dazu:

- alfred rexroth GmbH & Co. KG Berlin/Veitshöchheim;
- alfred rexroth Maschinenbau GmbH, Rhinow;
- Hans Stockmar GmbH & Co. KG, Kaltenkirchen;
- Mercurius B.V., Eindhoven/Niederlande mit Mercurius USA und
- Renk Druck und Medien GmbH, Kaltenkirchen.

Die Neuguss fördert mit überschüssigen Gewinnen in Zusammenarbeit mit der Alfred-Rexroth-Stiftung und der GLS Treuhand gemeinnützige Projekte und entwickelt eine sozial verantwortliche Unternehmenskultur. Das Heft lässt ein höchst lebendiges Bild der Tätigkeit der Neuguss entstehen.

Die Projektzeitung, Postfach 302323, 10754 Berlin, info@projektzeitung.org, vertrieb@projektzeitung.org, www.projektzeitung.org. Die projekt.zeitung erscheint unregelmäßig.

Kai Ehlers: Die Kraft der „Überflüssigen“

Der Mensch in der globalen Perestroika

Von unserem Autor Kai Ehlers ist soeben das Buch „Die Kraft der ‚Überflüssigen‘“ erschienen. Es ist in jeder Buchhandlung erhältlich, der Autor nimmt aber auch selbst Bestellungen (gegen Porto) entgegen. Kontakt: info@kai-ehlers.de, www.kai-ehlers.de

„Schauen wir genau hin: Die ‚Überflüssigen‘ sind nicht das Problem, das entsorgt werden müsste - sie sind die Lösung. Sie sind Ausdruck des über Jahrtausende angesammelten Reichtums der Menschheit - wirtschaftlich, sozial und kulturell. Sie sind Ausdruck der Kräfte, welche die Menschheit heute zur Verfügung hat, um vom physischen Überlebenskampf aller gegen alle in eine ethische Kulturgemeinschaft überzugehen, die am Aufstieg des Menschen zum Menschen orientiert ist und keinen Menschen mehr ausschließt.“ (Aus dem Klappentext).

Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn, Preis 19,90 EUR.

„Ein Kämpfer für die Menschlichkeit“

Buchrezension von Holger Niederhausens Roman „Die Wende“ und seines zweibändigen Werks zur Finanzkrise „Zeit der Entscheidung“, erschienen 2011 im Eigenverlag.

Wilhelm Neurohr

Innerhalb eines Jahres gleich drei umfangreiche Bücher zu schreiben und im Eigenverlag herauszugeben - ein zweibändiges engagiertes und ambitioniertes Werk über die aktuelle Finanzkrise und zugleich einen (Jugend-)Roman „Die Wende“ - ist ein beachtlicher

Kraftakt aus spirituellen Kraftquellen. Der aus jedem dieser Bücher von Holger Niederhausen, die sich inhaltlich als Dreiklang aufeinander beziehen, herauszulesende bewundernswerte Idealismus und das spürbare Mitleiden an den momentanen Zuständen dieser Welt und der Menschheit führt dazu, dass der Leser zutiefst ergriffen und aufgerüttelt wird.

Anstoß ist für ihn die große Krise der Gegenwart, die von den Menschen selber hervorgerufen wurde und somit auch von Menschen wieder geändert werden kann. Statt fassungslosem und ohnmächtigem Zuschauen oder Wegschauen sollte Mut zu idealistischem Handeln entfacht und aufgebracht werden, der nicht als bloßer ideologischer Strohofer-Idealismus verglüht, sondern den Kern des Menschseins und der Menschenwürde freilegt. Die brennende Sehnsucht des Autors nach mehr Menschlichkeit, nach einer menschlicheren Gesellschaft, verbindet sich mit der Hoffnung auf Verwandlung des menschlichen Denkens und Fühlens, um eine andere, menschlichere Zukunft zu gestalten.

Die gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnisse mit ihrer Verlogenheit und Gefühlskälte, die immer krasseren Missstände und Fehlentwicklungen aufgrund des allgegenwärtigen neoliberalen Fundamentalismus, die Lieblosigkeit gegenüber den sozialen Verlierern, empfindet Holger Niederhausen als zutiefst unmenschlich und damit als unwirklich, fernab der eigentlichen menschlichen Wirklichkeit und Fähigkeit. Die gegebene Realität sei nicht die Wirklichkeit. Deshalb sieht Holger Niederhausen jetzt die Zeit der Entscheidungen gekommen, um dem totalitären Neoliberalismus Einhalt zu gebieten. Darum hat er neben seinen Büchern auch noch „Das menschliche Manifest“ verfasst und verbreitet. Auch wenn dem einen oder anderen Leser das Anliegen des Autors mit moralisierendem und „missionarischem Sendungsbewusstsein“ durchsetzt anmuten mag - beim vertieften Lesen wird man aber selber so berührt, dass man den Willensimpuls und Idealismus des Autors, (zumal in grober Kenntnis seines biografischen Werdeganges und Betätigungsfeldes) als authentisch und ansteckend erlebt.

Die hoffnungsvolle und zugleich verzweifelte Botschaft dringt aus vielen Zeilen: Die Menschheit und damit jeder Einzelne, der nicht mitdenkt, mitfühlt und mitleidet, fällt weit hinter die bisherigen menschlichen Errungenschaften zurück, anstatt eine Wende zu mehr Menschlichkeit zu vollziehen, die nur durch ein verändertes Denken und Fühlen zu verändertem, liebevollerem Handeln führen kann. Ein jeder Mensch müsste in der Lage sein, tiefes Mitleid zu empfinden, solange auch nur ein einziger anderer Menschenbruder noch leiden muss. Das milliardenfache Leid, dass die (un-)menschliche Gegenwart prägt, darf nicht dazu führen, dass die Gefühle abstumpfen.

Der Glaube an die Kraft der Liebe, die durch die richtigen (idealistischen) Gedanken und Erkenntnisse befeuert wird, kommt insbesondere in dem Roman „Die Wende“ von Holger Niederhausen zum Ausdruck, der bisweilen auch autobiografische Züge trägt und ein wenig auf den Spuren von Novalis wandelt - wenn

man so will, ein sozial- und zeitkritischer Liebesroman, der den Leser fesselt: Der 17-jährige Georg begegnet dem wunderbaren Mädchen Lily, es ist wie ein schicksalhaftes Wiedererkennen, und aus ihrer reinen Liebe heraus begegnen die beiden nach Verständnis ringend in bisweilen philosophischen Gesprächen und Erlebnissen der größten Herausforderung ihres Lebens: Sie machen die erschütternde Erfahrung, dass spirituelles und soziales Leben nicht voneinander zu trennen sind und daraus soziale Verantwortung für den Nächsten und die Gesellschaft erwächst. Daraus entwickeln sie Ideen und gemeinsame Aktivitäten im Sinne vielfältigen sozialen Engagements, mit überraschend offen ausgedrückten Sympathien für die Anliegen der Linken und ihrer Linkspartei - wohl wissend, dass nicht ideologische, sondern spirituelle Quellen und gereifte Ideale der Antrieb für soziales oder brüderliches Handeln aus sozialer Gesinnung sind. Wenn sich der einzelne Mensch zur rechten Zeit mit anderen, ebenso empfindenden Menschen solidarisch zum Handeln zusammentut, beginnt das soziale Werk der Veränderung. Als entscheidenden Schritt streben sie am Ende des Romans ein „Bündnis der Menschlichkeit“ an.

„Neue Begriffe für eine grundlegend menschliche Gesellschaft“ lautet demgemäß der Untertitel auch der beiden Bände als Sachbücher zur Finanzkrise („Zeit der Entscheidung“ Teil I und II), die Holger Niederhausen seinem Roman voran- bzw. zur Seite stellt. Der erste Band ist eine auf einer gründlichen und umfassenden Recherche basierenden Analyse der Finanzkrise und ihrer wahren Hintergründen. Die Kapitel reichen von der Finanzkrise über die Euro-Krise zur Weltkrise und zeugen von einer Geldgier, die an Kriminalität grenzt, und führen in den „deutschen Sumpf“ hinein. Herausgekommen ist eine Dokumentation, die sich mit ihren vielen zusammengetragenen Zahlen, Daten und Fakten und dem zeitlichen Krisenverlauf auch gut als Nachschlagewerk eignet sowie als Argumentationshilfe für die „einsamen Rufer in der Wüste“, die sich dem Irrsinn fachkundig entgegenstellen wollen. Der durch Unwissen erzeugten Ohnmacht wird Aufklärung entgegengesetzt.

Der zweite Band baut darauf auf und verdeutlicht zu dem Krisenszenario, dass menschliches Denken am Scheideweg angelangt ist. Das Buch bzw. sein Autor möchte erklärtermaßen Hoffnung machen und den Willen stärken. Dass eine andere Welt möglich ist, wird lichtvoll aufgezeigt, indem auf den deutschen Idealismus Bezug genommen wird und neue Begriffe für ein neues Denken eingeführt werden. Die Themenpalette reicht von der Geldfrage und Zinsfrage über die Eigentumsfrage, vom Verhältnis der sogenannten „Arbeitgeber“ und Arbeitnehmer“ am sogenannten Arbeitsmarkt, der sich zum neuen Sklavenmarkt gewandelt hat, über die Eigentums- und Steuerfragen bis zum Verhältnis zwischen Wirtschaft, Staat und einem freien Kultur- und Geistesleben.

Alle drei Bücher sind keine „leichte Kost“ zur Entspannung, zumal sie die Gefühle des Lesers aufwühlen und eigenes Mitdenken und Nachdenken erfordern sowie das Eintauchen in die Themen und Probleme und die eigene Einbindung hinterfragen lassen. Wer

nach dem Lesen keinen sozialen Handlungsimpuls verspürt, sondern wieder zur Tagesordnung übergeht - was eher unwahrscheinlich ist - dem ist zu wünschen, dass er dennoch auf anderen, eigenen Wegen ein sozial Bewegter wird oder bleibt. Die Bücher des von Idealismus erfüllten engagierten Autors dienen nicht der bequemen Unterhaltung, genauso wenig wie seine lesenswerte Homepage unter www.holger-niederhausen.de.

Leserpost'

Zum „Streitpunkt Vollgeld“

betr. leserbrief in Nr. 4/12

Da sind nicht nur Meinungen im Spiel, sondern Tatsachen, die recherchiert gehören: Banken schöpfen Geld, jedenfalls im Fall von Kreditvergaben, darunter auch Dispolimit-Inanspruchnahmen usw. Schon nach Basel II durfte je nach Art der Kredite das 4 bis 16-fache des Eigenkapitals der Banken an Kredit vergeben werden. Auch nach neueren Vereinbarungen beträgt die tatsächliche Deckung der Banken mit Eigenkapital nur bis zu ca. 10%, bei jeder Bank etwas unterschiedlich. Kredite sind in dem Moment, wo sie der Kreditnehmer verwendet, tatsächliches Geld, die Geldmenge wird also dadurch größer, soweit die Notenbank dem nicht entgegengerichtet (s.u.).

Dann kommen vor allem noch die von Politikern verehrten Interbankenkredite hinzu. Die so kreditaufnehmende Bank darf das dann als Eigenkapital verbuchen - und dann wiederum bei ihren eigenen Kreditvergaben ein Mehrfaches davon ausgeben. Deswegen ist das auf volkswirtschaftlicher Ebene kaum noch berechenbar. Aber es ist trotzdem klar, dass das Ganze ein sog. Schneeballsystem ist, das nur solange funktioniert, als es durch immer wieder einsetzendes massives Wachstum mit immer neuen Geldern überspielt wird. Diese Zeit ist aber seit Jahren vorbei.

Die Zentralbanken könnten das nur halbwegs stabil halten, wenn wenigstens sie die Geldmenge eisern auf derselben Höhe halten würden, was wiederum auf Umwegen auch Kredite der Geschäftsbanken knapper machen würde; so dass die These von J.Meinert zumindest in dieser Hinsicht stimmen würde: Genau diese kreditverknappende Wirkung ist aber von der Politik nicht erwünscht, die die „unabhängige“ EZB immer mehr beeinflusst. Es wurde

1 Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

zwar staunenden Bundestagsabgeordneten gegenüber behauptet, dass die EZB für jeden Euro, den sie ausgibt, auch einen wieder einziehen würde - aber bewiesen hat sie das nicht, und es widerspricht auch jeder volkswirtschaftlichen Logik der derzeitigen Maßnahmen der Notenbanken, die meist auf eine Geldvermehrung hinauslaufen. Die EZB nimmt schon Anleihen etwa aus Portugal als Sicherheit an, die eine Laufzeit - d.h. ein Rückzahlversprechen - bis zum 31.12. 9999 haben. Gibt es jemanden, der an eine reale Existenz dieser Gelder glaubt?? Die US-Notenbank gibt schon gar nicht mehr alle Geldmengen an. Das ist dann der zu große Rahmen, in dem die Geschäftsbanken Kredite ausgeben können. Es trägt daher zur Inflationierung bei, die zur Zeit noch überdeckt ist durch umgekehrt wirkende Wirtschaftsschwächen.

Die Unterversorgung der Banken mit Eigenkapital führt zu einem geringeren Puffer für faule Kredite und ebenso faule Wertpapiere. Daher versuchen die Staaten seit 2008, die unterversorgten wackligen Banken mit gigantischen Geldgaben, Krediten und Bürgschaften aufzupäppeln - was aber viele Staaten schon jetzt an die Grenze geführt hat, wo sie das nicht viel weiter treiben können, ohne selbst einen faktischen Staatsbankrott (Zahlungsunfähigkeit) zu erleiden und die Währung zu ruinieren.

Daher versuchten Politiker, die Krise - ihre Krise - immer wieder etwas hinauszuzögern, indem sie für die „Rettungsschirme“ denjenigen, die noch etwas Geld haben, etwa dem Mittelstand, über Steuererhöhungen und andere Praktiken das Geld abnehmen möchten, da diese u.a. zur Aufrechterhaltung der regionalen Wirtschaft sowie für die Reparaturen ihrer nur noch beschränkt rentablen vermieteten Häuser usw. brauchen. Auch die Wirkungsmöglichkeit solcher Maßnahmen, die in Wirklichkeit direkt und indirekt viel mehr Menschen treffen als politisch behauptet, geht einem Ende zu, und negative Wirkungen sind nahe. Außer Superreichen sind die Meisten schon eher auf dem absteigenden Ast, und ihre Schröpfung würde daher vielfach eher negativ wirken (so hätte die Vermögenssteuer massive Mieterhöhungen zur Folge, was eben die reinen Finanzpolitiker und Juristen bisher nicht verstehen konnten, weil ihnen dazu die Grundlage fehlt.)

Nur auf der Basis der schwer durchschaubaren und daher schwer kontrollierbaren Aufblähung des Kreditsystems war es möglich, dass Kredite heute nicht mehr wie einst nur zur Überbrückung dienen, sondern bei vielen Firmen zum Geschäftsmodell geworden sind, bis hin zum Aufkauf von Firmen oder Wertpapieren mit Kreditgeld. Dieses Kreditsystem trägt außerdem durch seine Umgangsweise mit „Marktzinsen“ zum heutigen Kartenhaus bei, wie auch durch verbrieft Kreditversicherungen usw. Angesichts der verfahrenen Gesamtsituation sind daher statt oberflächlicher Symptomkuriererei neue Ideen wie die des Vollgeldes, wie auch andere alternative Ansätze gleichermaßen diskussionswürdig. Sie müssen nicht als Dogmen gegeneinander gestellt werden.

Herrmann Benz, Villingen-Schwenningen

Zum 10-Punkte-Programm

im Artikel von W. Neurohr im letzten Heft

In dem sonst sehr vollständigen 10-Punkte-Programm zur Krisenbewältigung im Artikel „Griechenland ist überall“ (Sozialimpulse Dez. 2012) vermisste ich einen Punkt, auf den ich im Buch „Die Target-Falle“ von Hans Werner Sinn gestoßen bin. Das ist der Hinweis auf die unterschiedlichen Leistungsbilanzen der Euro-Länder, die nach wie vor fortbestehen. Das rührt nach Prof. Sinn vor allem davon her, dass die Länder unterschiedliche Inflationsraten hatten. Daran, dass dies trotz gemeinsamer Währung möglich ist, hatte ich bisher auch nicht gedacht. Inflation wird eben nicht nur durch Gelddrucken hervorgerufen, sondern auch durch Lohnsteigerungen. Das führt dazu, dass die einheimischen Produkte nicht mehr mit den Importen konkurrieren können, und damit zur Verschuldung. Griechenland hat ein riesiges Leistungsbilanz-Defizit bei Agrarprodukten, was geradezu grotesk ist (Target-Falle, Seite 115).

Laut Tabelle 4.1, Seite 110 müsste Portugal um 35% und Griechenland um 30% abwerten. Solange diese Länder eigene Währungen hatten, war dies kein Problem. Aber wegen der gemeinsamen Währung würde dies Lohnkürzungen um etwa diesen Betrag bedeuten. Auch Prof. Sinn sagt, dass Lohnkürzungen schwer durchsetzbar sind, obgleich dies in Irland, Estland und Lettland möglich war. Da aber ausgeglichene Leistungsbilanzen absolut nötig sind, wäre zur Wiederherstellung des Gleichgewichts die andere Lösung, die Löhne in Deutschland (und Finnland) um etwa 30% zu erhöhen. Dann aber müsste der Euro um etwa diesen Betrag abgewertet werden. Davon hält Prof. Sinn allerdings nicht viel und macht andere Vorschläge, um die Vermögen nicht zu entwerten. Aber gerade das würde ich sogar als Vorteil dieser Lösung ansehen, es wäre eine Art wünschenswerter Vermögenssteuer.

Ein anderes Problem, das Prof. Sinn vor allem im Auge hat, ist das Target-Problem. Es rührt daher, dass die Zentralbanken der Südländer, vor allem Griechenlands, mit Zustimmung der EZB munter Geld drucken und in Umlauf bringen. Das aber ist nichts anderes, als Schulden machen bei der Zentralbank und diese Schulden zu exportieren. Obgleich diese so entstehenden Euros vielfach als bloße Verrechnungsposten angesehen werden, werden doch dafür reale Güter gekauft (Target-Falle Seite 249). Auf diese Weise wurde in den Südländern ein Viertel mehr Zentralbank-Geld geschaffen, als in der Euro-Zone im Umlauf ist (S.335). Die Befürchtung ist, dass wegen Überschuldung dieses Geld nicht mehr an die Zentralbanken zurückfließt, die stabilen Länder dann auf ihren Forderungen sitzen bleiben. Das scheint mir schlimmer, als die angebliche Geldschöpfung der Geschäftsbanken. Also, auch der EZB würde ich nicht allzu sehr vertrauen.

Jens Meinert, Hamburg



Seminare und Kolloquium

Grundlagen und Praxis der institutionellen Eigenverantwortung

von Schulen und anderen Einrichtungen

Intensivseminar, Do – So, 9. – 12. Mai 2013

Ort: Freie Hochschule Stuttgart, Haußmannstr.
44a, 70188 Stuttgart, Dachsaal

Donnerstag, 9. Mai 2013

19.00 Öffnung des Tagungsbüros

20.00 Selbstverantwortung, Selbstgestaltung,
Selbstverwaltung: Wer ist das Selbst der Aufga-
bengemeinschaft? (Vortrag Prof. Dr. Christoph
Strawe)

Freitag, 10. Mai 2011

09.30 - 11.00 Grenzbildung, Prozesse und
Organe in der Selbstverwaltung (Vortrag Udo
Herrmannstorfer)

11.30 - 13.00 Gesprächsarbeit in Gruppen (z.B.
Schulen, Heilpädagogik und Sozialtherapie,
Kindergärten, Gruppe zum Thema Inklusion)

15.00 - 16.30 Wege zur Qualität: Grundgesten
und Felder der Zusammenarbeit in der Selbstver-
waltung (Vortrag Dr. Michael Ross)

17.00 - 18.30 Gesprächsarbeit

20.00 Reflexionsprozesse in der Selbstverwaltung
(Evaluation etc.) (Prof. Dr. Peter Lutzker, Freie Hoch-
schule Stuttgart | Gottfried Beyer, FWS Karlsruhe)

Samstag, 11. Mai 2013

9.30 - 11.00 Dynamische Delegation und Führung
in der Selbstverwaltung (Vortrag Gottfried Beyer,
FWS Karlsruhe)

11.30 - 13.00 Fortsetzung der Gesprächsarbeit
in Gruppen

15.00 - 16.30 Forum: Beteiligung und Verantwor-
tung im Selbstverwaltungsprozess (z.B. Eltern-
Lehrer-Schüler-Zusammenarbeit; Einleitung Udo
Herrmannstorfer)

17.00 - 18.30 Gesprächsarbeit

20.00 Überinstitutionelle Mitverantwortung als
Beteiligungsform der Selbstverwaltung (Udo
Herrmannstorfer | Erika Blass-Loss/Klaus-Peter
Freitag, Bund der Freien Waldorfschulen)

Sonntag, 12. Mai 2013

9.00 - 11.00 Forum: Auf dem Weg zu einer Selbst-
verwaltungsgesellschaft - politische, wirtschaft-
liche und kulturelle Annäherungen (verschiedene
Beiträge)

11.30 - 12.30 Abschlussgespräch

Kursgebühr: EUR 250,- (ohne Unterbringung
und Verpflegung. Günstige Verpflegung ist in
der Cafeteria der Freien Hochschule Stuttgart,
Haußmannstr. 48, möglich). Sonderkonditionen
für Studierende der Pädagogik und Mitarbeiter
der Freien Hochschule Stuttgart auf Anfrage.

Forschungskolloquium

Individuum, Gesellschaft, Staat:

Soziale Sicherung in Deutschland

Mindestlohn, Grundeinkommen,

Wege aus der Altersarmut

Forum 3 Stuttgart, 31. Mai - 1. Juni 2013

Wege aus dem Preischaos

Preisbildung, ökonomisches

Gleichgewicht und soziale Gerechtigkeit

Arbeit an Philosophie der Freiheit und

Nationalökonomischem Kurs

Seminar, 8. – 10. November 2013

R. Steiner Haus Frankfurt a. M.

Weitere Info/Anmeldung:

Institut für soziale Gegenwartsfragen

Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart

Tel. +49 (0) 711 - 2368950

institut@sozialimpulse.de

www.sozialimpulse.de